

Markus Klein (Hrsg.)



Einblicke VI

Ein Werkstattbuch

Einblicke VI

Markus Klein (Hrsg.)

**Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Einblicke VI**

Ein Werkstattbuch

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

sowie der Koordinierungsstelle



**TOLERANTES
BRANDENBURG**

© Dezember 2020, Potsdam

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“

Geschäftsstelle:

Zum Jagenstein 1

14478 Potsdam

Tel: 03 31 / 7 40 62 46, 01 73 / 6 48 95 81

Fax: 03 31 / 7 40 62 47

Email: geschaeftsstelle@big-demos.de

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Redaktion: Mario Carl, Berlin

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISBN 978-3-00-068248-3

Inhalt

Vorwort	7
 <i>Daniel Krüger</i>	
Fünf Thesen zu Beteiligung Erfahrungen aus der Arbeit im Mobilen Beratungsteam	9
 <i>Andrea Nienhuisen, Martin Schubert</i>	
Partizipieren durch Moderieren Ehrenamtliche Moderator*innen im Gemeinwesen	17
 <i>Daniel Krüger</i>	
Der Ethnologe als Berater Rekonstruktion einer Beratungshaltung	31
 <i>Markus Klein</i>	
„Die Kirche im Dorf lassen“ Die Kirche als zivilgesellschaftliche Akteurin	41
 <i>Jörg Depta</i>	
Was braucht es, um eine gute Debatte zu der Transformation der 1990er Jahre im ländlichen Raum in Brandenburg zu befördern?	57
 <i>Laura Schenderlein</i>	
Der Dritte Weg in Brandenburg	83
 <i>John-Gerrit Roeder</i>	
Mobile Beratung auf dem Drahtseil Vom Balanceakt, im Gemeinwesen demokratiefreundlich mit Demokratiefeinden umzugehen	103
 <i>Astrid Peters</i>	
Demokratieförderung durch „Partnerschaften für Demokratie“ im Land Brandenburg. Einblicke in die Praxis	115

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber 135

Adressen des MBT 136

Vorwort

Beinahe fünf Jahre liegen zwischen dem fünften und dem sechsten Band aus unserer Reihe „Einblicke“. Eine Zeit in der viel passiert ist. Dirk Wilking – unser langjähriger Geschäftsführer, Kollege, Freund und ehemaliger Herausgeber der Einblicke – ist leider verstorben. Drei weitere Kolleginnen haben wir in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Einige neue Kolleginnen und Kollegen sind zu uns gestoßen. Sie erweitern und bereichern mit ihren Kompetenzen und Sichtweisen das Mobile Beratungsteam Brandenburg.

Es passierte auch viel in unserem Arbeitsfeld: die rechtspopulistischen Wahlerfolge, das langsame Auflösen der traditionellen rechtsextremen Strukturen, die Entgrenzung des politischen Rechts-Links-Schemas bei gleichzeitiger Polarisierung der Gesellschaft zu bestimmten Themen und die Zunahme der Kommunikation in Echokammern. Kurz: das gesellschaftliche Zusammenleben verändert sich sehr dynamisch und das Gemeinwesen ist herausgefordert.

Was macht in dieser Situation das Brandenburgische Institut für Gemeinwesenberatung – demos? Zunächst einmal: hingehen, hinschauen und nachfragen. Nach 28 Jahren Beratungserfahrung sind die Verlockungen groß, vorschnell zu wissen, was los ist und wie ein Problem gelöst werden kann. Dem Wissen vom Wie geht jedoch der Wille zum Verstehen voraus und dazu muss man vor Ort sein, genau beobachten und (kritisch) nachfragen. Seit dem ersten Beratungsfall ist diese Maxime handlungsleitend. Unser Vorgehen ist mitunter zeitintensiv, aber ermöglicht, in den dynamischen Entwicklungen und der lokalen Komplexität den Überblick zu behalten.

Insbesondere die starke Polarisierung zu verschiedenen Themen forderte unsere Beratungspraxis heraus. In Diskussionen genügt schon ein bestimmtes Wort und schon wird der Harnisch angelegt und das Gegenüber zurechtgewiesen und belehrt. Dabei geht es dann nicht mehr darum, den anderen verstehen zu wollen, sondern ihn zu überzeugen, dass man selbst die besseren Argumente hat. Freund-Feind-Schemata sind wieder hoch im Kurs. Hier die Vernünftigen und dort die Ignoranten. Wer nicht zu uns gehört, nicht zustimmt oder sich nicht an unsere Regeln und Urteile hält, der kann nur Gegner sein. Mit Gegnern spricht man nicht, sie werden bekämpft. Wie sollen aber gesellschaftliche Spaltungen überwunden werden, wenn die Bereitschaft zum Dialog nicht gegeben ist? In unserer Beratungspraxis hatten wir jede Menge zu tun, auf diese Verengungen zu reagieren und im besten Fall aufzulösen.

Rechtsextremist*innen sehen Demokratiestärkung nachvollziehbarerweise als problematisch an. Sie werfen sowohl den Beraternehmer*innen als auch uns selbst gerne vor, wir wären nicht neutral, was illegitim sei. Wir arbeiten seit 1998 im Rahmen des Handlungskonzeptes Tolerantes Brandenburg (TBB) und betrachten die Landesverfassung (Art. 7a) sowie das Leitbild des TBB als bindend für unseren Auftrag. In Artikel 7a hat sich das Land Brandenburg dazu verpflichtet, das friedliche Zusammenleben der Menschen zu schützen und der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegenzutreten. Vor diesem Hintergrund beraten wir nicht wertneutral und können das auch gar nicht. Wir arbeiten jedoch überparteilich und präzise auf der Grundlage des Wertekanons der Verfassung.

Wie schon in den letzten Bänden der Einblicke-Reihe, betrachten die Beiträge verschiedene Themen und unsere Arbeit aus unterschiedlichen Blickwinkeln. So spiegelt sich auch die Vielfalt der Aufgaben unseres Instituts in den Texten wieder.

Für das Lektorat und die Korrekturarbeiten danken wir Mario Carl, für die Erstellung des Layouts einmal mehr Ralph Gabriel.

Markus Klein

Geschäftsführer von „Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“

Fünf Thesen zu Beteiligung

Erfahrungen aus der Arbeit im Mobilen Beratungsteam

Die Ansichten darüber, was Beteiligung ist, gehen auseinander. Ein Stück Kuchen abbekommen oder den Kuchen in Stücke schneiden oder den Kuchen backen oder über das Rezept bestimmen oder gemeinsam einen Kuchen essen?

Beteiligung ist in der MBT-Arbeit ein zentrales Thema. Also sprechen wir darüber. In verschiedenen Gesprächsrunden hatten wir im MBT Cottbus in den vergangenen Jahren Möglichkeiten, Menschen nach ihren persönlichen Beteiligungserfahrungen zu fragen. Ein Befragter beispielsweise erzählte, dass er eine Regionalkonferenz besucht und dort einen interessanten Vortrag gehört habe. Eine andere sprach davon, dass sie für mehrere hundert Leute eine Saalveranstaltung mit einem prominenten Staatsmann organisiert habe. Eine dritte wiederum verwies darauf, dass es für Bürger*innen vielfältige Möglichkeiten der politischen Beteiligung gebe, und winkte ab, weil diese nicht genutzt würden. Gehören zu Beteiligung: teilnehmen, zuhören, aktiv sein, machen, ins Gespräch kommen, rechtliche Rahmenbedingungen, Enttäuschung? Niemand der Befragten nannte als Beteiligungserfahrung die eigene politische Praxis – alle drei sind seit Jahrzehnten in der Kommunalpolitik tätig.

Beteiligung ist ein wesentliches Element von Konzepten partizipatorischer und deliberativer Demokratie. Beteiligung wird vielfach in den Koalitionsverträgen der Regierungspartner sowohl im Bund als auch im Land Brandenburg genannt. Es gibt formalisierte Verfahren der Beteiligung in politischen Entscheidungsprozessen. Zuweilen gilt Beteiligung als Wundermittel zur Behebung der Schäden an der repräsentativen Demokratie.

Ich will den Begriff der Beteiligung¹ im Folgenden aber allgemeiner und weiter fassen. Es gibt dafür einen historisch überlieferten Begriff: *Vita activa* –

¹ Ich verwende im Text die Begriffe Beteiligung, Beteiligungsverfahren und Beteiligungsprozess. Beteiligung sehe ich weit gefasst als Mitmachen und Einbringen in ein Gemeinwesen. Unter Beteiligungsverfahren verstehe ich formalisierte Abläufe insbesondere der Beteiligung in politischen Fragen oder öffentlichen Verwaltungsverfahren. Als Beteiligungsprozesse bezeichne ich Prozesse, in denen sich verschiedene Akteur*innen zu Fragen und Themen von Interesse organisieren und verständigen.

das tätige Leben. Das Einbringen in ein Gemeinwesen, in Gesellschaft, ist die Grundlage für Sozialität. Damit lernen wir Soziabilität.² Beteiligung gestaltet Gesellschaft – wer was wie gestaltet, entscheidet über das Zusammenleben.

Vor diesem begrifflichen Hintergrund und mit den Erfahrungen aus unserer Arbeit will ich in den folgenden fünf Thesen Überlegungen zu Beteiligung anstellen, zum einen um unseren Ansatz deutlich zu machen, zum anderen als ein Angebot zur Diskussion.

Die Schwerpunkte unserer Arbeit zu Beteiligung im MBT sind die Beratung und Begleitung von Gruppen, die sich eigenverantwortlich organisieren, um sich in ihr Gemeinwesen einzubringen, sowie die Beratung von Akteur*innen zur Gestaltung von Beteiligungsprozessen, insbesondere wenn es darum geht, zur Bearbeitung von Problemen „das ganze System in den Raum zu bekommen“.³

1. Wer Beteiligung will, soll nicht von Partizipation sprechen

Selbstverständlich darf man Partizipation sagen. Der Fachbegriff Partizipation symbolisiert an dieser Stelle vielmehr die Hürden, die bewusst oder unbewusst aufgebaut werden und Beteiligung verhindern.

Ist die Einladung zum Mitmachen in einer akademisch geprägten Fachsprache oder alltagssprachlich formuliert? Ist ein Beteiligungsverfahren so stark formalisiert, dass für das Verstehen juristische Vorkenntnisse von Vorteil sind? Welcher materiellen Voraussetzungen, technischen und zeitlichen Ressourcen, welcher Flexibilität und Mobilität bedarf es, um mitzumachen? Wie wichtig ist das Thema für die Menschen, die angesprochen werden sollen, und werden alle angesprochen, denen das Thema wichtig ist? Wie geht man

² Der Begriff Sozialität lässt sich mit Gesellschaftlichkeit übersetzen. Weil damit das menschliche Leben in Gesellschaft bezeichnet ist, umfasst Sozialität unter anderem Beziehungen, Rollen, Sinnggebung, Deutungs- und Handlungsmuster. Soziabilität bezeichnet die Fähigkeit, mit anderen Menschen zu interagieren, Beziehungen zu entwickeln und Bedarfen entsprechend gemeinsam wirksam zu werden. Auch Sozialität ist ein viel umfassender Begriff, gehören doch zu der Fähigkeit unter anderem Kommunikation, Vertrauen, Einfühlungs- und Anpassungsvermögen, Erfahrungswissen, Lernfähigkeit. Ohne Beteiligtsein gibt es keine Sozialität und entsteht keine Soziabilität.

³ „Getting the whole system in the room“ geht zurück auf Weisbord, Marvin R.: *Productive workplaces. Organizing and managing for dignity, meaning an community*, San Francisco 1987. Es wurde zu einem der Leitsätze für die Arbeiten von Marvin Weisbord und Sandra Janoff, siehe auch: Weisbord, Marvin/Janoff, Sandra: *Einfach mal Nichts tun! Zehn Leitsätze, mit denen jedes Treffen etwas Besonderes wird*, Berlin/Bonn 2011, S.39ff.

miteinander und insbesondere mit verschiedenen Bedürfnissen, Meinungen und Ideen um?

Je nachdem, wie diese Fragen in der Praxis beantwortet werden, fühlen sich Menschen angesprochen, können mitmachen und bleiben dabei. Die These noch einmal anders formuliert: Wer Beteiligung will, soll sich ihrer Hürden bewusst werden und dazu beitragen, dass sie überwunden werden können.

Um solche Hürden zu identifizieren, hilft eine paradoxe Frage, wie wir sie als Methode aus der systemischen Beratung kennen: „Was müssen wir tun, damit sich möglichst niemand beteiligt?“⁴ Durch die Perspektivwechsel im Nachdenken über die bestmögliche Verhinderung von Beteiligung können auch die Hindernisse in den Blick kommen, die man unbewusst und unbeabsichtigt in den Weg stellt.

2. Beteiligung ist Mitmachenkönnen

Beteiligung – als *Vita activa* verstanden – fasst Beteiligung nicht nur weit, sondern auch niedrigschwellig. Zuerst heißt Beteiligung einfach Mitmachen: in einer Gruppe mit anderen Menschen, miteinander sprechen, anerkannt werden und andere anerkennen, sich austauschen, gemeinsam aktiv sein.

Beteiligung ist entsprechend vielfältig. Wir finden sie in einem Eltern-Treffpunkt, einem Freizeit-Chor oder einer Bürger*innen-Initiative. Unabhängig davon, was eine solche Gruppe einer größeren Öffentlichkeit gibt, bildet das Mitmachen jeder und jedes Einzelnen die Grundlage für eine weitere Beteiligung. Wer beispielsweise mit anderen ins Gespräch geht, gibt seinem Gegenüber die Möglichkeit, dies ebenso zu tun.

Diese Interaktion setzt natürlich die jeweils eigene Entscheidung dafür voraus, den eigenen Bedürfnissen und Interessen entsprechend. Beteiligung schließt aber neben dem Wollen auch das Mitmachenkönnen ein. So sind eine grundsätzliche Voraussetzung für Beteiligung Orte, Räume und Gelegenheiten, in denen sie möglich ist.

⁴ Eine paradoxe Frage zielt mit der bewussten Verkehrung eines Anliegens auf Perspektivwechsel. Sie kann darauf hinweisen, dass wir Entwicklungen beeinflussen können und dass wir es selbst in der Hand haben. Mit der Perspektive, dass alles noch schlechter geht, kommen die vorhandenen Ressourcen und Anknüpfungsmöglichkeiten in den Blick. Wenn die paradoxe Sichtweise dann nochmals umgekehrt wird, können wir lösungsorientiert über Problemstellungen sprechen.

Beteiligung geht mit Teilhabe einher; beides bedingt sich. Mit Teilhabe meine ich das Einbezogensein, materiell und sozial, also die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Sich beteiligen zu können, setzt Teilhabe voraus. Gleichermaßen stärkt Beteiligung die gesellschaftliche Teilhabe der Einzelnen.

3. Beteiligung ist Gruppenerleben und Selbstwirksamkeitserfahrung

Die Soziologie kennt seit ihren Anfängen als analytische Differenzierung der menschlichen Kollektivbildung Gemeinschaft und Gesellschaft.⁵ Das soziologische Verständnis hat sich in den vergangenen 130 Jahren weiterentwickelt. Dennoch lässt sich mit der ursprünglichen Unterscheidung betrachten, wie wir kollektiv in Gruppen agieren. Beteiligung und Beteiligungsprozesse bieten Möglichkeiten für das Erleben beider: Die Interaktion mit anderen in einer Gruppe kann sowohl der Formulierung und Umsetzung eines gemeinsamen Interesses (Gemeinschaft) als auch der Verfolgung individueller Interessen und ihrer Aushandlung im Kollektiv (Gesellschaft) dienen.

Wenn Austausch, Verständigung und gemeinsames Handeln gelingen, bietet die Beteiligung den Einzelnen neben der Erfahrung des Zusammenseins – mit ihren Höhen und Tiefen – die Erfahrung der Selbstwirksamkeit: Was ich sage, wird gehört; ich kann damit Einfluss nehmen und etwas gestalten. Selbstwirksamkeitserfahrungen wirken sich auf das Selbstbild, die Wahrnehmung der Umwelt und der Interaktionsmöglichkeiten mit ihr aus. Gelingende Beteiligung stärkt die Bereitschaft und Motivation, sich auch weiter einzubringen.

Im Umkehrschluss heißt es für Gruppen, die sich auf freiwilliger Basis zusammenfinden, dass Beteiligung ein wesentlicher Faktor für ihren Erfolg ist. So dienen zum Beispiel Parteien nicht nur der politischen Willensbildung im engeren Sinne. Insbesondere auf der lokalen Ebene ist Parteiarbeit unter anderem soziale Arbeit, eine Praxis der Offenheit und eben Beteiligung. Bestenfalls nehmen Parteiorganisationen soziale Bedürfnisse der Mitglieder und von Bürger*innen wahr, zeigen sich offen für Menschen, Perspektiven und Ideen, und bieten die Möglichkeit eines realen, wirksamen Mitmachens.

⁵ Mit seinem Werk „Gemeinschaft und Gesellschaft“ wurde Ferdinand Tönnies in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts ein Begründer der Soziologie in Deutschland. Tönnies, Ferdinand: Gemeinschaft und Gesellschaft. Abhandlung des Communismus und des Socialismus als empirischer Culturformen, Leipzig 1887.

4. Beteiligung ist ergebnisoffen

Wenn nicht die Akteur*innen in einem Beteiligungsprozess über dessen Ergebnis entscheiden, wer dann? Zur Realität von Beteiligung gehören zum einen das Phänomen der Scheinbeteiligung und zum anderen Beteiligungskonzepte, die an der Lebenswirklichkeit vorbeigehen. Beides schränkt Beteiligung ein, ist nicht ergebnisoffen und beides scheitert regelmäßig.

Scheinbeteiligung resultiert immer aus einem Machtgefälle. Weiterreichende Entscheidungskompetenzen verleiten einzelne Akteur*innen zuweilen dazu, das Ergebnis eines Prozesses vorher festzulegen oder die Rahmenbedingungen eines Prozesses so zu gestalten, dass Ergebnisse faktisch definiert sind, oder das Ergebnis eines Prozesses im Nachhinein durch eine eigene Entscheidung zu ersetzen. Gründe dafür können beispielsweise sein, dass nur eine formale Auflage zur Beteiligung erfüllt oder lediglich Zustimmung zur eigenen Position eingeholt werden soll. Avantgardistisch orientierte Akteur*innen geben sich gern der Illusion hin, andere Akteur*innen steuern zu können. In jedem Fall verdeutlicht Scheinbeteiligung die Machtverhältnisse.

Im Gegensatz zur ersten Variante, Beteiligungsprozesse einzuschränken, ist in der zweiten die Einschränkung meist nicht intendiert. Wir kennen Versuche, bestimmte Zielgruppen in politische Prozesse einzubeziehen, die aber mit der Ansprache der Zielgruppe, mit Rahmenbedingungen und gegebenen Handlungsmöglichkeiten dieses Ziel verfehlen. Prozessplanungen, die die Lebenswelt der Menschen, ihre Kommunikation, Interessen und Ressourcen außer Acht lassen, machen Vorgaben, die strukturell eine Ergebnisoffenheit ausschließen. Die Planung kann durchaus eine Ergebnisoffenheit postulieren. Wenn aber Teile der Zielgruppe fehlen und die Rahmenbedingungen zum Beispiel Diskussionsformen und Handlungsoptionen vorgeben, werden Ergebnisse – auch unabsichtlich – dadurch bedingt.

Solche Einschränkungen, insbesondere die Scheinbeteiligung, schaden nicht nur dem konkreten Prozess, sondern als abschreckende Beispiele auch der Idee von Beteiligung, weil sie interessierten und motivierten Menschen die Irrelevanz ihrer Ideen und Meinungen, die Unwirksamkeit ihres Handelns und ihre Ohnmacht vermitteln.

5. Beteiligung ist nicht alles

Beteiligungsverfahren und –prozesse machen Arbeit, sind unter Umständen langwierig, kontrovers und komplex und können eine eigene Dynamik ent-

wickeln. Für demokratische Aushandlungsprozesse kann das notwendig sein. In manchen Fällen sind Beteiligungsverfahren gesetzlich vorgegeben. Abgesehen davon sind Beteiligungsverfahren und –prozesse aber nicht immer zur Klärung von Problemen und Entscheidungsfindung geeignet. Es gibt in unserer Gesellschaft Systeme, die nach anderen Regeln funktionieren müssen.

In unseren jeweiligen Verantwortungsbereichen treffen wir wahrscheinlich täglich Entscheidungen, die nicht unmittelbar zur Diskussion stehen. Viele Organisationen und Institutionen sind hierarchisch strukturiert und folgen entsprechenden Entscheidungsabläufen; ebenso allgemein Arbeitsprozesse, die auf bestimmte Ergebnisse zielen. Gesetze und Verordnungen geben Handlungsmöglichkeiten vor oder grenzen sie ein.

Solche Systeme sind veränderbar, aber sie sind nicht unmittelbar beteiligungsorientiert. Für das Verstehen und die Akzeptanz so getroffener Entscheidungen lässt sich aus Beteiligungsverfahren und –prozessen lernen, dass es sich lohnt, Menschen mitzunehmen, auch wenn sie nicht unmittelbar mitentscheiden können. An sich ist es eine Selbstverständlichkeit, die Menschen, auf die sich zum Beispiel politische und Verwaltungsentscheidungen auswirken, ernst zu nehmen. Praktisch braucht es dafür im Wesentlichen Transparenz – der Entscheidung selbst, der Verantwortlichkeit, der Kommunikation sowie des Umgangs mit Kritik und Widerspruch.

Das heißt, dass es nachvollziehbar und verständlich ist, auf welcher Grundlage und welcher Kompetenz eine Entscheidung beruht. Es soll deutlich werden, was das zu bearbeitende Problem und was das Ziel ist, und wie man vom einen zum anderen kommt. Wer Verantwortung trägt, soll sie kenntlich machen. Entscheidung und Verantwortung sollen so kommuniziert werden, dass sie sichtbar werden und dass Fragen, Kontroverse und Klärungen möglich sind. Mit Kritik und Widerspruch soll eine regelhafte Auseinandersetzung stattfinden.

Ausblick

Bei allen Fragen und aller Kritik an dem, was schiefgehen kann, müssen wir gelingende Beteiligung nicht groß suchen. Sie geschieht jeden Tag. Ohne Beteiligung keine Freiwillige Feuerwehr, keine Sportvereine, keine selbstverwalteten Jugendtreffs, keine ehrenamtlichen Patenschaften, keine Heimatvereine, keine Kommunalpolitik,... Ohne Beteiligung wären unsere Gemeinwesen und unsere Gesellschaft nicht existent.

In dieser alltäglichen Beteiligung machen wir zudem die grundlegenden positiven und negativen Beteiligungserfahrungen. Beteiligung bietet Möglich-

keiten zum Lernen für Beteiligung – durch Erfolgserlebnisse, Scheitern, Konflikte, Diskussionen.

Weil sie so wichtig sind für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Weiterentwicklung von Beteiligung, brauchen das alltägliche Engagement und das Mitmachen besondere Aufmerksamkeit und Anerkennung sowie Rahmenbedingungen, in denen sie gut möglich sind. Den fünf Thesen folgend gehören zu diesen Rahmenbedingungen: Hürden abbauen, Mitmachen ermöglichen, Selbstwirksamkeitserfahrung fördern, offen sein und Menschen mitnehmen.

Partizipieren durch Moderieren Ehrenamtliche Moderator*innen im Gemeinwesen

1. Einleitende Worte

Zur Arbeitspraxis des MBT Brandenburg gehört seit vielen Jahren auch die Moderation von Veranstaltungen. Dazu zählen nicht nur Großgruppenveranstaltungen, wie z. B. Zukunftswerkstätten und Gesprächskreise, sondern auch Bündnissitzungen, Runde Tische, Arbeitsgruppen und Einwohnerversammlungen. Letztere haben gerade bei der Unterbringung von Flüchtlingen eine wichtige Rolle gespielt. Sie sind ein gutes Mittel beim Informationstransfer, bei der Vermittlung von sich anbahnenden Konflikten zwischen Verwaltung, Politik und Anwohnern, sowie zur Stärkung der Kommunikation und Partizipation innerhalb der Bevölkerung. Doch nicht nur bei Unterbringung und Integration von neu zugezogenen Menschen spielen Moderationsprozesse eine wichtige Rolle, sondern auch bei der Planung von Baumaßnahmen, bei der Beteiligung im Rahmen eines Bürgerhaushalts und natürlich bei gemeinschaftsfördernden Veranstaltungen im Ort.

Als MBT-Berater*innen achten wir in der Regel darauf, dass eine Moderation sorgfältig vorbereitet wird und alle Beteiligten in den Kommunikationsprozess eingebunden werden. In einem Gemeinwesen ist es für uns als Außenstehende meist einfacher, unabhängig von unterschiedlichen Interessen und unbeeinflusst von internen Konflikten oder schwierigen Themenlagen, einen möglichst gleichberechtigten Austausch zu ermöglichen.

Über die Jahre haben die MBT-Mitarbeiter*innen im Bereich Moderation eine professionelle Praxis entwickelt. Trotzdem fragten wir uns, ob in diesem Bereich auch ehrenamtliche Moderator*innen gleichermaßen wirksam werden können, oder es sogar sein könnte, dass ehrenamtliche Moderator*innen in ihrem eigenen Sozialraum noch ganz andere Wirkungen und Stärken entwickeln können? Die Unterstützung einzelner Personen, lokale Entscheidungsprozesse professionell mitzugestalten, erfolgte vor dem Hintergrund, dass eine Demokratie auch immer durch konkrete Selbstwirksamkeitserfahrungen der Menschen vitalisiert und gestärkt wird. Partizipation ist demnach das Prinzip der demokratiefördernden Arbeit.

Der nun folgende Bericht schildert einen Prozess, bei dem wir im Auftrag eines hauptamtlichen Bürgermeisters im Winter 2011/2012 und im

Herbst 2017 in zwei Durchgängen insgesamt 13 ehrenamtliche Gemeindemoderator*innen ausgebildet haben.

2. Zustandekommen des Auftrags

Ausgangspunkt für die Ausbildung war eine konkrete Bedarfsanzeige der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow im Landkreis Teltow-Fläming. Diese wünschte sich infolge der Verabschiedung eines Bürgerhaushaltes und den damit verbundenen Baumaßnahmen nicht nur eine stärkere bürgernahe Informationspolitik, sondern auch die Beteiligung von Einwohner*innen im Rahmen von entsprechenden Versammlungen. Diesen Bedarf konnte das MBT auf Dauer nicht abdecken. Daher ergab sich bei einer Beratung mit der anfragenden Verwaltung die Idee, Moderator*innen vor Ort zu rekrutieren und auszubilden.

In einem mehrtägigen Training wurden diese Personen vom MBT für ihre Rolle als ehrenamtliche Gemeindemoderator*innen sensibilisiert, geschult und schließlich miteinander als eigenständig arbeitendes Team vernetzt.

Zunächst aber war die Verwaltung selbst dafür verantwortlich, geeignete Kandidat*innen für die mehrtägige Ausbildung zu finden. Über das Amtsblatt wurde eine Ausschreibung veröffentlicht, auf die man sich bewerben konnte. Aus diesen Bewerbungen wurden 10 Personen zu einem Gespräch und aus dieser Gruppe wiederum 8 Personen zum Training eingeladen. Die Verwaltung achtete in der Auswahl darauf, dass die Teilnehmer*innen nicht nur im Hinblick auf Geschlecht, beruflichem Hintergrund, sondern auch Alter gut gemischt waren. Schließlich sollten Moderator*innen passend für unterschiedliche Zielgruppen und Aufträge bereitstehen.

Den Teilnehmer*innen wurde auch bereits im Vorgespräch mitgeteilt, dass es sich um eine ehrenamtliche Tätigkeit handele, die von der Gemeinde lediglich mit einer Aufwandsentschädigung vergütet wird.

3. Durchführung des Trainings

Im Folgenden stellen wir die einzelnen Etappen des Trainings der Gemeindemoderator*innen, wie es im Herbst 2017¹ stattgefunden hat, dar.

¹ Aus Gründen der Aktualität haben wir uns bei der Beschreibung der Trainings für das Letztere entschieden. Die Durchführung der Veranstaltungsreihe 2011/12 war im Wesentlichen ähnlich, bleibt in der Beschreibung aber außen vor.

Damit geben wir einen Einblick in die angewendeten Methoden und vermittelten Inhalte.

Ziele des Trainings waren:

- Entwicklung eines Rollenverständnisses als Moderator*in und Förderung notwendiger Selbstsicherheit
- Vermittlung von Kompetenzen für die Leitung von Veranstaltungen
- Befähigung, Gruppen durch schwierige Situationen zu führen
- Vernetzung der Gruppe und Befähigung zur selbstständigen Weiterarbeit

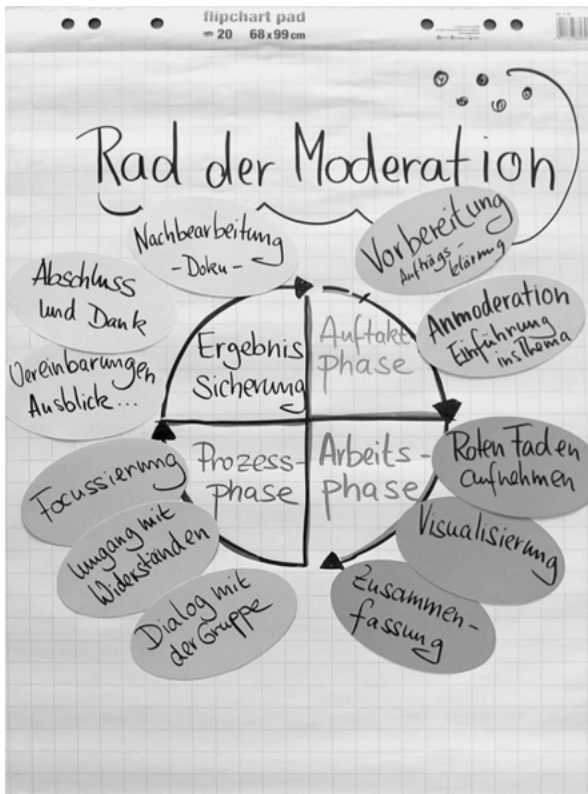
Für die Durchführung wurden drei Trainingstage anberaumt.

Einstieg

Zum Einstieg in den ersten Teil des Trainings sollten die Teilnehmenden gemeinsam überlegen, welche Arten von Moderationen sie kennen; welche Moderator*innen aus Fernsehen oder Radio sie mögen und warum; worin ihrer Meinung nach die Aufgaben einer Moderation bestehen und auch, wo eventuell die Grenzen von Moderation liegen. Diese Aufgabe wurde als offene Runde gestaltet, die Antworten der Teilnehmenden auf Moderationskarten notiert und an einer Pinnwand angeordnet. So konnte die Gruppe niedrigschwellig für das Thema aktiviert und zugleich Eigenschaften und Qualitäten von gelingender Moderation zusammengetragen und visualisiert werden.²

Im darauffolgenden Teil wurde von uns das sogenannte „Rad der Moderation“ vorgestellt – ein Modell, mit dem sich die unterschiedlichen Arbeitsschritte einer Moderation darstellen und verinnerlichen lassen. Dieses Modell findet sich in unterschiedlichen Formen in der entsprechenden Fachliteratur immer wieder. Für das Training der Gemeindemoderator*innen entwarfen wir eine kompakte, übersichtliche Version des „Rad der Moderation“ und visualisierten selbige auf einem Flipchart (siehe Abbildung). Auf dieser Grundlage wurden gemeinsam mit den Teilnehmenden die vier Phasen einer Moderationstätigkeit (Planung, Vorbereitung, Durchführung, Nachbereitung) erörtert. Als Arbeitshilfe wurde dieses Modell zur Orientierung und individuellen Weiterentwicklung der Gruppe zur Verfügung gestellt.

² Zeitumfang ca. 30 Minuten



Rad der Moderation

Rollenverständnis

An diesen theoretischen Input schloss sich die erste praktische Trainingseinheit an. Wir befragten die Teilnehmenden, über welche Eigenschaften und Qualitäten ihrer Meinung nach gute Moderator*innen verfügen sollten. Die von der Runde genannten Attribute wurden von uns auf Moderationskarten visualisiert und an eine Pinnwand geheftet, damit sie für die gesamte Zeit des Trainings für alle sichtbar waren. Während des sich entwickelnden Gruppengesprächs galt es, die Teilnehmenden weitestgehend selbstständig ausarbeiten zu lassen, welche zentralen Aufgaben einer Moderation zukommen, aber auch, wo die Grenzen dieser Aufgabe liegen.

Zielstellung war es, den Teilnehmenden die Möglichkeit zu geben, ein eigenes Selbstverständnis für ihre Rolle als Moderator*in zu entwickeln.³

³ Zeitumfang ca. 40 Minuten

Abschluss Erster Trainingstag

Die Mitglieder der Gruppe sollten zum Abschluss auf simulierte Störungen der Moderation möglichst originell und schlagfertig reagieren. Dazu unterteilten wir die Gruppe der Teilnehmenden in Paare. Auf Arbeitsblättern waren vorformulierte Floskeln und verbale Angriffe auf die Moderation gelistet.

Mit wechselnden Rollen spielten die Paare nun Situationen durch, in denen sie als Moderator*in spontan auf entsprechende Zwischenbemerkungen reagieren mussten – im besten Falle humorvoll und gelassen, aber auch professionell.

Im anschließenden Feedbackgespräch konnten die Teilnehmenden berichten, wie es ihnen in den jeweiligen Rollen ergangen war. Von allen wurde erkannt, dass es zweifellos leichter ist, als Veranstaltungsgast eine offensive Bemerkung zu machen, als damit in der Rolle der Moderation adäquat umzugehen. Erkennbar wurde, dass für angemessene Reaktionen auch stets Gelassenheit, ein wenig Selbstironie und Erfahrung notwendig sind.⁴

Zum Abschluss der ersten Trainingseinheit trafen wir Vorbereitungen und Absprachen für das kamerabegleitete Rollenspiel am Folgetag. Dazu hatten wir Szenarien konzipiert und skizzenhaft beschrieben, die das jeweilige Setting für die Moderation lieferten. Die Teilnehmenden sollten sich dann bis zum nächsten Tag auf die Situation und ihre jeweilige Rolle vorbereiten.

Zweiter Trainingstag

Der Trainingstag begann mit einer Aufwärmübung. Um den Moderator*innen in ihren jeweiligen Rollen perspektivisch mehr Selbstsicherheit zu vermitteln, wiederholten wir die Übung „Auf Störungen reagieren“ in einer leichten Abwandlung. Im Kreis stehend sollten sich die Teilnehmenden jeweils eine oder mehrere unsachliche, deplatzierte, abwertende Bemerkungen überlegen, mit der eine moderierte Veranstaltung gestört werden könnte. Nacheinander äußerten sie dann je eine dieser Formulierungen und forderten per zugeworfenem Ball eine andere Person spontan zur Entgegnung auf.

Eine zweite, dann wieder sitzend durchgeführte Aktivierungsmethode, verlief nach dem Prinzip des Kinderspiels „Ich packe meinen Koffer...“. In unserer Version „Ich packe meinen Moderationskoffer und nehme mit...“ sollten die Teilnehmenden benennen, was ihnen vom Vortag in Erinnerung geblieben

⁴ Zeitumfang ca. 30 Minuten

war. Genannt werden konnten beispielsweise Kennzeichen guter Moderation oder die verschiedenen Schritte der Vorbereitung.⁵

Kamerabegleitetes Rollenspiel

Nachdem die Teilnehmenden aktiviert waren, folgte der gemeinsame Aufbau des Settings für das Videotraining. Freiwillig konnte entschieden werden, wer aus der Runde mit der Simulation begann. Eine digitale Videokamera filmte aus einiger Entfernung die jeweils moderierende Person.

Das erste Szenario stellte eine Podiumsdiskussion im Zuge des Bürgermeister*innenwahlkampfes in der Gemeinde nach. Aufgabe des Moderierenden war es, die Veranstaltung entsprechend zu eröffnen und im weiteren Verlauf zu leiten. Eine angenehme Gesprächsatmosphäre sollte gewahrt werden und sowohl die Kandidat*innen auf dem Podium, als auch das Publikum angemessen zu Wort kommen.

Das zweite Szenario beschrieb die Situation einer Einwohner*innenversammlung zum Thema Unterbringung von Geflüchteten in der Gemeinde. Die in unmittelbarer Nachbarschaft der Unterkunft wohnenden Menschen sollten in diesem Rahmen durch den Bürgermeister und das Sozialdezernat des Landkreises über den Sachstand informiert werden. Zudem hatten die Bürger*innen die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Einwände zu formulieren. Der Moderation oblag es, die Veranstaltung zu leiten und dabei auf das zu erwartende, emotional aufgeladene Klima angemessen zu reagieren.⁶

Nachdem die Teilnehmenden aus ihren Rollen entlassen wurden, fragten wir insbesondere die/der Moderator*in, wie es ihnen während der Simulation ergangen war und womit sie persönlich zufrieden waren. Daran anschließend wurde der entsprechende Videomitschnitt von der gesamten Gruppe einmal angesehen und gemeinsam ausgewertet. Mithilfe eines Auswertungsbogens konnten Aspekte, wie Anmoderation, Verständlichkeit, Roter Faden, Zeitmanagement usw. stichpunktartig notiert werden. Für das Feedback wurde auf eine wertschätzende Beurteilung geachtet, die die positiven Aspekte und die Stärken der soeben erlebten Moderation betonte. Das mögliche Verbesserungspotential im eigenen Auftritt hatten die jeweiligen Moderator*innen zu diesem Zeitpunkt meist schon selbst benannt, so dass es vonseiten der Gruppe und uns nur weniger Hinweise und Ermutigungen bedurfte.⁷

⁵ Zeitumfang ca. 20 Minuten

⁶ Zeitumfang pro Rollenspiel ca. 15 Minuten

⁷ Zeitumfang der gesamten Übung inkl. Aufbau ca. 120 Minuten

Umgang mit schwierigen Situationen

Auf einem Arbeitsblatt erhielten die Teilnehmenden Beschreibungen von erschwerenden Situationen, die während einer Veranstaltung auftreten könnten: Vielredner, ausuferndes Streitgespräch auf dem Podium, Buhrufe oder andere Störungen. Nachdem beispielhafte Reaktionsmöglichkeiten vorgestellt wurden, konnten die Teilnehmenden individuell überlegen, wie sie sich in der Rolle als Moderator*in in einer solchen Situation angemessen verhalten würden.

Anschließend folgte ein gemeinsamer Austausch über die jeweiligen Ideen. Auf einem Arbeitsblatt, dass der Materialsammlung beigelegt wurde, gaben wir zusätzlich weitere Hinweise und Beispiele zu unterschiedlichen Reaktionsmöglichkeiten.⁸

Visualisierung und Flipchartgestaltung

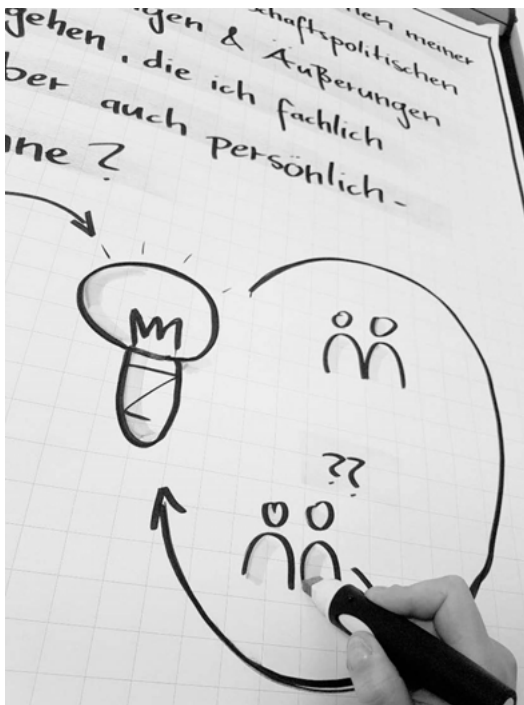
Zu einer gelungenen Moderation gehören auch Visualisierungen. Dazu zählen die Veranschaulichung einer Tagesordnung, die Verschriftlichung von Themen, Fragestellungen und Ergebnisse im Verlauf der Veranstaltung. Die Vermittlung grundlegender Kenntnisse und Techniken dafür bildete den letzten Teil des zweiten Trainingstages.



Moderationskoffer

⁸ Zeitumfang ca. 45 Minuten

Zunächst stellten wir den Teilnehmenden die Grundausrüstung eines Moderationskoffers vor und erläuterten, wie diese professionell eingesetzt werden kann. Einige Übungen gaben im Anschluss die Möglichkeit, sich mit dem Schreiben auf ungewohnt großen Flipcharts oder kleinen Moderationskarten vertraut zu machen. Wir gaben dabei Hinweise, mit welcher Schreibtechnik eine lesbare Schrift gelingen kann und wie mit einfachen Symbolen und Piktogrammen eine Visualisierung lebendig wird. Gefordert wurden die Teilnehmenden zusätzlich durch eine praktische Übung, bei der es galt, möglichst viele Zurufe als Stichworte mitzuschreiben und das Geschriebene nach Sinnzusammenhängen anzuordnen.



Flipchartgestaltung

Als auflockernder Abschluss dieses Trainingstages diente dann die Erstellung eines eigenen Plakats, bei der die erlernten Techniken sogleich angewendet werden konnten.⁹ Mit einer Feedbackrunde und dem inhaltlichen Ausblick auf das dritte Treffen endete der Tag.

⁹ Zeitumfang ca. 100 Minuten

Dritter Trainingstag

Der dritte Teil des Trainings stand im Zeichen der Zusammenführung und Vernetzung der Gruppe von 2011/12 mit den aktuellen Teilnehmenden.¹⁰ Dies war ausdrücklicher Wunsch der auftraggebenden Verwaltung. Nach der Begrüßung und der Vorstellung des Tagesablaufs wurden Paare gebildet, die sich mithilfe von Partnerinterviews kennenlernten und anschließend gegenseitig der Gruppe vorstellten.¹¹

Umgang mit „Killerphrasen“

Als Trainingseinheit für die gemeinsame Gruppe wurde der Umgang mit sogenannten „Killerphrasen“, auch Totschlagargumente genannt, erprobt. Auf einem Arbeitsblatt gaben wir verschiedene Formulierungen als Beispiele vor, die den konstruktiven Fortgang eines Gesprächs oder einer Moderation erschweren könnten. In Zweiergruppen war es dann an den Teilnehmenden, herauszuarbeiten, wie diese „Killerphrasen“ im Allgemeinen wirken und wie auf die vorgegebenen Sätze reagiert werden könnte.¹² Um ein Beispiel zu geben: Im Rahmen einer Veranstaltung wird von einem Teilnehmenden eingeworfen: „Das funktioniert doch bei uns nicht, das haben wir doch schon alles versucht.“

Die Aufgabe der Moderation ist es in dem Fall den Einwurf nicht vornehmlich als Störung bzw. als Kritik zu werten, sondern als Gesprächsangebot, welches durch ein geschicktes Aufgreifen und positives Umdeuten einer Veranstaltung durchaus eine konstruktive Wendung verleihen kann. Beim genannten Beispiel wäre eine mögliche Reaktion: „Ach, das ist ja interessant, was sie schon alles versucht haben. Erzählen Sie mal, warum Sie denken, dass es noch nicht zum Erfolg geführt hat.“

Vereinbarungen zur Zusammenarbeit

Anschließend hatten die Teilnehmenden die Aufgabe, zu erarbeiten, welche Formen des zukünftigen Zusammenwirkens der Gemeindemoderator*innen effektiv wären. Dies geschah in Form einer offenen Diskussionsrunde. Diese

¹⁰ Bereits im Winter 2011/12 hatte das MBT ein erstes Training in der Gemeinde durchgeführt. Von den damals zwölf Teilnehmenden waren noch fünf Moderator*innen aktiv

¹¹ Zeitumfang ca. 45 Minuten

¹² Zeitumfang ca. 30 Minuten

zu leiten war die Aufgabe eines zweiköpfigen Moderationsteams, das sich aus der alten und neuen Teilnehmergruppe zusammensetzte. Bisherige Erfahrungen aus der Gemeinde, Wünsche, Vorstellungen und konkrete Ideen wurden ausgetauscht und verhandelt, konkrete Ergebnisse visualisiert und dokumentiert.

Der gemeinsame Abstimmungsprozess zur zukünftigen Zusammenarbeit hatte dabei motivierenden und gemeinschaftsstiftenden Charakter. Dank der Offenheit der Teilnehmer*innen gelang die Zusammenführung bemerkenswert gut.

4. Reflexion des Trainings mit den Teilnehmenden

Der Workshop und die jeweiligen Trainingseinheiten wurden von den Teilnehmer*innen ganz unterschiedlich wahrgenommen. Abhängig von der eigenen beruflichen Qualifikation und Vorerfahrungen im Bereich der Moderation, die zum Teil durchaus fundiert waren, fiel es den Teilnehmer*innen unterschiedlich leicht, sich auf die Inhalte und praktischen Übungen einzulassen. Einen besonderen Stellenwert nahm jedoch für alle Teilnehmer*innen das kamerabegleitete Rollenspiel ein. Hier sind gleich zwei psychologische Hürden zu nehmen: Zum einen, sich in einem inszenierten Setting auf eine realitätsnahe Situation einzulassen und diese als Moderator*in entsprechend zu gestalten. Zum zweiten war es eine Herausforderung, die Videomitschnitte in einer Gruppe auszuwerten und auf Grundlage des Gesehenen die eigene Leistung kritisch zu reflektieren.

Insgesamt ist festzustellen: je besser eine Gruppe sich in einem Training zusammenfindet und miteinander offen und kollegial arbeitet, desto hilfreicher werden die Übungen erlebt und der Lerneffekt positiv bewertet. Teil des Konzepts war es, der Gruppe Zeit und Raum für die Entwicklung einer angenehmen Arbeitsatmosphäre einzuräumen. Kollegialität und gegenseitige Wertschätzung ist unabdingbar für den Bereich des Ehrenamtes.

Die im Rahmen des zweiten Trainings zusammengeführte Gruppe der Gemeindemoderator*innen organisierte sich im Anschluss weiter selbst. Dies funktionierte über einen Stammtisch, der sich turnusmäßig traf, um bereits erfolgte Veranstaltungen gemeinsam auszuwerten. Weitere Aufträge wurden bei diesen Treffen geplant und untereinander je nach Interessenlage verteilt. Organisation, Vorsitz und Moderation des Stammtisches übernahm eine Person aus der Gruppe.

Rückblickend können wir festhalten, dass die Teilnehmer*innen der Gruppe von 2011/12 auf eine stärkere Auftragslage zurückgreifen konnten und in

den ersten Jahren monatlich mindestens eine Moderation übernehmen. Dies waren sowohl Veranstaltungen des Bauausschusses, als auch Anliegerversammlungen zur Straßenbeleuchtung und anderer Baumaßnahmen. Außerdem kamen Workshops zum besseren Zusammenhalt der unterschiedlichen Generationen in der Gemeinde hinzu, sowie eine alljährlich stattfindende Gedenkveranstaltung für Noël Martin, ein Opfer rechtsextremer Gewalt.¹³

Um die Wirksamkeit unserer Arbeit zu überprüfen und die ersten Erfahrungen der Gemeindemoderator*innen zu reflektieren, trafen wir uns einige Monate später erneut mit einem Teil der Gruppe.

Auffällig war zunächst, dass die Auftragslage in der Gemeinde zurückgegangen war. Die meisten der neu Ausgebildeten hatten bisher lediglich ein bis zwei Aufträge bekommen. Überwiegend handelte es sich wieder um Anliegerversammlungen, die den Moderator*innen keine größeren Schwierigkeiten bereitet hatten.¹⁴

Der Wunsch Einzelner nach mehr Moderationspraxis wurde gemeinsam mit uns in der Gruppe diskutiert. Bisher wurden die Aufträge ausschließlich durch die lokale Verwaltung vermittelt. Grundsätzlich gäbe es aus unserer Sicht die Möglichkeit, die Auftragslage zu erweitern. Ehrenamtliche Gemeindemoderator*innen könnten ebenso bei Veranstaltungen von Vereinen und Initiativen, zu Diskussionsveranstaltungen im Vorfeld von Wahlen oder sogar in Nachbargemeinden eingesetzt werden. Zu beachten wäre dabei, dass ein Moderator*innenteam eine gewisse professionelle Neutralität bzw. Unabhängigkeit mitbringt. Nur so wird es in der Lage sein, die unterschiedlichen Perspektiven und Interessenlagen der Beteiligten ausreichend zu berücksichtigen und zu Wort kommen zu lassen. Wo jedoch länger andauernde Konflikte und ungelöste Probleme das Gemeinwesen belasten, sind vielmehr professionelle Mediation bzw. kommunale Konfliktbearbeitung gefragt.

Zum Abschluss des Treffens legten wir der Gruppe einen Fragebogen zur Auswertung des zurückliegenden Trainings vor. Uns interessierte, wie der Workshop und die ersten Praxiserfahrungen von den Teilnehmer*innen bewertet wurden. In den Fragebögen wurde zum einen nach konkreten Erfahrungen gefragt; zum anderen, inwieweit die methodischen Übungen unserer Schulung rückblickend als hilfreich bewertet wurden. Insgesamt war das Ergebnis sehr positiv (207 von 240 möglichen Bewertungspunkten). Den-

¹³ Noël Martin, ein Engländer mit jamaikanischer Abstammung, wurde 1996 in der Gemeinde durch einen gewaltsamen Übergriff rechtsextremer Jugendlicher schwer verletzt. Seitdem setzt sich der Ort für ein aktives Gedenken ein.

¹⁴ Unsicherheiten wurden lediglich im Umgang mit Präsentationstechnik und bei der Erstellung eines Diskussionsprotokolls benannt.

noch fiel auf, dass die Bewertungen der Teilnehmer*innen im Bereich der Vermittlung von Selbstsicherheit unterschiedlich waren. Teilnehmer*innen, die sich selbst eher als unsicher erlebt hatten, bewerteten unser Training weniger positiv als diejenigen, die sich als souverän empfanden. Hier ist anzumerken, dass Selbstvertrauen und Erfahrung im Rahmen eines solchen dreitägigen Trainings nicht ausreichend zu erlangen sind. Dazu bedarf es ausreichender Praxis.

5. Bewertung und Ausblick

Aus Sicht des MBTs können die beiden Durchgänge des Trainings der Jahre 2011/12 und 2017 als Erfolge gewertet werden. Die zentrale Zielstellung unserer Arbeit wurde erreicht: Personen, die im örtlichen Gemeinwesen verankert sind und über ganz unterschiedliche Voraussetzungen zum Engagement verfügen, wurden befähigt und ermutigt, in ihrer Gemeinde zentrale Rollen in demokratischen Prozessen aktiv zu übernehmen. Das hat mehrere positive Effekte. Zum einen haben sie die Möglichkeit bekommen, Selbstwirksamkeit zu erfahren; zum anderen befördern Gelegenheiten zur konkreten Mitgestaltung die demokratische Kultur vor Ort. Die Form der Partizipation beschränkt sich dabei nicht nur auf die jeweils zu moderierende Veranstaltung. Sie kann sich auf den gesamten Prozess der Entscheidungsfindung erstrecken. Der/die Moderator*in erhält Einblicke in das Handeln der zuständigen Ämter und kann sich während der Vorbereitung ein Bild von der Komplexität des Verwaltungshandelns machen. Zugleich gilt es, die Anliegen der Bürger*innen mit einzubeziehen.

Die Übernahme der Moderation durch Ehrenamtliche aus der Kommune geht im besten Falle mit einer Steigerung der Akzeptanz von politischen und verwaltungsrechtlichen Entscheidungen einher, was dem gesamten Kommunikationsprozess zuträglich ist.

Wir fragen uns: Könnte das Konzept, wie es von uns dargestellt wurde, ohne weiteres in andere Gemeinden übertragen werden? Würden sich dieselben positiven Effekte für das Gemeinwesen einstellen?

Der Bedarf an Gemeindemoderator*innen ergibt sich natürlich aus der Auftragslage vor Ort. Nur durch wiederkehrenden Einsatz der Ehrenamtlichen kann sich deren Rolle im jeweiligen Ort etablieren und bewähren. Die Einsatzmöglichkeiten ergeben sich nicht nur aus der Größe und Einwohnerzahl einer Gemeinde, sondern auch aus aktuellen Themenlagen, wie beispielsweise Bauprojekte, Integrationsfragen, Bürgerhaushalt und Strukturprobleme.

In kleineren Gemeinden, die beispielsweise weniger von Transformationsprozessen o.ä. betroffen sind, bleibt die potentielle Auftragslage für Moderator*innen somit möglicherweise sehr überschaubar.

Darüber hinaus bedarf es einer grundsätzlich interessierten und aufgeschlossenen lokalen Verwaltung, die das Konzept der Ausbildung von Gemeindemoderator*innen unterstützt und bereit ist, auch längerfristig mit den Ehrenamtlichen zusammenzuarbeiten.

Nicht zuletzt ist die Tragfähigkeit des Konzepts abhängig von engagierten Menschen, die bereit sind, sich nicht nur zu Gemeindemoderator*innen ausbilden zu lassen, sondern auch im Rahmen ehrenamtlicher Arbeit diese nicht immer konfliktfreie und einfache Aufgabe zu übernehmen.

Daniel Krüger

Der Ethnologe als Berater Rekonstruktion einer Beratungshaltung

Der Ethnologe und Berater, von dem die nächsten Seiten handeln, war Dirk Wilking. Er war seit 1999 im Mobilen Beratungsteam Brandenburg (MBT) tätig und seit 2008 sein Leiter. Über zwanzig Jahre war er Gesicht des MBT, Ideengeber und hat – gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen – das Konzept der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus geprägt. Dirk Wilking starb am 30. Dezember 2019.

Dieser Text ist kein Nachruf auf ihn, sondern vielmehr der Versuch, seinem Wunsch zu entsprechen, noch einmal seine ethnologische Haltung als eine Grundlage der Beratungsarbeit in Brandenburg zu erklären. Dirk Wilking machte dafür wenige Wochen vor seinem Tod ein paar Notizen. Es sind kleine Textfragmente, einige knappe Sätze und Stichpunkte, die recht große (ethnologische) Fragen behandeln. In ihrer Kürze lassen sie vieles offen und sind gleichermaßen bestimmt durch narrative Elemente, Polemik und Pointe. Sie lassen damit auch Merkmale des individuellen Beratungsstils ihres Urhebers durchscheinen. Die Notizen stehen unter der Überschrift:

„Um modisch verbreitetem Unfug vorzubeugen, hier einige Bemerkungen zur ethnologischen Haltung.“¹

Nach meinem Eindruck sperren sich die Notizen gegen einen einfachen Zugang, weil sie zum Teil Kenntnisse von Diskussionsprozessen sowie von fachlichen und persönlichen Kontexten voraussetzen. Sie haben aber auch das Anliegen, zu einer Debatte beizutragen, eine Position darzulegen und an ihr festzuhalten. Ich will die Textfragmente deshalb nicht nur wiedergeben, sondern sie als Ausgangspunkt für eine Rekonstruktion der Grundzüge von Dirk Wilkings Beratungsarbeit nehmen.

¹ Wilking, Dirk: unveröffentlichte Notizen, Potsdam 2019.

Frauke Postel hat vor mehr als zehn Jahren im dritten Einblicke-Band das Arbeitskonzeptes des MBT in Brandenburg dargelegt.² Dirk Wilking selbst hat im darauffolgenden Band die Entwicklung des Konzepts und der Arbeit umrissen.³ Unsere klient*innenbezogene Beratung nimmt die Akteur*innen, Bedingungen und Ressourcen in den Blick. Wir verstehen Beratung als „Kommunikation mit den Bürgern [...], als einen auf Entwicklung hin orientierten Prozess, der die jeweilige Lebenswirklichkeit und die Themen der Bevölkerung zum Ausgangspunkt nimmt“.⁴ Dieser Ansatz ist weiterhin die Grundlage unserer Arbeit.



Frauke Postel und Dirk Wilking

Für den Berater Dirk Wilking war entschieden, dass das MBT Brandenburg seit Ende der 1990er Jahre mit einer ethnologischen Haltung arbeitet und arbeitet. Eine Reihe von Kolleginnen und Kollegen sieht das sicher anders – wir sind plural in den Herangehensweisen. Die Erklärung der Beratungshal-

² Postel, Frauke: Gedanken zum Arbeitskonzept des Mobilen Beratungsteams, in: Wilking, Dirk/Kohlstruck, Michael (Hg.): Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung. Einblicke III. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2010, S. 9–17.

³ Wilking, Dirk: Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus aufnehmen – 20 Jahre mobile Beratung im Land Brandenburg, in: Wilking, Dirk/Kohlstruck, Michael (Hg.): Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung. Einblicke IV. Ein Werkstattbuch, Potsdam 2012, S. 9–50.

⁴ Postel 2010, S. 11.

tung aus der Ethnologie ist ein mögliches Professionsverständnis. Man kann genauso gut aus anderen Berufsfeldern kommend zu derselben oder einer ähnlichen Haltung gelangen, sei es beispielsweise vor dem Hintergrund der sozialen Arbeit oder der systemischen Beratung. Aus der Ähnlichkeit der jeweiligen professionellen Haltungen erwächst der Kern unserer gemeinsamen Beratungshaltung, die bestimmt ist durch die eigene Präsenz und die Reflexion der eigenen Rolle, die Hinwendung zu den Menschen und die gleichzeitige Distanz sowie den Blick auf Relationen und Ressourcen. Für den Ethnologen Dirk Wilking war das methodologisch eine Anwendung der Ethnologie.

Das Interesse an den Menschen

Zum fragmentarischen Charakter der hinterlassenen Notizen gehört, dass sie den Gegenstand der ethnologischen Haltung kaum systematisch entwickeln. So bieten sie beispielsweise keine greifbare Erklärung an, was Ethnologie ist. Für die Rekonstruktion der Beratungshaltung ist dies allerdings eine zentrale Frage, wird sie doch mit den Notizen implizit zum Ausgangspunkt der Haltung gemacht.

Der britische Kulturtheoretiker Raymond Williams entwickelte die Idee von Kultur als „a whole way of life“,⁵ als Gesamtheit einer Lebensweise. Derart weitgefasst untersucht die Ethnologie als empirische Sozial- und Kulturwissenschaft die Lebensweisen und Weltverständnisse der Menschen in ihren sozialen Zusammenhängen. Ethnien als Forschungsgegenstand haben historisch den Namen geprägt, spielen heute aber nur als eine Form sozialer Gruppenkonstruktion eine Rolle.

Tradition hat in der eher randständigen und kleinen Disziplin das Interesse an Forschungsthemen und -gegenständen, die in anderen Wissenschaften eher als abseitig verstanden werden. Ebenso tradiert ist in der Ethnologie die diskursiv verflochtene, begriffliche Paarung des Eigenen und des Fremden. Die Ethnologie untersucht nicht nur aus europäischer Sicht „fremde Völker“ oder „fremde Systeme“ im eigenen Kulturraum, sondern thematisiert damit unter anderem die Identitätskonstruktionen von Eigen- und Fremdheit. Ausgehend von der empirischen Forschung stellen Ethnolog*innen Relationen her, beschreiben Systeme und leiten daraus verallgemeinernde Aussagen ab.

Insbesondere wird das ethnologische Selbstverständnis – gerade in Abgrenzung zu anderen Disziplinen – aus den Zugängen und Methoden der

⁵ Williams, Raymond: Culture and Society 1750-1950, London 1958, S. 325.

Ethnologie begründet. Mit Feldforschung und teilnehmender Beobachtung treten Ethnolog*innen in direkten Kontakt zu den Menschen. Ethnolog*innen gehen zu ihnen, reden mit ihnen, leben mit ihnen und versuchen aus diesen Anschauungen und Erfahrungen heraus, die Lebenspraxis der Menschen zu verstehen und zu übersetzen.

Für die Professionalisierung von Ethnolog*innen bedeutet das auch, sich mit drei grundlegenden Problemen auseinanderzusetzen: Wie können wir Phänomene in anderen Kulturen *verstehen* und *darstellen*, wenn uns nur die eigenen kulturspezifischen Begriffe und Vorstellungen zur Verfügung stehen? Wie lassen sich vor diesem Hintergrund empirisch verifizierbare und intersubjektiv nachvollziehbare, also *objektive Erkenntnisse gewinnen*? An diesen Fragen macht sich die Wissenschaftlichkeit der Ethnologie fest. Zum ethnologischen Handwerkszeug gehören deshalb neben Kenntnissen der Hermeneutik sowie von Erkenntnis- und Repräsentationstheorien die ständige Reflexion der eigenen Rolle und der eigenen Methoden.

Ich kann an dieser Stelle offenkundig keine umfassende Einführung in die Ethnologie geben. Der kurze Überblick soll vielmehr einige wesentliche Bezugspunkte für eine aus der Ethnologie begründete Haltung zeigen. Im Mittelpunkt des Interesses stehen die Menschen und ihre Lebenswelten, konkret und mit ihrer ganzen Komplexität. Grundlagen für das Verstehen sind, zu den Menschen zu gehen, sich auf sie einzulassen, möglichst unvoreingenommen zu beobachten sowie die eigene Rolle und Sichtweise reflektieren und in Relation stellen zu können. In seinen Notizen ist Dirk Wilking auf diese Aspekte eingegangen. Sie sollen im Folgenden vertieft werden.

Die narrative Methode

Zuvor möchte ich aber abschweifen, weil auch Dirk Wilkings Notizen bereits in ihrer ersten Sequenz Exkurse machen. Die Notizen zeigen neben ihrem Thema der Haltung auch eine Herangehensweise, die für seinen Beratungsstil steht und die ich hier kurz vorstellen möchte. Ich bezeichne sie als narrative Methode – Storytelling wäre ebenfalls eine adäquate Bezeichnung –, auch wenn mir nicht bekannt ist, dass Dirk Wilking sein Vorgehen so benannt hätte. Das ist nicht unmittelbar eine ethnologische Methode. Mit dem hohen Wert aber, der Erzählungen und ihren sinngebenden Deutungsmustern, dem gesprochenen Wort und dem Geschichtenerzählen als Ausdrücke und als Quellen in der Ethnologie zukommt, leuchtet Storytelling als Methode eines Ethnologen ein.

Die folgende Notiz hat die Funktion, einleitend an die Ethnologie als Wissenschaft heranzuführen. Wie bereits gesagt, macht sie das ohne direkt greifbare Begriffsbestimmung:

„Die europäische Ethnologie ist nur eine von vielen. Jede Zeit hat ihre eigene entwickelt. Herodot (ca. 490/480-430/420 v.u.Z.) beschrieb die bekannten Kulturen und Länder für die griechischen Expansionsstrategien. Der Tunesier Ibn Chaldūn (1332-1406) untersuchte die mediterranen Kulturen auf den soziologischen Zusammenhalt. Ibn Battūta aus Marokko (1304-1377) war einer der ersten Reiseschriftsteller: Von Fes reiste er über die Grenzen der bekannten Welt nach China, auf die Malediven, nach Sumatra und an den Aralsee, nach Indien, Samarkand, Bagdad, Konstantinopel, Bulgarien. In Afrika kam er bis in die Sahara nach Timbuktu, in Ostafrika bis nach Sansibar, Mombasa und Mogadischu. Das zu einer Zeit, in der wir hier gerade begannen, Löffel zu schnitzen. Das Interesse an den Ländern und ihren Kulturen war, wie immer bei der Forschung, von wirtschaftlichen Interessen geleitet.“

Was könnten erste Reaktionen nach dieser Erzählung sein? Ein großes Fragezeichen oder Begeisterung für die Bilder ferner Orte im Kopf? Der eine oder die andere mag die Notiz als unwissenschaftlich, vorurteilsbehaftet oder am Thema vorbei abtun. Vielleicht weckt sie aber auch Interesse an einer Diskussion.

Diese Art der Erzählung, auch als narrative Methode in der Beratung, macht keine eindeutigen Vorgaben, sondern ein Angebot zum Selberdenken. Sie öffnet einen Raum für Assoziationen, Projektionen und Interpretationen. Mit ihren Irritationen schafft sie Interesse und Reibungspunkte. Die Erzählung ist aber nicht willkürlich. Sie ist nicht irgendeine Geschichte, sondern in ihren Aussagen, auch in den Abschweifungen zielbestimmt. Ich möchte das mit meiner Interpretation der Notiz verdeutlichen:

Was sagt das Textfragment über Ethnologie? Es benennt Kulturen und ihren Zusammenhalt als Gegenstand der Ethnologie und kennzeichnet sie mit der Raum-/Zeit-Differenzierung als sozial bedingt. Mit dem Vergleich der Ethnologien in den verschiedenen Kulturen verweist die Notiz auf den kulturvergleichenden Ansatz der Ethnologie selbst. Die Perspektive der Ethnologie zielt „über die Grenzen der bekannten Welt“ hinaus, ist aber auch interessegeleitet. Am Beispiel des beschriebenen Forschers Ibn Battūta zeigt er die Aufgabe von Ethnolog*innen, für ihre Forschung in die Welt zu gehen. Alles zusammen ist geschrieben aus der Sicht eines Ethnologen; damit ist der Text wiederum selbst Zeugnis einer ethnologischen Herangehensweise.

Auch wenn ich diese Interpretation begründen kann, erhebe ich keinen Anspruch auf alleinige Gültigkeit. Vielmehr wäre es wünschenswert, dass

Leser*innen aus dem Textfragment andere Schlüsse ziehen beziehungsweise interessante, auch kritische Fragen entwickeln. Im Gespräch, insbesondere im Beratungsgespräch, hätten wir damit Gesprächsstoff. Das ist das Ziel der narrativen Methode.

Präsenz und Fremdheit

Zur Rolle von Ethnolog*innen weisen Dirk Wilkings Notizen auf Georg Simmels „Exkurs über den Fremden“⁶ hin. Dieser Abschnitt in Simmels „Soziologie“, 1908 erschienen, gilt heute zum Beispiel als ein Ursprungstext der Migrationssoziologie. Über Robert Ezra Park hat Simmel „Fremder“ als „Marginal Man“ Eingang in die Stadtsoziologie gefunden.

Dirk Wilking interpretierte den Text knapp als Erklärung des ethnologischen Rollenverständnisses: „Der Ethnologe ist der professionalisierte Fremde, der sich engagiert, aber nicht Partei ergreift.“⁷ Diese nicht unmittelbar naheliegende Deutung bedarf einer Erklärung, zumal Simmel sie wahrscheinlich so nicht im Sinn hatte.

Der Fremde ist bei Simmel aus soziologischer Sicht eine Figur, die zu einer sozialen Gruppe hinzugekommen ist, um zu bleiben. Er ist anwesend und gleichzeitig durch seine Beweglichkeit definiert. Er kann mit allen in der Gruppe in Berührung kommen, ohne mit ihnen „organisch verbunden“ zu sein. Dem Fremden kommt damit eine besondere Rolle zu:

„Weil er nicht von der Wurzel her für die singulären Bestandteile oder die einseitigen Tendenzen der Gruppe festgelegt ist, steht er allen diesen mit der besonderen Attitüde des ‚Objektiven‘ gegenüber, die nicht etwa einen bloßen Abstand und Unbeteiligtheit bedeutet, sondern ein besonderes Gebilde aus Ferne und Nähe, Gleichgültigkeit und Engagiertheit ist.“⁸

Im Gegensatz zu Simmels Fremden gehen Ethnolog*innen nicht nur in ein Forschungsfeld hinein, sondern nach einiger Zeit auch wieder aus ihm heraus. Das ist wie ihr Forschungsinteresse Teil der Profession. Die Ähnlichkeit der Rollen, so der Ansatz von Dirk Wilking, besteht im Dazwischensein, zwischen Präsenz und Beweglichkeit, zwischen Zugehörigkeit und Fremdheit. Ethnolog*innen nehmen teil, ohne ganz Teil zu werden. Aus diesem

⁶ Simmel, Georg: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung, Berlin 1908, S.509-512.

⁷ Wilking 2019.

⁸ Simmel 1908, S.510.

Verhältnis zum Forschungsfeld, der ethnologischen Perspektive, erwachsen ihre Erkenntnisse. Diese Rolle ausüben zu wollen und zu können, ist ihre professionelle Kompetenz.

Sich gleichzeitig zu engagieren und nicht Partei zu ergreifen beziehungsweise die besondere Verbindung von Engagiertheit und Gleichgültigkeit, ist in dieser Lesart die wesentliche Herausforderung für die ethnologische Haltung.

Mit einem Zwischenschritt lässt sie sich auf die Beratungshaltung übertragen, wie sie Dirk Wilking vertreten hat. Beratungssettings sind in der zeitlichen Dauer, der Ortsgebundenheit und in Hinblick auf die personelle Zusammensetzung variabler als ethnologische Forschungsaufenthalte im Feld oder die Anwesenheit von Simmels Fremden in der sozialen Gruppe. Zudem unterscheiden sich Aufträge und Ziele. Aufträge für Ethnolog*innen entwickeln sich aus Forschungsfragen, Berater*innen werden aus dem Beratungsfeld beauftragt. Ethnologische Forschung zielt auf wissenschaftliche Erkenntnisse, Beratung unter anderem auf die Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten der Beratungsnehmer*innen.

Es bietet sich an dieser Stelle an, ein System zu abstrahieren, das im Falle der Beratung durch die Berater*innen, die Beratungsnehmer*innen, ihre jeweiligen Subsysteme und ihre Interaktion bestimmt ist. Die Ähnlichkeiten von Ethnologie und Beratung in der Interaktion lassen die Unterschiede in Aufträgen und Zielen zurücktreten. Ethnolog*innen und Berater*innen sollen ihrem Gegenüber mit dem Blick von außen begegnen und dessen Autonomie wahren. Verallgemeinert zielt ihre Interaktion darauf, Wissen zu generieren.

Was heißt es, wenn wir für die Beratungshaltung ebenfalls auf die Idee vom „professionalisierten Fremden“ und die Verbindung von Engagiertheit *und* Gleichgültigkeit rekurren? Zum einen bezieht sich die Engagiertheit natürlich auf die Umsetzung des Arbeitsauftrags, der im Falle des MBT allgemein durch die brandenburgische Landesregierung und speziell durch die einzelnen Beratungsnehmer*innen gegeben wird. Zum anderen ist damit die Interaktion mit den Beratungsnehmer*innen gemeint: präsent, zugewandt, Anteil nehmend, Sichtweisen zur Verfügung stellend und Angebote machend. Dagegen bezieht sich Gleichgültigkeit auf die Distanz der Berater*innen zum System der Beratungsnehmer*innen. Selbstverständlich wirkt eine Beratung auf dieses System. Dennoch sind Berater*innen nicht Teil dessen. Aus dieser Fremdheit bildet sich ein spezifischer Blick auf die Akteur*innen und ihre Lebenswelt und damit eine beraterische Perspektive. Die Fremdheit bestimmt somit eine notwendige Grenze des beraterischen Handelns.

Verstehen der Eigenlogik

Präsenz, Fremdheit und die Perspektive, die sich aus ihrer Verbindung entwickelt, haben in der Ethnologie methodisch ihre Entsprechung in der Feldforschung und der teilnehmenden Beobachtung. Dirk Wilking notierte dazu: „In der MBT-Szene grassieren derzeit die Begriffe ‚Feldforschung‘ und ‚teilnehmende Beobachtung‘ als angewendete Verfahren. Beide Begriffe bezeichnen wichtige ethnologische Methoden. [...] [D]ie Begriffe [werden] aber sehr willkürlich verwendet. Wenn ich etwa mit dem Dienstwagen durch Lübben⁹ fahre, habe ich weder eine Feldforschung, noch eine teilnehmende Beobachtung gemacht. Beides setzt in der Ethnologie voraus, dass man über einen längeren Zeitraum (idealerweise 1 Jahr) seinen Wohnsitz im Forschungsgebiet hat und mit den Menschen lebt.“¹⁰

An der Notiz fällt die Verschränkung von Ethnologie und Beratung auf. Ich lese sie als Hinweis auf die Verbundenheit beider Arbeitsfelder für Dirk Wilking. Kern der Notiz ist jedoch eine Kritik an der Methodenpraxis und damit das Plädoyer für eine aus der Ethnologie stammende Methodik des Verstehens.

Die unqualifizierte Aneignung ethnologischer Methoden hat eine gewisse Verbreitung. Die bloße Nennung methodischer Fachbegriffe dient beispielsweise der Aufwertung einer Vorgehensweise. So wird aus simplen deskriptiven Verfahren vorgeblich eine dichte Beschreibung, ohne die damit verbundene Notwendigkeit einer ethnologischen Übersetzungsleistung oder der Symbolisierung als Mittel zum Erkenntnisgewinn verstanden zu haben. Ebenso wird die teilnehmende Beobachtung als Bezeichnung herangezogen, wenn man mal eine Veranstaltung besucht, ein paar Stichpunkte mitgeschrieben und ein Foto gemacht hat. Das war für einen Ethnologen wie Dirk Wilking deshalb ein Ärgernis, weil diese Methoden den Kern der ethnologischen Arbeitsweise und damit des Selbstverständnisses ausmachen. Nur bei korrekter Ausführung können die Ansprüche an Wissenschaftlichkeit eingelöst werden.

Feldforschung und teilnehmende Beobachtung folgen einem spezifischen Erkenntnisinteresse und bieten einen spezifischen Erkenntnisgewinn. Wie kommen Ethnolog*innen zu ihrer Empirie? Sie gehen ins Feld. Sie sind räumlich und zeitlich¹¹ präsent, im Geschehen. Sie treten in Interaktion mit ihren Beobachtungsobjekten, den Menschen vor Ort, um ihre Interaktionen

⁹ Es kann auch irgendein anderer Ort sein.

¹⁰ Wilking 2019.

¹¹ Der als Idealfall genannte Zeitraum einer Feldforschung von einem Jahr begründet sich aus dem Erleben eines Jahreszyklus.

zu verstehen. Und sie gehen wieder aus dem Feld, um zu reflektieren. Diese greifbaren Erfahrungen und die gleichzeitige Nicht-Zugehörigkeit ermöglichen die ethnologischen Erkenntnisse über die Sinngebungen, Deutungs- und Handlungsmuster der Menschen und die Eigenlogiken ihrer Lebensweisen. Um ihnen nahe zu kommen – das heißt auch, um sich von den Annahmen und Deutungen zu lösen, die man selbst mitbringt, bedarf es der räumlichen und zeitlichen Präsenz sowie der zugehörigen wissenschaftlichen Professionalisierung.

Übertragen auf die Beratungshaltung bedeutete die ethnologische Herangehensweise für Dirk Wilking zum einen, der Lebensrealität der Menschen, die er beriet, nahe zu kommen und in dem Gebiet zu leben, in dem er auch arbeitete. Zum anderen hieß es, das Verständnis des Beratungsfeldes aus dessen Eigenlogik zu entwickeln und die Beratungspraxis aus der Lebenswirklichkeit vor Ort abzuleiten. Die Bedeutung dieser Haltung machte Dirk Wilking in einem Satz deutlich: „Ethnologie ist eine Lebenshaltung.“¹² Ich denke, dass er damit zum einen eine Haltung meinte, die ein Leben und alle seine Aspekte prägt. Zum anderen ist es eine Haltung, die sich aus dem Leben bildet und mit ihm in Beziehung steht, eine lebensbejahende Praxis.

Rollenreflexion

Dirk Wilking wollte sich mit seinen Notizen einmischen und noch einmal seine Beratungshaltung stark machen. Als Problem benannte er: „Die derzeitige Ethnologie hat diese Haltung [wie zuvor mit dem ‚professionalisierten Fremden‘ und ethnologischer Methodologie begründet – d.V.] verlassen. Sie ist übergegangen in eine karitative Ethnologie, die in die Kulturen aktiv interveniert.“ Es ließe sich darüber streiten, ob das pauschale Urteil über die Ethnologie zutrifft – ich teile es nicht. Ich meine aber, dass die Notiz nicht darauf zielt, die beruflichen Perspektiven von Ethnolog*innen zu bewerten. Sie verdeutlicht eher eine Kontroverse. Ich habe zudem den Eindruck, dass auch an dieser Stelle gleichermaßen die Rede von Ethnologie und Beratung ist.

Bezogen auf das Feld der Beratung dreht sich die Kontroverse um die Fragen: Was ist Mobile Beratung? Welche Überlegungen, Herangehensweisen und Konzepte zeichnen Mobile Beratungsarbeit im Kontext Rechtsextremismusprävention und Demokratieentwicklung aus? Die Fragen sind nicht einfach zu beantworten. Bundesweit wird diese Arbeit von einer Vielzahl von

¹² Wilking 2019.

Trägern und damit von vielen verschiedenen Menschen gestaltet. Zugleich positionieren sich die Akteur*innen in einem Feld von Öffentlichkeitsarbeit, politischen Agenden sowie Konzept- und Förderlogiken.

Ich gehe davon aus, dass Mobile Beratung – wie ihr Gegenstand, die Förderung einer pluralen Gesellschaft – plural angelegt ist. Für sie lassen sich Rahmenbedingungen, Aufgabenfelder, Arbeitsprinzipien und andere strukturelle Vorgaben festlegen. Weil diese aber teils unterschiedlich gestaltet sind und weil Beratung immer situative Interaktion von Individuen ist, kann die Beratungsarbeit im Detail nicht definiert, sondern muss in ihrer Pluralität beschrieben werden. Diese Pluralität Mobiler Beratung ist nicht nur durch verschiedene Rahmenbedingungen in den Bundesländern und verschiedene Trägerkonzepte bedingt, sie wird durch die Berater*innen auch individuell getragen. In der Schnittmenge der verschiedenen individuellen Beratungsstile sowie der Verständnisse und Herangehensweisen bildet sich eine allgemeine Praxis der Mobilen Beratung.

Die Kontroverse handelt von dieser Schnittmenge. Was ist die gemeinsame Beratungshaltung? In Abgrenzung zur wohlmeinenden, letztlich paternalistischen Intervention hat sie Dirk Wilking aus der Ethnologie begründet mit den Eckpunkten Präsenz, Zugewandtheit, Nicht-Zugehörigkeit und Entwicklung der Beratungspraxis aus der Lebenswirklichkeit der Menschen.

„Die Kirche im Dorf lassen“

Die Kirche als zivilgesellschaftliche Akteurin

In Brandenburg ist die Kirche eine sichtbare Institution und eine wichtige zivilgesellschaftliche Akteurin im Gemeinwesen. Neben der Seelsorge und der theologischen Aufgabe, geben die Kirchen Orientierung in schwierigen Situationen, schaffen soziale Räume und befähigen Menschen, sich im Gemeinwesen einzubringen. Als Berater*innen durften wir viele Prozesse begleiten und sehen, welche Wirkungen die Kirche im Gemeinwesen erzielen kann. Diese Potentiale werden in diesem Beitrag skizziert und mit einigen Praxisbeispielen illustriert. In einer zunehmend komplexen und dynamischen Gesellschaft existieren für die Akteure aber nicht nur Gestaltungschancen, sondern auch Grenzen. Der Titel ist folglich durchaus doppeldeutig zu verstehen. Insbesondere in der Gemeinschaft vor Ort, also im dörflichen Gemeinwesen, kann Kirche mit ihrer besonderen Rolle und gesellschaftlichen Position wirkungsvoll sein. Die Kirche kann aber nicht alles richten und schon gar nicht alleine. Man kann und sollte also „Die Kirche mal im Dorf lassen“.

Mehr als achtzig Prozent der Brandenburger waren 2011 konfessionslos¹. Brandenburg ist damit im bundesdeutschen Vergleich das säkularisierteste Bundesland in Deutschland. 17 Prozent der Einwohner Brandenburgs sind protestantisch und drei Prozent katholisch². Aufgrund der Zuwanderung in den letzten Jahren leben mittlerweile auch einige Muslime in Brandenburg³. Wenn die Gemeinwesen so säkularisiert sind, welche Rolle spielt Kirche dann überhaupt noch? Erschwerend hinzu kommen kontinuierlich sinkende Kirchenmitgliederzahlen. Warum gehört die Kirche für die Brandenburger aber noch immer ins Gemeinwesen? Gerade im ländlichen Raum ist die Kirche ein wesentlicher Teil des Dorfes. Dabei geht es nicht nur um das physische Bauwerk, sondern auch um die Rolle der Kirche im Gemeinwesen.

¹ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/201622/umfrage/religionszugehoerigkeit-der-deutschen-nach-bundeslaendern/#professional> (abgerufen am 1. Oktober 2020)

² Ebd.

³ Es liegen aktuell keine validen Zahlen vor. Seit 2014 sind ca. 25 000 Menschen nach Brandenburg gekommen. Ein großer Teil davon ist muslimischen Glaubens. Schätzungsweise 0,1 Prozent der Brandenburger bekennt sich zum Islam.

Dies hat selbstredend mit der Vergangenheit zu tun, mit tradierten Bildern, der historisch tiefen Verwurzelung der Kirche in Deutschland und ihrer spezifischen Geschichte in der DDR. Es hat aber auch mit der Gegenwart zu tun, nämlich damit, wie sich Kirche vor Ort einbringt. Diesen Bereich fokussiert dieser Artikel. Nach einer kurzen Einordnung, was unter Kirche verstanden wird, und der Beschreibung von Spezifika in Brandenburg, konzentriert sich der Text vor allem auf die Wirkungen und Wirkungsmöglichkeiten der Kirche im Gemeinwesen.

Das komplexe System Kirche – was ist damit eigentlich gemeint?

In unserer Beratungsarbeit nehmen wir die Kirche als sehr komplexes System wahr. Im Gemeinwesen tritt sie in unterschiedlichen Formen in Erscheinung: als Pfarrerin, als Kirchengemeinderat, als Kirchengemeindemitglied und als Gläubiger. Dabei ist die Kirche selbst nicht nur ein komplexes System, in welchem verschiedene Akteure unterschiedliche Interessen verfolgen, sondern auch unterschiedlich von Ort zu Ort. Das hängt vor allem an den Personen, die die verschiedenen Ämter ausfüllen und unterschiedlich interpretieren. Im Rahmen der Analyse unserer Praxis lassen sich einige Spannungsfelder identifizieren, die man als Strukturmerkmale beschreiben kann: 1) Fluktuation der Bevölkerung in den Gemeinden, 2) Integration des Kirchenpersonals vor Ort und 3) Differenzen zwischen Basis und Führung innerhalb der Kirche.

Fluktuation der Bevölkerung in den Gemeinden

Ab wann ist man kein Neuer oder Zugezogener mehr? Ab wann gilt man als Alteingesessener? Dauert das Jahre, Jahrzehnte? Oder gar Generationen? Diese Fragen sind nicht nur spezifisch für Brandenburg von Bedeutung. Jedoch konnte in Brandenburg seit der Wende eine starke Dynamik diesbezüglich wahrgenommen werden. Nach der Wiedervereinigung sind viele Westberliner in das Umland gezogen. Ebenso zog es viele „Bonn-Umzügler“ nicht in die Berliner Innenstadt sondern in den Speckgürtel, wo ihnen das Leben vertrauter erschien. Anfänglich waren in der Hauptsache die Orte nahe Berlin davon betroffen. Bspw. hat sich die Einwohnerzahl Falkensees seit 1990 mehr als verdoppelt (ca. 22.000 1990; ca. 45.000 2018). Während die weiter entfernten Regionen anfänglich massiv von Abwanderung betroffen waren, lassen sich dort mittlerweile umgekehrte Effekte beobachten. Zahlenmäßig ist dies häufig nicht so augenfällig, aber drei bis vier neue Haushalte (Fami-

lien) in einem Dorf mit 100 Einwohner*innen in der Uckermark wirken sich auf das Zusammenleben natürlich aus. Aufgrund der persönlichen Nähe ist die Wirkung für den Einzelnen noch stärker. Diese Siedlungsbewegungen schaffen folglich ein Spannungsfeld, in dem latente Spannungen herrschen und immer wieder Konflikte aufkommen.

Integration des Kirchenpersonals vor Ort oder wie intellektuelle und humanistische Einstellungen auf konservative Dorfkulturen treffen

Auf dieses Spannungsfeld treffen Pfarrer*innen in ihrer Anfangszeit im ländlichen Raum Brandenburgs und werden im Gemeinwesen als von außen kommend wahrgenommen. Das verstärkt sich, wenn sie auch nicht aus der Region stammen. Während ihrer Ausbildung studieren Pfarrer*innen in Großstädten und entwickeln dabei in der Regel intellektuelle und humanistische Einstellungen zu vielen Dingen des Lebens. Mit diesen Einstellungen und dieser Haltung treffen sie dann im ländlichen Bereich auf konservative (manchmal auch rechtsextreme) Dorfkulturen. Dies birgt hohes Konfliktpotential und erfordert ein vorsichtiges und geduldiges Einleben in das Gemeinwesen. In unserer Beratungsarbeit nehmen wir deshalb auch immer wieder Frust war. Ein Pfarrer verglich seine Situation mit der Diaspora. Nur mit wenigen anderen Kirchenmitgliedern teilte er seine tolerante Haltung und humanistische Wertvorstellungen. Davon abgesehen, sah er sich in einer Gemeinschaft, die ihm fremd war und die ihn wiederum ebenfalls als fremd betrachtete. Diese Situation ist nicht einfach aufzulösen. Sie erscheint jedoch als wichtiges Strukturmerkmal, das unbedingt im Blick zu behalten ist.

Differenzen zwischen Basis und Führung innerhalb der Kirche

Betrachten wir die Kirche etwas genauer, fällt aktuell noch eine Besonderheit auf. Zwischen der offiziellen Kirchenmeinung und der Kirchenbasis existiert zu bestimmten Themen eine große Kluft. Darin unterscheidet sich die Kirche nicht im Geringsten von anderen großen Organisationen, wie z. B. politische Parteien und Gewerkschaften. Fast erscheinen die verschiedenen Ebenen als zwei unterschiedliche Systeme. Während bspw. die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) mit dem Bündnis United4Rescue die zivile Seenotrettung unterstützt, gibt es in lokalen Kirchengemeinden Diskussionen darüber, wie man sich vor der Islamisierung Deutschlands schützen kann. Priester*innen sehen sich dabei häufig in einer moderierenden Rolle. Auf dieses Spannungsfeld zwischen *Orientierung geben* (Positionierung) und *anschlussfähig bleiben* wird später noch genauer eingegangen.



Nach diesen spezifischen Strukturmerkmalen werden nun konkrete Potentiale der Kirche als zivilgesellschaftliche Akteurin beschrieben: Beteiligung, soziale Räume schaffen und Orientierung.

Beteiligung

Das Gelingen unseres freiheitlichen und demokratischen Gesellschaftssystems ist nicht voraussetzungslos: jedes Mitglied in der Gesellschaft muss wissen, dass es selbst wirksam sein kann und Möglichkeiten für sich sehen, mitgestalten zu können. Dieses Wissen ist dann ausgeprägt, wenn es erfah-

rungsgesättigt ist. D. h. wenn man konkrete Erfahrungen gesammelt hat, etwas bewirken zu können. Diese sogenannten Selbstwirksamkeitserfahrungen sind notwendig, um Vertrauen in unser demokratisches System zu haben.

Je früher solche Erfahrungen gesammelt werden bzw. je jünger jemand ist, desto besser und nachhaltiger sind diese. Folglich ist es sinnvoll, Beteiligung früh anzusetzen, also bei Kindern und Jugendlichen. Das haben auch Verantwortliche in Brandenburg erkannt und im Juni 2018 den § 18a in die Kommunalverfassung eingefügt. Dieser schreibt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen als Pflichtaufgabe der Kommunen fest. Um den rechtlichen Anforderungen gerecht zu werden, reagierten Kommunen schnell und griffen auf Formate zurück, die sie kannten und die ihren Gremien ähnelten: Jugendbeiräte, -parlamente oder ähnliches. Erfahrungen zeigen, dass die Implementierung solcher Maßnahmen Risiken mit sich bringt. Kinder und Jugendliche langweilen sie sich in langen Sitzungen oder in Ausschüssen und kommen kein zweites Mal. Darüber hinaus tendieren Erwachsene dazu, Kinder und Jugendliche zu unterschätzen. Diese erkennen oft sehr schnell, wenn ihnen etwas vorgespielt wird. Die Entscheidungsmöglichkeiten in gängigen Beteiligungsformaten sind in der Regel sehr begrenzt. Wenn Jugendliche in ihrem Beirat folglich nur Belanglosigkeiten entscheiden können, verlieren sie schnell das Interesse. Demokratiesimulation ist keine Beteiligung.

Des Weiteren setzen solche Formate bereits voraus, dass es Kinder und Jugendliche vor Ort gibt, die die Sinnhaftigkeit von Beteiligung grundsätzlich erkennen, sie demnach über die notwendigen, oben beschriebenen Voraussetzungen verfügen und sie schon Erfahrungen sammeln konnten, dass sie und ihr Handeln im Gemeinwesen wirken. Das ist häufig nicht der Fall oder nur begrenzt. (Junge) Menschen brauchen Gelegenheiten, um für andere oder im Gemeinwesen zu wirken. Solche Selbstwirksamkeitserfahrungen im gesellschaftlichen Zusammenleben sind wesentliche Voraussetzungen für (politische) Beteiligung und folglich auch für unsere Demokratie. Kirche kann genau solche Gelegenheiten schaffen und schafft sie auch regelmäßig⁴. Ein Beispiel aus unserer Beratungspraxis im Land Brandenburg soll dies veranschaulichen.

⁴ Mit einem persönlichen Bezug werde ich versuchen zu zeigen, was das alles mit der Kirche zu tun hat. Ich bin in einem kleinen österreichischen Dorf aufgewachsen und wurde entsprechend katholisch sozialisiert. Mit sieben Jahren findet üblicherweise die Erstkommunion statt. Dieses Sakrament stellt einen Schritt zur Eingliederung in die Kirche dar. Danach wurden die jungen Menschen in der Regel Ministranten, die verschiedene unterstützende Dienste im Gottesdienst übernehmen. Wenn kein Ministrant zum Gottesdienst erschien, konnte die Messe nicht stattfinden. Ohne das explizit zu reflektieren, war mir und den anderen die Bedeutung unserer Unterstützung klar. Mit dem Pfarrer haben wir Ministranten im Vorfeld besprochen, wer an welchen Tagen dabei

Selbstverwalteter Jugendraum

Ein klassisches Straßendorf mit etwa 260 Einwohner*innen südlich von Berlin; seine Ausdehnung beläuft sich auf ungefähr 1,5 km von Ortsschild zu Ortsschild. Vor einiger Zeit lebten dort junge Menschen, die auf der Suche nach einem Ort waren, in dem sie sich als Jugendliche treffen konnten. Wichtig war ihnen, dass es kein Raum war, der von Erwachsenen strukturiert oder überwacht wurde. Es ging ihnen darum, eigene Erfahrungen zu sammeln und einen Ort zu haben, der in ihrer eigenen Verantwortung lag. Ein Ort also, an dem sie alles machen konnten, was sie wollten, aber auch für alles gerade stehen mussten. Damit war die temporäre (Mit-)Nutzung des für alle im Dorf offenen Gemeindehauses keine Option. Es musste also eine andere Lösung gefunden werden. In der Regel versanden dann an dieser Stelle solche Prozesse.

Zwei junge Menschen im Dorf ließen jedoch nicht locker und fanden Unterstützung bei einer Jugendarbeiterin. Mit ihrer Hilfe machten sie sich auf die Suche nach einem geeigneten Objekt. Sie fanden ein altes und nicht genutztes Gebäude der Kirchengemeinde. Der zuständige Pfarrer ließ sich für die Idee schnell gewinnen. Jedoch war dieses Gebäude nicht ohne Weiteres für die Jugendlichen nutzbar. Die Kommune, insbesondere die Verwaltung, musste für das Vorhaben gewonnen werden. Einerseits waren bestimmte Genehmigungen notwendig und andererseits waren bauliche Maßnahmen erforderlich. Begleitet und unterstützt durch die Jugendarbeiterin und den Pfarrer sprachen die beiden jungen Menschen mehrmals in der Stadtverordnetenversammlung vor und erklärten ihr Anliegen. Am Ende waren sie erfolgreich. Sie haben einen Jugendraum für sich und alle anderen jungen Menschen geschaffen.

Der ganze Prozess dauerte ungefähr zwei Jahre. In dieser Zeit führten die jungen Menschen unzählige Gespräche und stellten sich vielen kritischen Nachfragen (z. B. zur Nutzung der Toilettenanlagen, Belästigung von Anwohnern durch Lautstärke etc.). Sie lernten dabei nicht nur Beharrlichkeit und Durchsetzungsstärke, sondern auch viel über die Strukturen in ihrem Ort, über kommunale Entscheidungswege und über die Art und Weise, wie unsere Demokratie funktioniert.

ist. Sonntage waren gut abzudecken, aber unter der Woche waren wir oft nur zu zweit oder alleine. Beerdigungen finden in der Regel wochentags statt. Es war da also besonders wichtig, verlässlich zu sein. Ohne unsere Unterstützung konnten Angehörige nicht adäquat Abschied nehmen. Ich machte also schon als Siebenjähriger die Erfahrung, gebraucht zu werden und wirksam im Gemeinwesen zu sein.

Es braucht nicht immer den großen gesellschaftlichen Wurf oder die alles miteinbeziehenden Konzepte von Beteiligung. Viel wichtiger ist es, den Menschen (nicht nur den jungen) Möglichkeiten zu geben, sich wirksam einbringen zu können. Vor diesem Hintergrund sehe ich die Kirche als *Befähigungsakteurin*, die kleinteilig handelt, solche Gelegenheiten schaffen kann und dies auch immer wieder macht. Ein afghanisches Sprichwort besagt: „Aus einzelnen Tropfen entsteht ein Fluss.“ Es sind die kleinen Dinge, die zusammen genommen Großes bewirken.

Soziale Räume

Gesellschaft und Kultur ist permanentem Wandel unterworfen. Im Rahmen unserer Arbeit fallen zwei Entwicklungen ins Auge, die Veränderungen im Gemeinwesen insbesondere im ländlichen Raum bewirken und große Wirkungen entfalten: 1) die funktionale Entleerung von sozialen Räumen und 2) die Angst vor Reziprozität.

Funktionale Entleerung sozialer Räume

Ein gelingendes Zusammenleben beruht natürlich auf vielschichtigen Faktoren. Zwei Voraussetzungen sind dabei Möglichkeiten der Begegnung und der Kommunikation. Dann kann man von sozialen Räumen sprechen. Also von Orten, an denen Soziales passiert, weil Menschen zusammenkommen und miteinander reden. Während die Anzahl an virtuellen Räumen steigt, verschwinden solche physischen, gemeinschaftlichen Räume seit Jahren kontinuierlich⁵. Robert Putnam sah bereits vor zwanzig Jahren im zunehmenden Weichen der Nachbarschaftlichkeit zugunsten von Individualität und Familie

⁵ In der Nähe meines Heimatdorfes befindet sich ein Badensee. Als Kind in den 1980er Jahren konnte ich an heißen Tagen hinfahren und sicher sein, dass ich dort fast alle Freunde und Bekannten traf. Vor ein paar Jahren besuchte ich im Sommer meine Mutter und bin bei bestem Badewetter mit meinen Kindern an den See gefahren. Als wir dort ankamen, waren wir fast die einzigen Badegäste. Wo sind die Leute alle hin? Als ich am frühen Abend meine Schwester besuchte, beantwortete sich diese Frage. Nicht nur sie, sondern auch fast alle Nachbarn hatten einen Pool und fuhren folglich nicht mehr an den See. Ein weiteres Beispiel stellt das funktional entleerte Kühlhaus dar. Bevor jeder Haushalt seine eigene Gefriertruhe besaß, konnten Dorfbewohnerinnen und -bewohner im Kühlhaus eine Parzelle anmieten und ihre Lebensmittel dort einfrieren. Seit den 1990iger Jahren wurde das Kühlhaus nicht mehr genutzt. Im letzten Jahr wurde es abgerissen und umfunktioniert. Jetzt steht dort ein Begegnungsraum, der nicht genutzt wird.

eine enorme Gefahr für die Demokratie⁶. Dieser Befund ist nicht neu und wurde auch von der Kommunalpolitik als Problem wahrgenommen. Vollerorts versuchte man dieser Entwicklung etwas entgegenzusetzen, indem man Begegnungscafés oder Kulturhäuser eröffnete. Die offensichtliche Idee dahinter, soziale Räume zu administrieren, geht in der Praxis jedoch nicht auf. Die traditionellen sozialen Orte waren originär nicht für Begegnung und Kommunikation vorgesehen. Deren eigentliche Funktion war eine andere. Kommunikation passierte beiläufig und war trotzdem fundamental für das Zusammenleben. Badeseen, gemeinsam benutzte Kühlhäuser oder Konsums waren organisch entstandene soziale Knotenpunkte. Im Unterschied zu Begegnungscafés sind fast alle gezwungen, diese Orte aufzusuchen. Es ist also beinahe ausgeschlossen, sich der Begegnung und des Austauschs zu entziehen. Dadurch gelingt es auch beiläufig, Vertrauen aufzubauen, Beziehungen untereinander zu stärken und Konflikte zu entschärfen.



⁶ Vgl. Putnam, Robert (2000): *Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community*. Simon & Schuster Paperbacks. New York

Angst vor Reziprozität

Die meisten Menschen behaupten von sich, dass sie anderen gerne helfen bzw. für andere da sind. Gleichzeitig streben dieselben zu immer mehr Autonomie. Sie wollen alles selber machen können und auf keinen Fall von anderen abhängig sein. Das durchzieht sämtliche Lebensbereiche und beginnt damit, dass jeder seine eigene Bohrmaschine zuhause hat. Es geht damit weiter, dass die landwirtschaftlichen Betriebe über hochtechnisierte Maschinen verfügen, die (nachbarschaftliche) Erntehelfer überflüssig machen und endet damit, dass in der Unterstützung bei der Kinderbetreuung lieber auf professionelle Kräfte zurückgegriffen wird und diese bezahlt werden, als sich in Abhängigkeiten zu den eigenen Eltern oder Freunden zu begeben. Selbstredend spielen dabei der gestiegene Wohlstand sowie die hohe Verfügbarkeit von Produkten und Ressourcen eine wesentliche Rolle. Neben diesen Faktoren ist es diese Angst vor reziproken Beziehungsstrukturen, die ebenfalls das Gemeinwesen enorm verändert.

Natürlich sind diese besorgniserregenden Entwicklungen von der Kirche nicht aufzuhalten oder reversibel. Die Kirche verfügt jedoch über ein hohes Wirkungspotential in diesen Bereichen. Insbesondere im ländlichen Raum sind es entweder Einzelpersonen, die sich aktiv einbringen, indem sie sich engagieren und dabei mit anderen Leute interagieren oder die drei verbliebenen Institutionen Kirche, Feuerwehr und Sportverein. Zwei bzw. drei Beispiele sollen illustrieren, welche Chancen darin stecken, wenn Kirche als Akteurin im Gemeinwesen diese Entwicklungen in den Blick nimmt.

Offene Kirche

In einer Kleinstadt in der Uckermark, also im Nordosten Brandenburgs, leben ca. 1.000 Menschen. Bis 2009 stand in der Mitte des Ortes eine Kirche, deren Dach fehlte und die eigentlich nur noch eine Ruine war. Den Einwohner*innen war es wichtig, ihre Kirche zu erhalten. Die Kirchengemeinde und das Pfarramt äußerten ihre Bereitschaft, nach erfolgter Sanierung eine säkulare Nutzung zu ermöglichen. Diese Zusage motivierte die Einwohner*innen zusätzlich: Spenden wurden gesammelt und bei der Sanierung packten die Leute selber an. Es ging darum, ihre Kirche zu retten. Dabei waren sie natürlich aufeinander angewiesen. Keiner verfügte über ausreichende Ressourcen und Fähigkeiten, das Vorhaben alleine zu realisieren. In der Umsetzung ihres Vorhabens waren sie naturgemäß reziprok aufeinander angewiesen. Das gemeinsame Arbeiten war selbstredend ein

perfekter Ort der Nebenbei-Kommunikation, um vertrauensvolle Beziehungen untereinander aufzubauen. Auf dieser Basis finden bspw. jährlich Weihnachtsmärkte in der Kirche statt, die von den Dorfbewohner*innen selber organisiert werden. Die über mehrere Jahre gemeinsam sanierte Kirche wurde so wieder zu einem zentralen Raum im Ort.

Montagearbeiter

Im Süden Brandenburgs fiel ein Dorf regelmäßig durch hohes rechtsextremes Wahlverhalten auf. Mitglieder des dortigen Kirchengemeinderates luden das Mobile Beratungsteam ein, um diese Situation zu besprechen und gemeinsam darüber nachzudenken, welche konkreten Möglichkeiten der Auseinandersetzung es vor Ort geben könnte. Dabei stellte sich eine Besonderheit des Ortes als Hindernis dar: Ein Großteil der männlichen Bevölkerung war regelmäßig auf Montage und somit für mögliche Aktivitäten und Impulse kaum erreichbar. Wie könnte es trotzdem gelingen, den dörflichen Diskurs zu bestimmten Themen zu beeinflussen? Gemeinsam reifte die Idee, dass man nicht die wenig greifbaren Männer, sondern die Frauen in den Blick nehmen sollte. Das führte zu regelmäßig angebotenen Kochveranstaltungen für und mit den Frauen. Im Vordergrund stand das Kochen und nebenbei konnten Gespräche geführt werden, u. a. auch über gesellschafts- und integrationspolitische Themen. Es gelang also, einen Raum zu schaffen,



der funktional dem gemeinsamen Kochen gewidmet war, der aber auch vor allem der Kommunikation diente: ein sozialer Raum. Das in diesem Raum gewonnene Vertrauen und die gewachsenen Beziehungen konnten im Weiteren von den Initiatoren der Kirchengemeinde genutzt werden, um Impulse einzubringen, sowie rechtsextremen oder populistischen Positionen etwas entgegenzusetzen. Aufgrund der geschaffenen Situation, die in erster Linie dem Kochen und nicht der politischen Bildung gewidmet war, gelang dies ohne erhobenen Zeigefinger und belehrenden Charakter. Seniorenrunden, die viele Kirchengemeinden regelmäßig organisieren, stellen ebenfalls eine gute Möglichkeit dafür dar. In welcher Weise diese Intervention Auswirkungen auf das geänderte, nicht mehr so auffällige rechtsextreme Wahlverhalten hatte, ist naturgemäß nicht ohne Weiteres eindeutig zu bestimmen. Die Treffen, der dabei stattfindende Austausch und die gemeinsam entwickelte Haltung der Frauen zu bestimmten Themen spielte aber mit großer Wahrscheinlichkeit eine Rolle dabei.

Runder Tisch

Zur weiteren Illustration eignet sich auch ein Praxisbeispiel aus dem Havelland. In einer Kleinstadt mit ungefähr 2000 Einwohner*innen sollten Ende des Jahres 2013 ungefähr 200 Flüchtlinge und Asylbewerber*innen untergebracht werden. Der Landkreis, der für die Unterbringung zuständig ist, informierte die Stadtverwaltung sehr kurzfristig. Es fand eine Einwohner*innenversammlung statt. Diese verlief, wie an vielen Orten: zuerst meldeten sich die kritisch eingestellten Einwohner*innen und peu à peu wurden dann immer mehr Stimmen laut, die sich konstruktiv einbrachten und überlegten, wie ein gemeinsames Zusammenleben in der Kleinstadt gut gelingen kann. Eine Gruppe junger Leute lud alle Interessierten zu einem Runden Tisch ein. Zu diesem kamen dann ca. 25 Personen. Kurz vor Ende der Vorstellungsrunde polterte ein älterer Herr rein und fragte, ob das die Runde sei, wo es um die Asylanten ginge? Die Runde bejahte und entschied sich, den von ihm verwendeten Begriff Asylant nicht gleich zu brandmarken und ihn zurechtzuweisen. Als er sich setzte, stellte er sich vor und berichtet von einer Nordic Walking Gruppe, deren Mitglied er sei und die sich sehr freuen würde, wenn der eine oder andere Asylant auch teilnehmen würde. Dies fand dann auch statt. Drei Treffen und ein halbes Jahr später meldete er sich zu Wort und begann mit „Die Asyl...“, brach ab und setzte mit der Frage fort: „Oder wie sagt ihr immer zu ihnen?“ Die Runde antwortet ihm „Geflüchtete“. Diese Begrifflichkeit übernahm er dann auch.

In den Beispielen wird deutlich, dass soziale Räume im gesellschaftlichen Zusammenleben enorm wichtig sind. Die Kirche kann im Gemeinwesen sozi-

ale Räume schaffen, in denen Menschen angenommen werden, wie sie sind, und miteinander ins Gespräch kommen können. Kirche kann mit Geduld und Verständnis Impulse setzen, die langfristig enorme Wirkungen entfalten können. In diesen Räumen kann man behutsam die Angst vor Abhängigkeiten verlieren und füreinander da sein.

Orientierung

Eine wesentliche Aufgabe der Kirche ist es, Menschen zu helfen, sich im Leben zurechtzufinden. Sie bietet Orientierung. Im Zusammenleben ergeben sich immer wieder schwierige Situationen. Insbesondere in Dilemma-Situationen suchen die Menschen nach Orientierung. Der kleine 1000 Seelen-Ort Wollin westlich von Berlin befand sich Anfang der 2000er Jahre plötzlich und ungewollt im Scheinwerferlicht der Weltöffentlichkeit. Hintergrund war der Fund von verschollenen Akten in Italien. Diese dokumentierten das Massaker von St. Anna di Stazzema während des Zweiten Weltkriegs. Die deutschen Truppen waren 1944 mittlerweile fast überall auf dem Rückzug, so auch in Italien. Am 12. August 1944 befand sich eine SS Division in dem toskanischen Bergdorf St. Anna di Stazzema. Ein (angeblicher) Partisanenangriff war der Auslöser dafür, dass am Morgen dieses 12. Augusts die SS Division die Bevölkerung zusammentrieb und tötete. Insgesamt verloren mehr als 500 Menschen an diesem Tag ihr Leben.

Der Aktenfund förderte u.a. Namen ans Licht, die bisher nicht mit NS-Verbrechen in Verbindung standen. In Italien fanden nach dem Fund und auf Basis der Aktenlage Gerichtsverfahren statt. Ein Einwohner Wollins, der damals Mitglied der Waffen-SS war und an dem Massaker teilnahm, wurde von einem italienischen Gericht in Abwesenheit zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Anfang der 2000er Jahre blickte dieser Mann auf ein langes Leben in dem brandenburgischen Ort zurück. Nach dem Krieg wurde er Traktorist in der LPG, gründete eine Familie und war angesehenes Mitglied in der Gemeinde und auch in der Kirchengemeinde.

Der Fall schlug große Wellen: die Weltöffentlichkeit schaute nach Wollin und Reporter durchkämmten das Dorf auf der Suche nach O-Tönen. Ein antifaschistisches Bündnis organisierte eine Demonstration in dem kleinen Ort. Die Einwohner*innen waren mehr als überfordert mit der Situation. Die Konzentration der damaligen Pfarrerin auf ihre seelsorgerische Aufgabe wurde von der Presse scharf kritisiert. Als Mobiles Beratungsteam beunruhigte uns damals, dass ein rechtsextremer Akteur in dem Ort wohnte. Es war zu befürchten, dass dieser die Situation instrumentalisiert.

Die zentralen Fragen des Dorfs und seiner Bewohner*innen drehten sich darum, wie jemand, mit dem sie so lange gut zusammengelebt haben, solche Verbrechen begangen haben konnte und wie sie damit umgehen sollten. Der große Druck von außen (Presse und Antifa) verschärfte die Situation. Wie verhalten sie sich zu diesem Fall? Wie gehen sie mit dem betreffenden Dorfbewohner um? Eine klassische Dilemma-Situation, in der sie nichts richtig machen konnten. Wenden sie sich ab von ihrem Großvater, ehemaligen Kollegen, netten Nachbarn? Stehen sie weiter zu ihm, der schlimmstes Verbrechen begangen hat? Egal, was sie tun würden, es fühlte sich falsch an.

Im Rahmen unserer Beratung begann die massiv von außen angegriffene Pfarrerin ihre Rolle bzw. ihre Aufgaben weitgreifender zu interpretieren. Nicht nur die Seelsorge nahm sie nun in den Blick, sondern auch die Frage nach dem richtigen Umgang der Dorfgemeinschaft mit dieser unübersichtlichen Situation. Sie entschied sich, diese in ihrer Predigt zu thematisieren, was enorme Wirkung zeigte. Der Pfarrerin ist es damals gelungen, die hochemotionale und ambivalente Situation so anzusprechen, dass die Leute sich darin widersahen und gleichzeitig Halt und Orientierung finden konnten. Dabei spielt das religionssoziologische Strukturmerkmal der Kirche eine besondere Rolle. Religionen sprechen eine Gemeinschaft an, die sie auch selbst konstituieren. Gleichsam gibt sie individuelle Antworten auf existentielle und lebenspraktische Antworten. Daher kann die Kirche durch die Religion hergestellten Gemeinschaften ansprechen und dabei gleichzeitig konstitutive Werte zur Orientierung oder Disziplinierung einsetzen. Mit Bezug auf Werte wie (Nächsten-)Liebe und Mitmenschlichkeit gelang es damals der Pfarrerin, den Menschen zu helfen, sich in dem Dilemma zurechtzufinden und scheinbar unlösbare Ambivalenzen aufzulösen.

Herausforderungen einer komplexen und dynamischen Gesellschaft

Die aktuelle gesellschaftliche Situation ist ausgesprochen schwierig. Polarisierungen nehmen immer mehr zu, rechtsextremistische bzw. rechtspopulistische Akteure schüren Ressentiments und vertiefen die gesellschaftlichen Gräben. Selbstredend kann die Kirche auch an dieser Stelle Position beziehen, aber die gesellschaftlichen Entwicklungen sind dadurch nicht wirklich aufzuhalten oder gar umzukehren. Hinzukommt eine schwierige ambivalente Erwartungshaltung: Die Kirche bzw. die Pfarrer*innen sollen bedeutsame Worte sprechen, die anregen, anrühren oder aufwühlen, aber auf gar keinen Fall sollen diese moralisieren. Die Kirche soll auch ein modernes Profil haben und gleichzeitig alte Werte vertreten. Dabei soll sie sich vor Positionierung

gen nicht scheuen und auch Brückenbauerin sein. Die Kirche als eierlegende Wollmilchsau, wie soll sie diese sich widersprechenden Ansprüche erfüllen? Gar nicht. Das kann selbst die Kirche nicht leisten.

Die Kirche ist in Brandenburg fast flächendeckend wahrnehmbar. Sie wird von außen in der Regel als neutral wahrgenommen. In schwierigen Situationen blicken die Akteure im Gemeinwesen häufig Richtung Kirche, ob diese nicht bestimmte Sachen übernehmen kann. Insbesondere wenn sich Verwaltungen auf das Neutralitätsgebot zurückziehen, Parteien nicht stark genug sind oder sie sich aus bestimmter Verantwortung stehlen, soll die Kirche es richten. So gebraucht zu werden, ist verlockend. Die Kirche sollte sich aber nicht vor jeden Karren spannen lassen.

Der gegenwärtige Zustand unserer Gesellschaft ist sehr komplex, polarisiert und tangiert alle Lebensbereiche. Dabei kann ein Akteur alleine nicht erfolg-



reich sein. Dies führt unweigerlich zu einer Überforderung. Nur gemeinsam und in einem kooperativen Vorgehen, kann dies gelingen. Das klingt erst einmal ziemlich gut und vielleicht sogar einfach. Viele werden möglicherweise sogar erleichtert sagen: „Ja, wir brauchen mehr Leute und müssen das Engagement auf mehr Schultern verteilen, um uns gegenseitig zu schützen und eine höhere Wirkung zu erzielen.“ Das bedeutet aber auch, dass Platz für neue Schultern existieren muss. Engagement ist ein Weg, um gesellschaftlichen Aufstieg zu erfahren, berufliche Chancen zu verbessern oder Zugänge zu Verantwortlichen zu bekommen. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass der Ruf nach mehr Unterstützung bzw. mehr engagierten Personen einhergeht mit einem kleineren Platz an der Sonne und im Endeffekt auch mit Machtreduktion. Das Platzschaffen für andere ermöglicht ein gemeinsames Vorgehen, das im Endeffekt in der Lage ist, in einer komplexen und dynamischen Gesellschaft zu wirken.

„SUCHET DER STADT BESTES“ (Jer 29:5-7)

Nochmals zum eingangs aufgeworfenen Postulat, dass die Kirche eine zivilgesellschaftliche Akteurin in Brandenburg ist. Die dargestellten Praxisbeispiele zeigen deutlich, dass die Kirche Menschen auch in gesellschaftlich schwierigen Fragen Orientierung gibt. Sie befähigt Menschen für Beteiligung, schafft soziale Räume und setzt Impulse. Die Kirche ist auf jeden Fall gesellschaftlich gestaltend und das ist auch gut so!

„Suchet der Stadt Bestes“: Was genau ist das Beste? Aktuell denken viele, dass sie wissen, was das Beste ist und vergessen, ihre Gewissheit zu hinterfragen. Die Stärke des Bibelzitats sehe ich in der Suche. Suchen heißt eben nicht wissen, sondern suchen und das fortwährend. Deshalb heißt es auch nicht finden. Suchen und immer weiter suchen. Der Imperativ „suchet“ ist auch nicht im Singular, sondern im Plural. Es ist nicht der oder die Einzelne aufgefordert, sondern mehrere, viele oder alle. Es bedeutet also auch, dass das Beste nur zusammen funktioniert. Wir müssen gemeinsam immer wieder aufs Neue suchen, was das Beste ist. Ohne jemals wirklich zu finden, da Gemeinwesen dynamische Gebilde sind, die sich permanent verändern.

Was braucht es, um eine gute Debatte zu der Transformation der 1990er Jahre im ländlichen Raum in Brandenburg zu befördern?

Überlegungen zu praxisorientierter Nachwende-Geschichtsaufarbeitung im ländlichen Raum anhand einer Debatte über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Treuhandpolitik und die Erinnerungskultur in Müncheberg

(Dieser Artikel beruht auf der Arbeit des Mobilen Beratungsteam Frankfurt (Oder) und entstand in Zusammenarbeit mit meinem Kollegen Ray Kokoschko, der die Beratung mit mir zusammen geplant, vorbereitet und durchgeführt hat und in weiterführenden theoretischen und praktischen Diskussionen seine Erfahrungen beisteuerte.)

Noch vor wenigen Jahren war die Geschichte der Transformation Ostdeutschlands und die Rolle der Treuhandanstalt in diesem Prozess kaum ein Thema im gesellschaftlichen Diskurs Deutschlands. Die Geschichte der Transformation war auf eine Perspektive des Zusammenwachsens und Vergleiches zwischen Ost und West verengt. Was fehlte, war jedoch ein differenzierter gesamtdeutscher Blick auf die Prozesse, der sowohl die westdeutsche als auch die ostdeutsche Perspektive nach der Wiedervereinigung berücksichtigt. Auch ein Diskurs in der ostdeutschen Teilgesellschaft über die Folgen und das Für und Wider der Wiedervereinigung sowie der Transformation existierte kaum. Die Wahlergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern und die Frage nach dem Zustand der Demokratie dreißig Jahre nach der Friedlichen Revolution und der deutschen Wiedervereinigung führten in letzter Zeit aber zu einer größeren Debatte um die Folgen der Transformation für die junge Demokratie in den ostdeutschen Ländern. Es erschienen sozialwissenschaftliche Untersuchungen, politische Streitschriften und journalistische Reiseessays, die sich aus unterschiedlichen Richtungen des Themas annahmen.¹ Es gab Vorträge,

¹ In den letzten zwei Jahren sind zum Thema u. a. erschienen: Köpping, Petra: Integriert doch erstmal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019; Langelüddecke, Ines: Alter Adel – Neues Land? Die Erben der Gutsbesitzer und ihre umstrittene Rückkehr ins postsozialistische Brandenburg, Göttingen 2020; Mau, Stef-

Diskussionen und Lesungen zum Thema. Initiativen junger Ostdeutscher² wie das Netzwerk *3te Generation Ost*³ oder die Initiative *Aufbruch Ost*⁴ suchten in Filmveranstaltungen und Diskussionen den Dialog mit der älteren Generation Ostdeutschlands und Westdeutschen, um die bisherige Unsichtbarkeit der Transformation sichtbarer zu machen.

In den Mittelpunkt der neuen Debatte rückten die erlebten Abwertungserfahrungen der Ostdeutschen sowie die westdeutscher Dominanz in fast allen Lebensbereichen. Auch die Frage nach der eigenen ostdeutschen Identität war wieder en vogue.⁵ In den Debatten über die Transformation kam ein neues Narrativ der Ostdeutschen als Transformationsverlierer, die mehr Aufmerksamkeit und Repräsentanz in der bundesdeutschen Gesellschaft bräuchten, hinzu. Bis heute wird in der öffentlichen Debatte oft vergessen, dass auf den ökonomischen Transformationsschock im Folge des Systemwechsels

fen: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019; Maxwill, Peter: Die Reise zum Riss. Berichte aus einem gespaltenen Land, Berlin 2019; Milev, Yana: Das Treuhandtrauma. Die Spätfolgen der Übernahme, Berlin 2020; Nichelmann, Johannes: Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen, Berlin 2019; Oberender, Thomas: Empowerment Ost: Wie wir zusammen wachsen, Stuttgart 2020.

² Als Ostdeutsche werden im vorliegenden Kontext alle Menschen gemeint, die bis 1990 in der DDR aufgewachsen sind oder dort den größten Teil ihres Lebens verbracht haben. Außerdem gilt es für Menschen, die nach 1975 in der DDR bzw. in den neuen Bundesländern geboren wurden und durch ihr Umfeld „ostdeutsch“ sozialisiert worden und demnach eine „ostdeutsche Herkunft“ haben. Vgl. Nichelmann: Nachwendekinder, S. 52 ff.

³ Die *3te Generation Ost* ist eine Initiative junger Ostdeutscher, die zwischen 1975 und 1985 geboren wurden, und sich 2010 gründete. Sie forderten schon vor acht Jahren, dass Ostdeutsche sich an die DDR und die Folgen der Transformation erinnern dürfen, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Dieses Berichten solle dem Verstehen und Anerkennen von Lebensleistungen dienen, aber nicht dazu, die Geschichte in ein Gut-Böse-Schema einzusortieren. Die *3te Generation Ost* forderte ihre ostdeutsche Elterngeneration dazu auf, sich mit ihren Erinnerungen zu befassen und sie, ihre Kinder, dabei miteinzubeziehen. Die Tabuisierung des Themas und das Wegschweigen der Vergangenheit in so vielen Familien führe sonst dazu, dass die Elterngeneration mit ihren schmerzlichen Erfahrungen allein bleibe. Vgl. Hacker, Michael et al (Hg): Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen, Berlin 2012, S. 13. Internetpräsenz von *3te Generation Ost*: <http://netzwerk.dritte-generation-ost.de/>

⁴ Die vor zwei Jahren in Leipzig gegründete, studentische Initiative *Aufbruch Ost* fordert eine Aufarbeitung der Geschichte der Treuhand. Ziel der Initiative ist es, die Zeit der Transformation noch einmal genauer zu betrachten, um Bedingungsfaktoren und Begründungen für die heutigen gesellschaftlichen Probleme und Wahlergebnisse in Ostdeutschland zu suchen. *Aufbruch Ost* machte mehrere Veranstaltungen zur Treuhand in Thüringen und Leipzig. Internetpräsenz *Aufbruch Ost*: <https://www.facebook.com/pages/category/Political-Organization/Aufbruch-Ost-3291890190836053/>

⁵ Vgl. Kubiak, Daniel: Deutsch-deutsche Identitäten in der Nachwendegeneration, in: APuZ 28/29 (2020), S. 35-39.

ein sozialer Transformationsschock folgte. Dieser Transformationsschock hat Spuren hinterlassen. Durch ihn habe sich, so der Soziologe Steffen Mau, in Ostdeutschland eine besondere „kulturelle als auch ökonomische Besitzstandsmentalität“ entwickelt.⁶ Diese führe dazu, dass die Furcht vor weiterer gesellschaftlicher und kultureller Veränderung in einigen Milieus tief verankert ist. So wurden sowohl die Finanzkrise von 2007 als auch die sogenannte europäische Flüchtlingskrise im Jahr 2015 in vielen ostdeutschen Milieus als besonders bedrohlich empfunden. Vor allem die Unsicherheitserfahrungen sitzen in einigen ostdeutschen Milieus sehr tief. Hier gibt es bis heute Unzufriedenheit und inneren Abstand zum neuen System, das nach dreißig Jahren gar nicht mehr so neu ist.⁷ Ein Grund dafür ist, dass die Kritik am Wiedervereinigungsprozess als Kritik an der Wiedervereinigung selbst gedeutet wurde.⁸ Die Narrative der Friedlichen Revolution und einer erfolgreichen Wiedervereinigung ließen keinen Platz für eine Erzählung der Fehler und Defizite der Transformation. Dadurch gährte das Thema in Teilen der ostdeutschen Gesellschaft weiter. Bis heute fühlen sich viele Menschen durch die Folgen der Transformation benachteiligt. Diese Wahrnehmung bietet Anknüpfungspunkte für Populisten und Rechtsextremisten, die die Menschen auf dieser Gefühlsebene ansprechen.

Ein Beispiel für den ländlichen Raum, in dem bisher über die Transformationsjahre kaum öffentlich geredet wurde, ist die Stadt Müncheberg am Rande der Märkischen Schweiz in Ostbrandenburg. Die amtsfreie Gemeinde liegt auf halbem Wege zwischen Berlin und der deutsch-polnischen Grenze (50 km vom Zentrum Berlins entfernt) und hat nach mehreren Eingemeindungen heute knapp 7.000 Einwohner. Die Ergebnisse der Landtags⁹- und Kommunalwahlen¹⁰ 2019 führten dazu, dass sich zwei zivilgesellschaftlich engagierte Frauen (im Folgenden AA und BB genannt) die Frage stellten, ob

⁶ Mau, Steffen: Es gibt ein enormes Artikulationsbedürfnis, im Interview mit Thomas Meyer, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte 7/8 (2020).

⁷ Mau: Lütten Klein, S.246.

⁸ Vgl. Mau: Interview mit Thomas Meyer.

⁹ Wahlergebnisse Landtagswahl 2019 in Müncheberg: AfD 26,3 % (899 Stimmen), SPD 24,3 %, CDU 13,3 %, Linke 12,5 %, Grüne /B90 11,9 % BVB/FW 6,0 %, FDP 2,1 %, <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/LT2019/tabelleGem.html#64317317>.

¹⁰ Wahlergebnisse Kommunalwahl 2019 SVV Mücheberg (18 Sitze): AfD 20,5 % (4), Linke 17,2 % (3), CDU 16,9 % (3), SPD 13,4 % (2), Aktion Zukunft/B90-Grüne 11,0 % (2), Wählergruppe Obersdorf 10,3 % (2), Wählergruppe Unabhängige Freie Wähler Müncheberg 5,1 % (1), Wählergruppe Freie Wähler Eggersdorf 3,6 % (1), Wahlberechtigte 5.788, Wahlbeteiligung 58,8 %, <https://www.wahlergebnisse.brandenburg.de/wahlen/KO2019/tabelleLandkreis.html#64317317>.



Plakat für die Veranstaltungen in Müncheberg und Buckow

und wie die Folgen der Transformation das starke Abschneiden rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien beeinflusst haben könnten. Dabei stellten sie fest, dass sie über die Folgen der Transformation in Müncheberg nur wenig oder gar nichts wussten. BB, die nach der Wende in Müncheberg geboren wurde, sagt: „Dass in Müncheberg Betriebe geschlossen und richtig viele Leute entlassen wurden, war weder in der Familie noch in der Verwandtschaft oder im Bekanntenkreis ein Thema, obwohl es sie ja direkt betroffen hat.“¹¹

¹¹ BB, Interview, 23.6.2020.

Und AA, vor dem Mauerfall in Hessen aufgewachsen und in den 2000ern nach Müncheberg gezogen und in verschiedenen Vereinen aktiv, fiel auf, dass immer „drückendes Schweigen herrschte“, wenn man in persönlichen Gesprächen mit den Nachbarn oder Vereinsmitgliedern auf das Thema der Nachwendejahre in Müncheberg zu sprechen kam. Beide beschlossen, der Sache lokal auf den Grund zu gehen. Sie wollten wissen, wie die Müncheberger die Transformationsjahre erlebt hatten. Als sie uns, das Mobile Beratungsteam Frankfurt (Oder), anfragten, hatten beide dafür noch keinen fertigen Plan, wie aus ihren Fragen eine Debatte vor Ort angeschoben werden könnte. AA und BB baten uns, mit ihnen ein Konzept für zwei Veranstaltung in Müncheberg und Buckow zu entwickeln. Wir nahmen den Arbeitsauftrag an und halfen bei der Entwicklung eines Veranstaltungsdesigns und bei der Durchführung der Veranstaltung. Die dabei gesammelten Erfahrungen wollen wir hier teilen und zur Diskussion stellen.¹²

In diesem Artikel soll es um die Frage gehen, was es braucht, um eine gute Debatte zu den sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Treuhandpolitik sowie zur Transformation der 1990er im ländlichen Raum Brandenburgs zu befördern. Wir werden die Folgen der Transformation und das Problemfeld der Marginalisierung der eigenen Geschichte mit Blick auf Müncheberg skizzieren, die Veranstaltungskonzeption und den Verlauf der Veranstaltungen darstellen, sowie aus unseren Erfahrungen Möglichkeiten ableiten, wie eine Debatte zu dem sehr emotional aufgeladenen Thema im ländlich geprägten Raum geführt werden kann.

Folgen der Transformation und das Problemfeld Marginalisierung der eigenen Geschichte

Umfragen im Jahr 2019 ergaben, dass sich jeder zweite Ostdeutsche als Bürger zweiter Klasse fühlt. Ostdeutsche sind in Spitzenpositionen unterrepräsentiert. In den 200 Führungspositionen der 30 deutschen Dax-Konzerne sitzen nur eine Handvoll Ostdeutsche, und unter den 91 deutschen Hochschulrektoren gibt es erst seit kurzem eine geborene Ostdeutsche. In den ostdeutschen Behörden sind weniger als ein Viertel der Abteilungsleiter Ostdeutsche.¹³ Beispiele wie diese lassen sich in vielen Bereichen von Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung finden. Diese Unterrepräsentation ist eine Folge der Trans-

¹² In diesem Artikel betrachten wir nur die Veranstaltungen in Müncheberg.

¹³ Kowalczuk: Übernahme, S. 17f.

formation der ostdeutschen Wirtschaft und Gesellschaft.¹⁴ Prägend für die wirtschaftliche Transformationsphase und die ökonomischen Entwicklungen in Ostdeutschland war die Treuhandanstalt. Sie bestimmte durch ihr Handeln diesen Prozess und legte damit den Grundstein für die wirtschaftsstrukturellen Entwicklungen der Nachwendejahre.¹⁵ Mit dem Beitritt der DDR zur BRD war auch der Beitritt der DDR in ein neues Wirtschaftssystem beschlossen. Planwirtschaftliche Betriebe sollten innerhalb kürzester Zeit in einem marktwirtschaftlichen System funktionieren. Viele waren von Anfang an nicht konkurrenzfähig. Hinzu kam für viele Betriebe, dass in Folge der Währungsunion die Absatzmärkte in Osteuropa wegbrachen. Die Politik der Treuhand zerschlug Anfang der 1990er Jahre tausende Betriebe der ehemaligen DDR. Diese Erfahrung wirkt bis heute bei den Betroffenen nach. Die Betriebe wurden privatisiert, durch die Treuhand verwaltet und Investoren zum Kauf angeboten. In diese Prozedur waren die Arbeiter in den Betrieben nicht eingebunden. Sie konnten oftmals nur zusehen. Vielerorts wurden in der Folge Betriebe und Fabriken geschlossen und den Belegschaften gekündigt. Im ländlichen Raum der ehemaligen DDR blieben oft nur die Handwerksbetriebe bestehen, die es bereits zu DDR-Zeiten gegeben hatte oder die sich Anfang der 1990er Jahre neu gründeten. Die großen Agrarflächen der Genossenschaften und Volkseigenen Güter wurden meist an westdeutsche Unternehmen oder Großbauern verkauft. Da den Ostdeutschen das nötige Kapital fehlte, wurden nur 5 % der von der Treuhand verwalteten Betriebe von Ostdeutschen übernommen, 80 % hingegen von Westdeutschen.¹⁶

Mit der Wiedervereinigung traten die Ostdeutschen „in eine wohlhabendere und statusmäßig höher gestellte Gesellschaft“ ein. Dadurch erlitten viele

¹⁴ In Ostdeutschland wurde die wirtschaftliche Elite fast vollständig ausgetauscht. Die neue wirtschaftliche Elite kam nicht aus der DDR. Die frei gewordenen Führungspositionen gingen meist an Westdeutsche und nur zum Teil an Angehörige der früheren Subeliten. Über den Zusammenhang zwischen dem Austausch der Eliten in der Transformation und der Unterrepräsentanz Ostdeutscher in den heutigen gesamtdeutschen Eliten siehe: Kollmorgen, Raj: Zwischen Austausch und Marginalisierung. Ostdeutsche in den Eliten nach der Vereinigung, in Dossier Lange Wege der Deutschen Einheit, Bundeszentrale für Politische Bildung (2020), <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/310065/ostdeutsche-in-den-eliten>.

¹⁵ Eine erste umfassende historische Untersuchung zur Geschichte der Treuhand legte 2018 der Historiker Marcus Böick vor. Böick, Marcus: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990-1994, Göttingen 2018.

¹⁶ Böick, Marcus: Die Ostdeutschen haben ihr Schicksal selbst gewählt, im Interview von Niklas Prenzel, in: fluter.de, 03.10.2019, <https://www.fluter.de/treuhand-nachwendezeit-einfach-erklart>.

von ihnen eine „relative soziale Deklassierung“.¹⁷ Diese soziale Deklassierung besteht für Teile der ostdeutschen Gesellschaft fort. Ganze sozioökonomische Schichten sahen sich einer Entwertung ihres Lebensmodells gegenüber. Besonders die mittlere Generation war vom Wandel stark betroffen. Der bisher bestehende arbeitsgesellschaftliche Zusammenhang löste sich mit dem Verschwinden der Arbeitsplätze auf. Die Demographie veränderte sich, da viele Menschen in anderen Gegenden innerhalb oder auch außerhalb Deutschlands Arbeit suchten. In der Folge ist die zivilgesellschaftliche und demokratische Kultur bis heute schwach. Mau spricht von einem sozialmoralischen und sozialstrukturellen Unterbau, der sich unter den gegebenen Bedingungen der Transformationsgesellschaft auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nur marginal entwickelte.¹⁸ Die kulturellen, sozialen und gesellschaftspolitischen Veränderungen sowie die erfahrene ökonomische Deklassierung führten zu einer bleibenden Unsicherheitserfahrung in verschiedenen Milieus. Diese Unsicherheitserfahrung ist im ländlichen Raum stärker ausgeprägt als in den urbanen Zentren. Besonders der ökonomische Schock mit all seinen Folgen, wie beruflicher Entwertung und Massenarbeitslosigkeit, hat oft zu Resignation



Ehemaliges Butterwerk Müncheberg, Oktober 2020

¹⁷ Mau, Steffen: Es hat sich im Osten eine Schiefstellung entwickelt, in: Berliner Zeitung, 11.09.2019, <https://www.berliner-zeitung.de/kultur-vergnuegen/soziologe-steffen-mau-es-hat-sich-im-osten-eine-schiefstellung-entwickelt-li.17983>.

¹⁸ Mau: Lütten Klein, S. 244 ff.

und Perspektivlosigkeit geführt. Das wirkt bis heute nach. Marktwirtschaft und Demokratie sind noch heute in einigen Teilen der ostdeutschen Gesellschaft keine Erfolgsmodelle. Der Historiker Marcus Böick plädiert deshalb bei der Suche nach den Ursachen für diesen Befund dafür, besonders auf die Rolle der Treuhand im Transformationsprozess zu schauen.¹⁹

Massenarbeitslosigkeit war in den 1990er Jahren ein ostdeutsches Phänomen. Die Arbeitslosenquote betrug 1997 in Ostdeutschland bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen 17,7 Prozent (Brandenburg 17,6 %).²⁰ Mit der Arbeitslosigkeit verloren die Bauern, Arbeiter und Angestellten neben der Arbeit auch einen wichtigen Teil ihres sozialen Gefüges und ihrer sozialen Identität als Werktätige. Die Netzwerke in den Betrieben, die einen zentralen Teil des sozialen Lebens in der DDR ausmachten, brachen zusammen. Zurück blieben die, die weniger mobil und weniger flexibel waren, und die, für die es in der neuen Arbeitswelt trotz Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Umschulungen keinen Platz gab. Viele fanden keine Arbeit und leben deshalb heute von einer geringen Rente. Die Entwertung von Biografien verursachte Frustration und Entfremdung vom neuen System. Die empfundenen Verletzungen führten dazu, dass sich Teile der ostdeutschen Gesellschaft nur wenig mit dem neuen System identifizierten, teilweise dieses sogar ablehnten. Die daraus entstehende Suche nach politischen und gesellschaftlichen Alternativen wird durch diese mangelnde Identifikation gefördert. Von vielen Betroffenen wird diese Alternative in populistischen oder rechtsextremen Parteien gesehen.²¹ Die Folgen des Transformationsschocks sollen jedoch nicht als alleinige Ursache für die antidemokratischen Einstellung in der ostdeutschen Teilgesellschaft gesehen werden. Auch ältere Traditionen von Rassismus, Nationalismus, Autoritarismus und demokratiefeindlichen Einstellungen wirken heute nach.²²

¹⁹ Böick: Die Ostdeutschen.

²⁰ Röbenack, Silke: Der lange Weg zur Einheit – Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland, in: Dossier Lange Wege der Deutschen Einheit, Bundeszentrale für Politische Bildung (2020), <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47242/arbeitslosigkeit>.

²¹ Dieses Phänomen ist kein genuin ostdeutsches, wie der französische Soziologe Didier Eribon in seinem autobiographischen und gleichzeitig sozialwissenschaftlich analytischen Buch „Rückkehr nach Reims“ aufzeigt. Eribon analysiert in seinem Buch, warum sich große Teile des Milieus der unterprivilegierten, weißen, ländlichen Arbeiterschaft, die vormals sozialistisch oder kommunistisch wählten, der populistischen extrem rechten Front National, der heutigen Rassemblement National, zuwandten. Vgl. Eribon, Didier: Rückkehr nach Reims, Berlin 2009.

²² Vgl. Depta, Jörg: The German Democratic Republic's post-Nazi legacy, in: Germany Brief 6 (2017), <https://eu.bilgi.edu.tr/media/files/GermBrief6.pdf>.

Wie zeigten sich die hier skizzierten Prozesse nun in Müncheberg? Müncheberg traf die wirtschaftliche Transformation besonders hart. Keiner der größeren DDR-Betriebe schaffte den erfolgreichen Wechsel in die Marktwirtschaft. Das *Volkseigene Gut (VEG) Tierproduktion* mit über 10.000 Schweinen und das *Volkseigene Gut Pflanzenproduktion* überstanden die 1990er Jahre nicht. Das *VEG Pflanzenproduktion* war eines von fünf Intensivierungsprojekten der Landwirtschaft der DDR. Das Butterwerk, einziger Hersteller der DDR von 20g- Butterverpackungen für *Interhotels*, *Interflug* und *Mitropa*, beendete 1992 den Betrieb. Der Nachfolger der *ZBE Speisekartoffeln*²³, der größten Kartoffellagerungs- und Verarbeitungsanlage der DDR, verarbeitete nur noch bis Mitte der 1990er Jahre Kartoffeln. Ebenso erging es dem *Landwirtschaftlichen Instandsetzungswerk* und dem *Staatlichen Forstwirtschaftsbetrieb* mit ca. 40.000ha Wald. Die Folge war eine sehr hohe Arbeitslosenzahl. Mitte der 1990er gab es 3.000 Arbeitslose vor Ort, bei einer Einwohnerzahl von 6.000. Diejenigen, die konnten und wollten, suchten sich Arbeit in Westdeutschland, die anderen blieben arbeitslos oder gingen früher in Rente. Lediglich das *Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit* blieb bestehen und wurde in das *Zentrum für Agrarlandschafts- und Landnutzungsforschung (ZALF)* umgewandelt.²⁴

Motivation der Veranstalterinnen und Veranstaltungskonzeption

Unsere Auftraggeberinnen und Beratungsnehmerinnen, AA und BB, kennen sich von der Initiative *Offenes MOL*.²⁵ Beide nehmen wahr, dass in der Stadt

²³ Zur Geschichte der *ZBE Speisekartoffeln* hat der *Verein für Heimatgeschichte der Stadt Müncheberg e.V.* eine Broschüre „Aus der Geschichte der ZBE Speisekartoffeln Müncheberg“ herausgegeben. Siehe dazu: <http://heimatverein-muencheberg.de/publikationen.php>

²⁴ Das *ZALF* – „Das Institut“, wie es in Müncheberg genannt wird – ging 1992 aus dem *Forschungszentrum für Bodenfruchtbarkeit der Akademie der Landwirtschaftswissenschaften der DDR* hervor. Dort arbeiteten zu DDR-Zeiten fast 700 Müncheberger. Das Forschungszentrum war das Leitinstitut für Bodenfruchtbarkeit für alle sozialistischen Staaten im *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe*. Heutige Forschungsschwerpunkte sind Klimawandel, Ernährungssicherung, Erhalt der Biodiversität und Ressourcenknappheit. Das *ZALF* hat heute ca. 330 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und ist damit der größte Arbeitgeber in der Stadt. Internetpräsenz des *ZALF*: <https://www.zalf.de/de/Seiten/ZALF.aspx>.

²⁵ Die Initiative *Offenes MOL – Aktionsbündnis für Menschlichkeit und Solidarität* versteht sich als Netzwerk verschiedener Initiativen, lokaler Gruppen und Einzelpersonen aus dem Landkreis Märkisch-Oderland, dass sich für eine offene und solidarische Gesellschaft einsetzt. Siehe dazu: <https://www.offenesmol.net/>.

mit den dazugehörenden eingemeindeten Dörfern kaum über die Wendezeit und die folgenden Jahre geredet wird. Die Ergebnisse der Landtags- und Kommunalwahlen 2019, bei denen die AfD jeweils etwa ein Viertel der Stimmen bekam, waren für beide der Auslöser, etwas vor Ort zum Thema Folgen der Transformation in Müncheberg machen zu wollen. Beide wollten diesem „drückenden Schweigen“²⁶ etwas entgegensetzen.²⁷ Und vor allem ging es ihnen darum, herauszufinden, „wie das in Müncheberg abgelaufen ist“.²⁸

AA zog vor 2001 aus Berlin in eines der eingemeindeten Dörfer. Sie ist selbstständige Unternehmerin, in mehreren Vereinen engagiert und kennt die Schwierigkeiten, wenn westdeutsche Zugezogene versuchen, im ländlichen Raum Brandenburgs Politik zu machen.²⁹ Als sie in ihrem Dorf eine Kulturinitiative gründete bemerkte sie,

„[...] wie schnell hier irgendwelche Gräben aufreißen, wegen unterschiedlichen Privilegien und Zugängen zu gesellschaftlicher Mitgestaltung. Oder auch Kohle. Wer reist wohin und wer lebt wie leger. Und wer erbt Schulden und wer erbt Häuser? Also diese ganzen materiellen Ungerechtigkeiten, und das andere ist die gesellschaftliche Teilhabe. Und da habe ich gemerkt, dass einigen der Zugang zu diesen Privilegien fehlt und diese auch unterschiedlich verteilt sind und bis heute auch Ost und West trennen. [...] Ohne dass ich mich viel mit dicken Büchern beschäftigt habe, kam mir das einfach schräg vor. Alles war zu kaufen, aber nur die einen hatten Geld, mal überspitzt zu sagen. Und da hatte ich schon das Gefühl, das hat viel zu tun mit diesen Zerwürfnissen, die ich nach und nach auch in meinem Dorf immer mehr zur Kenntnis nehmen musste.“³⁰

²⁶ AA, Interview, 12.6.2020.

²⁷ Als einen Grund des Schweigens der Ostdeutschen über die Geschichte der DDR und ihre Erfahrungen mit der Transformation benennt die Historikerin Ines Langelüddecke die asymmetrischen Kräfteverhältnisse, in denen sich Ost- und Westdeutsche in der Zeit des Übergangs begegneten und die auch noch lange nach 1990 Bestand hatten. Siehe dazu Langelüddecke, Ines: *Alter Adel – Neues Land? Die Erben der Gutsbesitzer und ihre umstrittene Rückkehr ins postsozialistische Brandenburg*, Göttingen 2020, S. 324 ff.

²⁸ BB, Interview, 23.6.2020.

²⁹ „Die aus der Stadt zugezogenen zerschlagen oftmals Porzellan, da sie sich nicht mit der Vorgeschichte im Osten auseinandersetzen und einen bestimmten privilegierten Blickwinkel haben, ohne das zu wissen. Ohne zu reflektieren. Und da dann auch Selbstverständlichkeiten verbreiten und gar nicht merken, wie sie damit Leute vor den Kopf stoßen. Und sich ihrer Privilegien nicht bewusst sind.“ AA, Interview, 12.6.2020.

³⁰ AA, Interview, 12.6.2020.

AA organisiert schon länger mit ihrem Kulturverein in der Dorfkirche eine Lesung³¹ und Filmabende mit DEFA-Filmen³², die im ländlichen Raum spielen. Diese waren immer sehr gut besucht und den Leuten schien es auch zu gefallen. AA hatte die Hoffnung, im Anschluss an Filme mit ihren Nachbarn über ihre Vergangenheit in der DDR und die Zeit nach der sogenannten Wende ins Gespräch zu kommen. Sie wollte wissen, wie sie diese Jahre erlebt hatten. Die Hoffnung erfüllte sich nicht. Die Leute kamen nach dem Film nicht ins Gespräch. AA konnte für sich nicht deuten, woran das lag. Es war ihr, so sagt sie in einer Nachbetrachtung des Prozesses, nahezu unmöglich, als zugezogene Westdeutsche dieses Thema „Nachwendejahre“ anzusprechen und das obwohl sie gut im Dorf vernetzt ist und gute Kontakte pflegt.³³

„Es gibt so ein drückendes Schweigen und keiner sagt etwas. Mich erinnert das an die Westdeutschen 1950er, von denen immer meine Mutter erzählt hatte. Da wird etwas verschwiegen, da wird über eine Geschichte hinweggegangen, da wird einfach weitergemacht. Und das bringt ja so eine gesellschaftliche Lähmung mit sich. Sprechverbot. Es gibt kein gemeinsames Gespräch darüber. Es gibt eine junge Generation, die nichts weiß, und du hast eine alte Generation, die ganz viel darüber weiß, aber nicht darüber spricht. Man schifft so drum rum. Es gibt einen Konsens, da nicht drüber zu sprechen.“³⁴

Ihr Wunsch war deshalb, dieses Thema sensibel mit wenig Dogma und mit ehrlichen Fragen von innen heraus anzusprechen, auch um für sich zu verstehen, was passiert ist und mit der Hoffnung, „aus dem Schweigen herauszukommen“.³⁵

³¹ Am 27. Oktober 1990 las die Schauspielerin Ursula Karuseit aus ihrem Buch „Wege übers Land und durch die Zeit“, in dem sie über ihr Leben in der DDR berichtet.

³² Gezeigt wurde u.a. der fünfteilige DEFA-Fernsehfilm „Wege übers Land“ (1965) nach einem Szenarium von Helmut Sakowski mit Manfred Krug und Ursula Karuseit in den Hauptrollen. Der Film handelt in der Zeit vom Kriegsende 1945 bis ins Jahr 1953 und thematisiert die Flucht und Vertreibung, die Zeit der sowjetischen Besatzung sowie die ersten Jahre der DDR. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone und deren Folgen.

³³ Über die Schwierigkeiten mit ehemaligen DDR-Bürgern über ihre Zeit in der DDR und die Jahre der Transformation ins Gespräch zu kommen, sogar wenn es Verwandte oder Bekannte sind, berichtet auch Johannes Nichelmann. Er beschreibt, dass seine Gesprächspartner*innen oft auf Angst hatten, über ihr Leben und die eigene Rolle in der DDR sowie die Transformationsjahre zu sprechen. Vgl. Nichelmann: Nachwendekinder, S. 10 ff.

³⁴ AA, Interview, 12.6.2020.

³⁵ Ebd.

Unsere zweite Beratungsnehmerin BB hat einen deutlich anderen biographischen Hintergrund, aber eine ähnliche Motivation für die Veranstaltung. Sie wurde kurz nach der Wende in Wriezen geboren und wuchs in Müncheberg auf. Zum Studium verließ sie die Stadt, kam aber regelmäßig zurück und war u. a. bei der Organisation des Festes von #wannwennnichtjetzt³⁶ im August 2019 in Müncheberg beteiligt.

„Ich habe mir vor der Veranstaltung gedacht: das hat doch bestimmt auch in Müncheberg für viele Umbrüche gesorgt und viele Biographien geprägt, diese Zeit nach der Wende, und warum weiß ich darüber so wenig. Und das meint ja nicht nur meine Generation. Auch Leute aus dem Westen wissen wenig oder auch nicht so viel darüber. Deswegen war es für mich wichtig, sich damit zu beschäftigen. Ich wollte wissen, wie das in Müncheberg abgelaufen ist. Ob hier wirklich auch Betriebe geschlossen wurden.“³⁷

Im September 2019 traten AA und BB mit der Bitte um Unterstützung an uns heran. Wir setzten uns zusammen, klärten den Auftrag an uns und vereinbarten, sie zu ihrem Vorhaben zu beraten und – falls gewünscht – bei zukünftigen Veranstaltungen zu moderieren.³⁸ AA und BB hatten die Idee, den Dokumentarfilm „Goldtausch: Die Geschichte der Treuhand“ zu zeigen.³⁹ Wir empfahlen, die Veranstaltung angesichts der Fülle möglicher Themen und des vermutlich hohen Diskussionsbedarfes auf zwei Termine aufzuteilen. Die Idee war, eine Veranstaltung zu planen, auf der der Film gezeigt und diskutiert wird und auf einer Folgeveranstaltung den Blick speziell auf die Trans-

³⁶ #wannwennnichtjetzt ist ein Zusammenschluss verschiedener Organisationen und Einzelpersonen, die zu den Landtagswahlen 2019 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen eine Marktplatz- und Konzerttour unter dem Motto „Für eine solidarische und offene Gesellschaft! Gegen Angst und Hass!“ organisierte. Am 3. August 2019 organisierte #wannwennnichtjetzt ein Fest auf dem Müncheberger Marktplatz. Siehe dazu: <https://wannwennnichtjetzt.org/>.

³⁷ BB, Interview, 23.6.2020.

³⁸ Über das Mobile Beratungsteam wussten beide Frauen, dass dieses seit vielen Jahren verschiedene Veranstaltungen, wie beispielsweise Einwohnerversammlungen, Zukunftswerkstätten und Bündnistreffen moderiert und sich gern mit historischen sowie kontroversen Themen auseinandersetzt. Unseren Auftraggeberinnen und Beratungsnehmerinnen war das MBT Frankfurt (Oder) durch die Moderation einer Einwohnerversammlung im Rahmen der Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete 2016 sowie der Moderation eines Wahlforums im Vorfeld der Kommunalwahl 2019 bekannt.

³⁹ Der Kinostart des Films „Goldtausch. Die Geschichte der Treuhand“ (von zero one film in Koproduktion mit SWR, NDR und MDR) war am 30. August 2012.

formation in Müncheberg zu richten.⁴⁰ Auf der zweiten Veranstaltung sollte ausreichend Zeit für die persönlichen Geschichten und für eine ausführliche Diskussion sein.

Der Dokumentarfilm „Goldrausch“ war AA und BB von der Initiative *Aufbruch Ost* empfohlen worden, die damit in Sachsen und Thüringen gute Erfahrungen gemacht hatte. Der Film geht der Frage nach, was passiert, wenn eine Planwirtschaft in kürzester Zeit in die Marktwirtschaft transformiert werden soll. Im Film wird die Privatisierung durch die Treuhand thematisiert. Die beiden wichtigsten Protagonisten des Films sind der ehemalige westdeutsche Manager Klaus Klamroth, Direktor der Treuhand in Halle/Saale, sowie Detlef Scheunert, von 1991-1994 Treuhand-Direktor für den Bereich Glasindustrie, der der einzige ostdeutsche Direktor (von insgesamt 52 Treuhanddirektoren) war. Darüber hinaus kommen andere Treuhand-Mitarbeiter, Politiker, betroffene Arbeiter, aber auch DDR-Bürgerrechtler, wie die geistigen Väter der Treuhand⁴¹ – der Ingenieur Matthias Artzt und der Physiker Gerd Gebhardt – zu Wort. Neben den verschiedenen Motiven und Perspektiven der Protagonisten zeigt der Film, u. a. am Beispiel der *Interflug*, wie Betriebe durch die Treuhand zerschlagen und liquidiert wurden. Der Film basiert auf dem Buch „Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand“ von Dirk Laabs.⁴²

⁴⁰ Neben dem Heimatverein als Partner unterstützten die Veranstaltung der *Kreiskinder- und Jugendring Märkisch-Oderland*, der *Kultus e.V.* sowie die regionale Partnerschaft für Demokratie des Bundesprogramms *Demokratie leben!* Die Filmvorstellung fand am 20. November 2020, die Nachfolgeveranstaltung am 5. Dezember 2020 statt.

⁴¹ Das wirtschaftspolitische Konzept der Treuhand basiert auf Ideen von Matthias Artzt und Gerd Gebhardt, die im Februar 1990 als Teil der *Freien Forschungsgemeinschaft Selbstorganisation, FFGSO* mit ihrer Idee zur Gründung einer Treuhandanstalt an den Runden Tisch der DDR herantraten. Die zu gründende Treuhandanstalt sollte die Eigentumsübertragung des Volkseigentums der DDR organisieren. Der Vorschlag wurde am 12. Februar 1990 vom Runden Tisch angenommen. Vgl. Böick: Die Treuhand, S. 183 ff.

⁴² Dirk Laabs war als Regisseur an der Entstehung des Films beteiligt, zog aber seinen Namen vor der Veröffentlichung zurück. Der Grund dafür war ein Streit zwischen ihm und dem Produzenten Thomas Kufus sowie den anderen Geldgebern um die Perspektive auf die Geschichte der Treuhand. Die Entstehung des Films ist damit selbst ein Beispiel für das Ringen um die richtige Perspektive auf die Geschichte der Treuhand. Laabs wollte als zentralen Akteur des Films den ostdeutsche Treuhand-Direktor Detlef Scheunert stärker in den Mittelpunkt stellen, um damit die ostdeutsche Perspektive ins Zentrum zu rücken. Kufus war hingegen die westdeutsche Perspektive wichtiger. Deshalb wollte er, dass der wichtigste westdeutsche Akteur, der Manager Klaus Klamroth und seine Schwierigkeiten, sich in die Ost-Gegebenheiten einzuarbeiten, zentral dargestellt werden. Es konnte kein Kompromiss gefunden werden. Kufus hat sich letzten Endes durchgesetzt. Siehe dazu Rodek, Hans-Georg: Wenn Regisseure sich für „ihre“ Filme schämen, Welt, 10.09.2012, <https://www.welt.de/kultur/kino/article109124624/Wenn-Regisseure-sich-fuer-ihre-Filme-schaemen.html>.

Als Veranstaltungsort in Müncheberg wurden die Räume des Heimatvereins gewählt. AA und BB hofften, den Verein als Kooperationspartner zu gewinnen.⁴³ Der Heimatverein hat seine Räume in der unsanierten Alten Schule im Zentrum von Müncheberg. AA und BB wollten die Veranstaltung dort machen, wo auch mögliche Zeitzeugen hinkommen würden. Die Veranstalterinnen erhofften sich auch, dass das Thema und die Diskussion gut zur Ausstellung „Müncheberger Alltag in der DDR“ des Heimatvereins passen würde, die ab September 2019 in der Alten Schule gezeigt wurde.⁴⁴ Anfänglich hatten Vertreter des Heimatvereins angesichts des kontroversen Themas Treuhand einige Bedenken. Deshalb gab es einen erhöhten Gesprächsbedarf im Vorfeld.

Die erste Veranstaltung – Filmvorstellung

Zur Filmvorführung am 20. November 2019 kamen ca. fünfzig Menschen. Vor Filmbeginn begrüßten die Veranstalterinnen das Publikum. Wir als Moderatoren gaben einen kurzen Input zur Geschichte der Treuhand, verbunden mit der Bitte, sich immer wieder die verschiedenen Perspektiven klar zu machen, unter denen die damaligen Akteure gehandelt hatten.

Nach dem anderthalbstündigen Film herrschte eine Weile bedrücktes Schweigen. Wir lüfteten erst einmal gut durch. Nach einer kurzen Pause und nachdem sich die Zuschauer gesammelt hatten, fragten wir als Moderatoren, wie es den Anwesenden jetzt mit dem im Film Gesehenen ginge. Das Schweigen hielt noch eine Weile an. Dann meldeten sich nach und nach die Besucher*innen zu Wort. Durch den Film sei „so einiges wieder hochgekom-

⁴³ Der Verein für Heimatgeschichte der Stadt Müncheberg e.V. kann auf eine lange Tradition zurückblicken. 1865 wurde in der Stadt Müncheberg der erste Heimatkundeverein sowie das erste Heimatmuseum Brandenburgs gegründet. Mit Ende des Zweiten Weltkrieges endete die Tätigkeit des Vereins. 1990 wurde der Verein neu gegründet und hat seitdem mit Projekten die Geschichte Münchebergs erforscht (u.a. Jüdische Geschichte Münchebergs), sich für die Restaurierung von Denkmälern (u.a. Ehrenmal für die im Ersten Weltkrieg gefallenen russischen Soldaten) eingesetzt sowie mit Führungen, Ausstellungen und Vorträgen das Kulturleben der Stadt bereichert. Siehe dazu: <http://heimatverein-muencheberg.de/ueber.php>.

⁴⁴ Zu der Ausstellung ist eine Broschüre mit einer Vielzahl von Fotos erschienen, die neben verschiedenen Verbänden und Institutionen – von der Verwaltung, Feuerwehr, Handel und Versorgung bis zur NVA – auch die ehemaligen Betriebe der Stadt vorstellt. Die Broschüre „Müncheberger Alltag in der DDR. Eine Ausstellung des Vereins für Heimatgeschichte der Stadt Müncheberg e.V. (21.09.2019 – März 2020)“ ist beim Heimatverein zu beziehen. Siehe dazu: <http://heimatverein-muencheberg.de/publikationen.php>.



Kinoraum des Heimatvereins am 20. November 2019 fünfzehn Minuten vor Beginn der Veranstaltung

men“. Und es sei sehr deprimierend, die Privatisierung und das persönlich Erlebte dabei noch einmal so geballt aus dem Blickwinkel der Filmemacher zu sehen. Einige waren zunächst auch sprachlos. Besonders berührte viele der älteren Anwesenden die im Film dargestellte Auflösung der staatlichen Fluggesellschaft *Interflug*. Nachdem die *Lufthansa AG* sich von einer angebotenen Kooperation mit der *Interflug* zurückgezogen hatte, war das Unternehmen am 7. Februar 1991 von der Treuhandanstalt liquidiert worden. Nur 1.000 der *Interflug*-Mitarbeiter wurden von der *Lufthansa AG* übernommen. Im Film wurde der Arbeitskampf der Mitarbeiter*innen, die Besetzung der Treuhand durch demonstrierende *Interflug*-Mitarbeiter*innen, sowie die Diskussionen der Mitarbeiter*innen mit Politikern und Treuhand-Direktoren gezeigt. Diese Szenen gingen vielen der Anwesenden besonders nah, da sie von der Liquidation mehr oder weniger direkt betroffen gewesen waren. Die *Interflug* war ein wichtiger Abnehmer der Müncheberger Butter gewesen. Das Butterwerk schloss aufgrund fehlender Abnehmer bereits 1992 den Betrieb.

Nach einer Weile beendeten wir die Diskussion und verwiesen auf die Folgeveranstaltung in drei Wochen, bei der man noch einmal ganz konkret über

die Geschichte der Transformation in Müncheberg und ihre Folgen, auch für die Gegenwart, reden könne. Einige Besucher*innen blieben noch zum Bier oder Wein und diskutierten in kleinen Gruppen weiter. Einige kamen auf uns zu und bedankten sich ausdrücklich dafür, dass es diesen Filmabend mit diesem Thema gegeben hatte. Neben anderen äußerte das auch ein Mitglied der AfD-Ortsgruppe, die zu dritt erschienen war, sich aber nicht an der Diskussion beteiligt hatte. Sie fänden es gut, dass man das Thema mal aus einem anderen Blickwinkel und nicht dem sonst üblichen betrachtet hätte. Zwei anwesende Zeitzeugen (im Folgenden XX und YY genannt), erklärten sich bereit, bei der Folgeveranstaltung ihre Erfahrungen mit der Abwicklung des Butterwerks, der *ZBE Speisekartoffeln* sowie der *VEG Tierproduktion* in Müncheberg zu teilen. Es gab durch viele Teilnehmer*innen hohe Wertschätzung für unsere Beratungsnehmerinnen, dieses Thema in Müncheberg auf den Tisch gebracht zu haben. Unsere Beratungsnehmerinnen werteten das und die hohe Resonanz sowie die intensive Diskussion nach dem Treffen als Erfolg und freuten sich auf die Folgeveranstaltung.

Die zweite Veranstaltung – Diskussion zur Treuhandpolitik in Müncheberg

Die folgende Veranstaltung am 5. Dezember 2019 wurde in der Lokalpresse (*Märkische Onlinezeitung, MOZ*) beworben. Auch der Heimatverein lud in einer E-Mail seine Mitglieder zu der Veranstaltung ein. In der Einladung wurde noch einmal kurz auf den Filmabend eingegangen. Die zweiwöchige Pause sei gut gewesen, „das erst einmal sacken zu lassen“. Jetzt könne man mit weniger Emotionen über das Thema diskutieren. Zur Diskussionsveranstaltung kamen dann etwa dreißig Menschen. Mit XX und YY hatten wir vor der Veranstaltung verabredet, dass XX über das Butterwerk und die *ZEB Speisekartoffeln* erzählen würde und YY über das *VEG Tierproduktion*. Am Anfang meldete sich auch noch ein weiterer Zeitzeuge (im Folgenden ZZ genannt) zu Wort, der bei der Filmvorstellung nicht dabei gewesen war. Er habe von der Veranstaltung gehört und wolle seine Sicht der Dinge auf das Ende des *Landtechnischen Instandsetzungswerks LIW* schildern. Dort war er zur Wendezeit leitender Ingenieur gewesen. Die anderen Teilnehmer*innen waren damit einverstanden.

XX erzählte in seinem Beitrag noch einmal ausführlich davon, wie das Butterwerk, das den Rahm zum Teil aus der Sowjetunion bezogen hatte und in der DDR als einziger Hersteller der Hotelabpackungen ein hohes Ansehen genossen hatte, den Betrieb einstellen und die Belegschaft in die Arbeitslosigkeit schicken musste, weil der Absatz nach der Abwicklung der *Interflug* zusammenbrach und potentielle andere Kunden die Butter lieber von west-

deutschen Unternehmen bezogen. Auch die *ZBE Speisekartoffeln*, die größte Kartoffellagerungs- und Verarbeitungsanlage der DDR, habe ein ähnliches Schicksal ereilt. 1990 benannte sich die *ZBE* um und ließ sich als *Agrarprodukte Müncheberg GmbH (AVM)* eintragen. Noch vor Oktober 1990 wurde mit dem Kredit der westdeutschen *Raiffeisen Handelsgenossenschaft* ein hochmoderner Abpackautomat gekauft. Doch durch die schlechte Zahlungsmoral vieler Kunden war man Anfang der 1990er insolvent. Hinzu kamen zwei Millionen DM, die die GmbH für den Kauf des Grund und Bodens an die Treuhand zahlen musste. Die *AVM* musste in großem Umfang Maschinen verkaufen. Bis Mitte der 1990er wurden noch Kartoffeln verarbeitet und verkauft. Dann war Schluss. Heute beschäftigt sich die *AVM* nur noch mit Vermietung und Verpachtung ihrer Liegenschaften.



Müncheberg, Kartoffellagerhaus, Schälküche, April 1974

YY erzählte vom Schicksal „seines“ *VEG Tierproduktion*, dessen Direktor er bis 1989 gewesen war. Auch er schilderte eindringlich, wie man in der Mangelwirtschaft der DDR „den Laden am Laufen gehalten“ und dann während der Wendezeit in eine GmbH umgewandelt habe. YY versuchte, die neue GmbH mit allen Mitteln durch die Transformation zu retten. Er habe so wenig wie möglich Mitarbeiter entlassen wollen und sei deshalb bei den westdeutschen Banken „Klinken putzen“ gegangen. Das sei schwierig gewesen, weil

man dort große Vorbehalte gegen Ostdeutsche gehabt habe. Er sei, so YY, eben nicht aus München, sondern aus Müncheberg gekommen. Am Ende reichte das Geld nicht. Als die Schulden des Betriebs zu groß wurden, musste auch der Schweinezuchtbetrieb aufgeben und Hunderte in die Arbeitslosigkeit schicken.

ZZ erzählte anschließend vom *Landwirtschaftlichen Instandsetzungswerk* und ergänzte die Geschichten um die weitgehend gescheiterte wirtschaftliche Transformation des Raumes Müncheberg. Das Werk sei ein wichtiger Ersatzteilhersteller für Landmaschinen und ein großer Ausbildungsbetrieb für Landmaschinenschlosser und andere Berufe gewesen. Nach der Wende habe die westdeutsche Konkurrenz ihnen deutlich zu verstehen gegeben, dass sie trotz qualitativ guter Produkte als Produzenten keine Chance hätten, aber gern als Verkäufer für westdeutsche Produkte fungieren dürften. Da sich für das *LIW* unter diesen Bedingungen tatsächlich kein Investor fand, versuchte man das Werk durch einen Deal mit Kuba zu retten, wo dringend Ersatzteile für Traktoren benötigt wurden. Dieser verzweifelte Versuch, auf internationale Kooperation auszuweichen, scheiterte jedoch an der fehlenden Logistik im weitgehend zusammengebrochenen Netz des sozialistischen Wirtschaftsverbundes *Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe*, in dem Kuba eine wichtige Rolle gespielt hatte.

Nach den Beiträgen von XX, YY und ZZ eröffneten wir Moderatoren das Gespräch mit der Frage, wie sich die Teilnehmer*innen jetzt fühlten, nachdem sie die Erfahrungen der drei Müncheberger gehört hätten. Als erstes meldete sich ein älterer Mann, der sich selber als alter Müncheberger vorstellte. Er sei bereits 90 Jahre alt:

„Was soll der ganze Mist? Warum rühren wir hier in der Vergangenheit rum? Das mit der Treuhand ist nun 25 Jahre vorbei. Warum lasst ihr das nicht einfach auf sich ruhen? Warum holt ihr das wieder hoch? Wozu brauchen wir das? Die Zeit kann man nicht zurückholen.“⁴⁵

Es herrschte kurz ein betroffenes Schweigen im Raum. Nach einiger Zeit der Ruhe regte sich jedoch Widerspruch. Eine der jüngeren Teilnehmerinnen wandte sich an ihn:

„Das sehe ich nicht so. Wir haben keine Ahnung, was damals hier passiert ist. Wir wollen es aber wissen. Uns interessiert, was ihr hier früher gemacht

⁴⁵ Älterer Mann, Diskussion am 5.12.2020 im Heimatverein Müncheberg.

habt. Wo ihr gearbeitet habt. Wie ihr die Wende und die Arbeit der Treuhand hier in Müncheberg erlebt habt.“⁴⁶

Dieser Moment wurde von den Zeitzeugen und weiteren älteren Zuhörer*innen als sehr wohltuend empfunden. Sie hatten nicht damit gerechnet, dass sich die jüngere Generation für ihre Geschichten interessieren würde, wie uns Herr XX nach dem Gespräch sagte. Die Atmosphäre entspannte sich. In den folgenden anderthalb Stunden drehte sich die Diskussion darum, wie sie heute nach all den Jahren auf die Transformationsjahre zurückblickten. Die Gespräche waren offen und wertschätzend.

Von einigen Zeitzeugen wurde der Systemwandel von der Plan- in die Marktwirtschaft als bewusste Zerstörung ostdeutscher Betriebe durch die westdeutsche Konkurrenz empfunden. Eine Aussage des Abends war, dass Ostdeutsche als Konsumenten gern gesehen gewesen seien, jedoch nicht als Produzenten. Ostdeutschland wurde lediglich als Absatzmarkt für westdeutsche Produkte gesehen. Einige betroffene Zeitzeug*innen sagten, sie hätten völlig naive Vorstellungen vom westdeutschen System gehabt, obwohl sie sich durch das Westfernsehen gut informiert gefühlt hätten. Jedoch habe sich niemand von ihnen 1989 vorstellen können, wie grundlegend so ein Systemwechsel einen persönlich betreffen könne. Der Systemwandel sei ja mehrheitlich von der DDR-Bevölkerung gewollt gewesen. Man wünschte sich einerseits recht schnell in der westdeutschen Marktwirtschaft konsumieren zu können und Teil des westdeutschen Wirtschaftssystems zu sein. Gleichzeitig gab es bei sehr vielen aber auch den Wunsch, die soziale Sicherheit, die die DDR bot, nicht zu verlieren. Auch konnten sich viele nicht vorstellen, dass sie im neuen System Probleme mit ihren Berufsabschlüssen bekommen könnten. Jedoch wurde eine Vielzahl von Ausbildungen und Qualifikationen und damit die Berufsbiographien nicht anerkannt. Von den Betroffenen wird diese Entwertung bis heute als demütigend empfunden. YY merkte an: „Jammern hat nicht geholfen – Wir mussten nach vorne schauen.“ Einige Zeitzeug*innen betonten in der Diskussion nochmals, sie hätten versucht, sich auf die neue Situation einzulassen und ihre Betriebe zu retten. Einige von ihnen landeten in der Folge mit hohen Schulden in der Privatinsolvenz. Diese Erfahrungen werden bis heute als ungerecht empfunden, da man nicht wusste, wie das neue System funktionierte und welche Rechte man hatte. Hinzu kam eine schlechte Zahlungsmoral westdeutscher Abnehmer, die viele in der DDR sozialisierte Bürger*innen nicht gewohnt waren.

⁴⁶ Jüngere Frau, Diskussion am 5.12.2020 im Heimatverein Müncheberg.

Auch Teilnehmer*innen aus der jüngeren Generation äußerten, dass sie die Nachwirkungen der Treuhandpolitik bis heute spüren. So werde z. B. die Verkaufspolitik der Treuhand-Nachfolgeorganisation *Bodenverwertungs- und verwaltungs GmbH (BVVG)* als sehr problematisch für die kleineren regionalen Landwirte empfunden. Die BVVG verkauft das Land zum momentan marktüblichen Preis. Da die Bodenpreise aber in den letzten Jahren kräftig gestiegen sind, können kleine Agrarbetriebe mit wenig Eigenkapital kaum Boden erwerben. Das Land wird deswegen fast immer an große Agrarbetriebe verkauft, die das nötige Kapital dafür haben.

Als wir am Ende der Veranstaltung in die Runde fragten, welche Ideen es über das „Mal-drüber geredet haben“ hinaus gebe, schlug eine der jüngeren Teilnehmerinnen vor, einen Stadtrundgang mit Zeitzeugengesprächen zu den verschwundenen Betrieben zu machen und zusammen mit dem Heimatverein dazu eine Ausstellung zu entwerfen. Das stieß bei den Älteren auf Zustimmung. Durch die Corona-Pandemie sind diese Ideen vorerst nicht in dieser Form umsetzbar, die Akteur*innen sind aber weiter im Gespräch.

Beim lockeren Beisammensein nach der Diskussion wandte sich einer der älteren Teilnehmer an uns. Durch die Veranstaltung sei jetzt für ihn der „Deckel gelüftet“ und er verstehe jetzt einige Dinge besser und wäre erleichtert. Unsere Beratungsnehmerin AA wurde auch noch in den Wochen danach mehrmals von Münchebergern auf die Veranstaltung angesprochen, auch von Einwohner*innen, die auf keiner der beiden Veranstaltungen gewesen waren. Wir haben sie ein halbes Jahr später gefragt, was die Veranstaltung nach ihrer Meinung gebracht habe:

„Ich glaube, dass die Generation, die das nicht selber erlebt hat, also die Jungen und die Wessis, Erkenntnis und Verständnis gewonnen haben. Auf der anderen Seite, dass für die Menschen, die da zum Teil schmerzhaft, verlustreiche und bittere Erfahrungen in dieser Transformation gemacht haben, dass das für die gut tat, da nochmal mit einem neuen Blick draufzusehen. Und das von der persönlichen Ebene für Einzelne weggebracht hat. Also zu sagen, das war systematisch und weniger ein Einzelproblem. Man konnte sich als Einzelner in diesem Prozess kaum geschickter verhalten. Das hat auch der Film rübergebracht. Da ist ein Systemumbruch mit einer bestimmten Generation so und so verlaufen. Nicht alle hätten da glücklich rauskommen können mit ihrer Karriere. Es war nicht darauf angelegt, dass alle da glücklich durchkommen.“⁴⁷

⁴⁷ AA, Interview, 12.6.2020.

BB fand die Veranstaltungen ebenfalls gelungen. Ihr sei bei den Veranstaltungen klar geworden, wie einschneidend der Transformationsschock auf viele Menschen gewirkt haben muss. Unter anderem habe sich ihr Blick auf rassistische und rechte Tendenzen in Ostdeutschland dadurch verändert:

„Mir ist schon klar, dass es Rassisten auch schon vorher hier gab. Aber die Erfahrungen der Nachwendezeit und dabei erfahrenen Entwertungen haben ja trotzdem einen Einfluss darauf, wie stark sich der Rassismus auswirkt oder in welche Richtung der kanalisiert wird. Und ob man dann eine rassistische Partei wählt oder nicht. Ich will das jetzt nicht damit entschuldigen, die armen Leute wurden alle gekündigt, jetzt dürfen die auch alle rassistisch sein. Aber es geht ja darum, Verständnis für die Region, in der ich lebe und arbeite, zu entwickeln. Deswegen finde ich es sehr wichtig, diese Entwertungs- und Ohnmachtserfahrungen miteinzubeziehen. Auch mit der Frage, welche Dynamiken entstehen daraus mit Blick auf Rechtspopulismus und Rechtsextremismus usw. Das hat mich darin bestätigt, dass unsere Veranstaltung wichtig war, um diese Zusammenhänge zu zeigen.⁴⁸

Im Rückblick auf die Veranstaltungen erscheint uns der Austausch zwischen der alten und jungen Generation gelungen, ebenso wie der Austausch zwischen Einheimischen und Zugezogenen. Wir haben mit den Veranstalterinnen einen guten Rahmen gefunden, um das Tabuthema in einem öffentlichen Diskurs zu besprechen. Für viele der Teilnehmer*innen war das eine positive Erfahrung. Ob dieser Diskurs nachhaltige Wirkungen in der Stadtgesellschaft hinterlässt, kann man noch nicht sagen. Aber das Thema ist nun zumindest auf dem Tisch.

Praktische Erfahrungen und weiterführende Überlegungen

Warum sollte die Debatte über die Folgen der Transformation im ländlichen Raum befördert werden?

Für eine starke demokratische Gesellschaft in Ostdeutschland ist die eigene Perspektive in einer gesamtdeutschen Gesellschaft sehr wichtig. Ostdeutschen Erzählungen der Transformation muss Platz in einer gesamtdeutschen Erinnerung gegeben werden. Die Narrative der erfolgreichen Revolution und glücklichen Wiedervereinigung könnten um das der Transformations-

⁴⁸ BB, Interview, 23.6.2020.

erfahrung der Ostdeutschen ergänzt werden. Ostdeutsche Perspektiven, die bisher in der gesamtdeutschen Debatte kaum zu hören waren, müssen sichtbar werden. Um antidemokratische Einstellungen entgegenzutreten und ostdeutsches Selbstbewusstsein für demokratische Werte zu stärken, braucht es dazu eine offene Debatte. Dazu gehört auch, dass die ostdeutsche Perspektive und die negativen Wahrnehmungen nicht zweitrangig behandelt werden dürfen.⁴⁹

Das Thema der Transformation Ostdeutschlands in den 1990er Jahren ist durch die Tabuisierung bis heute hoch emotional. Das haben wir auf den Veranstaltungen gemerkt. Um die Themen gut bearbeiten zu können, braucht es einen offenen Kommunikationsraum und eine wertschätzende Gesprächskultur. Unterschiedliche Sichtweisen sollen zugelassen und erfahrenes oder empfundenes Unrecht ausgesprochen werden können.

Aufgabe der Moderation ist es, den Diskurs anzuregen und gleichzeitig Entlastung zu schaffen. Um den Prozess gut begleiten zu können, sollte die Moderation daher von Anfang an bei der Entwicklung des Veranstaltungsdesigns mit einbezogen werden. Eine gute Kenntnis deutsch-deutscher Zeitgeschichte und des Transformationsprozesses ist für die Moderation von Vorteil. In der Diskussion sollte den individuellen Erzählungen ausreichend Platz gegeben werden.⁵⁰ Oftmals ist es notwendig, dass das Erleben empfundener Ungerechtigkeiten erst einmal ungefiltert ausgesprochen werden kann. Seitens der Veranstalter*innen und der Moderation sollte daher darauf geachtet werden, dass Gefühlen, Erfahrungen, Erlebnissen, Sichtweisen der nötige Raum und Zeit gegeben wird.

Allerdings möchten wir aus unserer Erfahrung heraus darauf hinweisen, dass die Moderation versuchen sollte, keine polarisierte Diskussion entstehen zu lassen, die – bewusst oder unbewusst – ein Schwarz-Weiß-Denken oder ein Freund-Feind-Schema bedient. Vielmehr sollte die Möglichkeit zur Reflexion geschaffen werden. Beispielsweise haben wir bei unserer Moderation nachgefragt, was im Transformationsprozess anders oder besser hätte laufen können oder wie mögliche Alternativen hätten aussehen können.

Die erbrachten Lebensleistungen Ostdeutscher sollten von der Moderation anerkannt werden. Schwierige und auch tabuisierte Themenfelder sollten angesprochen werden. Die Moderation sollte keine Klischees bedienen (bspw. der Wessi – der Ossi) und die Möglichkeit schaffen, Dinge auch kritisch zu

⁴⁹ Vgl. Oberender: Empowerment Ost.

⁵⁰ Kollmorgen spricht in diesem Zusammenhang von „wechselseitigen Erfahren“. Kollmorgen, Raj: Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden 2005, S. 266 f.

sehen. Dabei helfen stützende Fragestellungen. Auch die Bitte, sich in andere Perspektiven hineinzusetzen, kann anregend sein. Hier ist es hilfreich, mit Fragen immer wieder zur Differenzierung anzuregen.

Wir, das MBT Frankfurt (Oder), haben in Müncheberg die Erfahrungen gemacht, dass die Debatte über die Folgen der Transformation trotz des jahrelangen Schweigens darüber fruchtbar sein kann. Die Auseinandersetzung mit dem für viele hochemotionalen Thema schaffte für einen Teil der betroffenen Generation Erleichterung. Durch den Diskurs kam es dazu, dass sich die Betroffenen nicht nur als Objekt begriffen, denen Geschichte widerfuhr, sondern sie sich wieder zum Subjekt machten, das sich mit der Erfahrung auseinandersetzt. So wurde eine Diskussion über das Für und Wieder der Transformation möglich.

Unsere Auftraggeberinnen betrachten es als Erfolg, dass über das in ihren Augen große Tabu-Thema endlich öffentlich gesprochen wurde. Ebenso positiv vermerkten sie, dass das sowohl interkulturell – zwischen Menschen mit ostdeutschem und nicht ostdeutschem Hintergrund – als auch intergenerational geschehen sei. Unsere Erfahrungen, die wir hier dargestellt haben, bieten keine Patentlösung für den Diskurs über kontroverse und tabuisierte Themen im (ostdeutschen) ländlichen Raum. Wir verstehen sie vielmehr als Ausgangspunkt für weitere Überlegungen und Diskussionen. Nicht nur die schwierigen und teils traumatischen Transformationserfahrungen der Wendezeit, sondern auch andere Ereignisse wie die sogenannte Flüchtlingskrise von 2015 oder die gegenwärtige Pandemie können das individuelle und kollektive Selbstverständnis erschüttern und tiefe Spuren in lokalen und regionalen Netzwerken hinterlassen.

Gegenwärtige gesellschaftliche Krisen und Umbrüche betreffen nicht nur die neuen Bundesländer. Dennoch finden sich hier, wie oben schon erwähnt, einige Besonderheiten, die mit den Erfahrungen des Umbruchs von 1989/90 zusammenhängen. Die Folgen des ökonomischen und sozialen Transformationschocks der 1990er Jahre wirken bis heute nach. In dieser Situation machen rechte Populisten ein Angebot, das die Menschen von ihren Unsicherheitserfahrungen entlastet. Im Gegensatz zu liberalen Kräften, die stetige Anpassung an die Veränderung der Gesellschaft fordern, lautet die rechtspopulistische Botschaft: „Du musst dich nicht mehr verändern, um dich anzupassen, [sondern] die Welt muss verändert werden, um sich an dich anzupassen!“⁵¹ In einer stark verunsicherten Gesellschaft wie der ostdeutschen, ist dieses Angebot sehr attraktiv. Hinzu kommt, dass besonders im ländlichen Raum Ost-

⁵¹ Mau: Lütten Klein, S. 247.

deutschlands sowohl der Zivilgesellschaft als auch der Kommunalpolitik die Ressourcen fehlen, adäquate Antworten auf dieses Angebot zu geben. Das Bewusstsein der Osterfahrungen und die Wahrnehmungen der Folgen der Transformation werden im Laufe der nächsten Jahre verblassen. Die Anerkennungsdefizite werden aber angesichts teilweise noch immer bestehender westdeutscher Hegemonie und sozialer Ungleichheiten fortbestehen.⁵² Unter diesen Umständen bleibt es eine Herausforderung für alle Beteiligten, eine starke und streitbare Zivilgesellschaft zu organisieren.

Literaturliste

- Böick, Marcus: Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990-1994, Göttingen 2018
- Depta, Jörg: The German Democratic Republic's post-Nazi legacy, in: Germany Brief 6 (2017), online: <https://eu.bilgi.edu.tr/media/files/GermBrief6.pdf>
- Eribon, Didier: Rückkehr nach Reims, Berlin 2009
- Hacker, Michael et al (Hg): Dritte Generation Ost. Wer wir sind, was wir wollen, Berlin 2012
- Kollmorgen, Raj: Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden 2005
- Kollmorgen, Raj: Zwischen Austausch und Marginalisierung. Ostdeutsche in den Eliten nach der Vereinigung, in: Dossier Lange Wege der Deutschen Einheit, Bundeszentrale für Politische Bildung (2020), online: <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/310065/ostdeutsche-in-den-eliten>
- Köpping, Petra: Integriert doch erstmal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin 2018
- Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde, München 2019
- Kubiak, Daniel: Deutsch-deutsche Identitäten in der Nachwendegeneration, in: APuZ 28/29 (2020), S. 35-39
- Laabs, Dirk: Der deutsche Goldrausch. Die wahre Geschichte der Treuhand, Berlin 2012
- Langelüddecke, Ines: Alter Adel – Neues Land? Die Erben der Gutsbesitzer und ihre umstrittene Rückkehr ins postsozialistische Brandenburg, Göttingen 2020

⁵² Kollmorgen: Ostdeutschland, S.266 f.

- Mau, Steffen: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, Berlin 2019
- Mau, Steffen: Es gibt ein enormes Artikulationsbedürfnis, im Interview mit Thomas Meyer, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte 7/8 (2020)
- Maxwill, Peter: Die Reise zum Riss. Berichte aus einem gespaltenen Land, Berlin 2019
- Milev, Yana: Das Treuhandtrauma. Die Spätfolgen der Übernahme, Berlin 2020
- Nichelmann, Johannes: Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen, Berlin 2019
- Oberender, Thomas: Empowerment Ost: Wie wir zusammen wachsen, Stuttgart 2020
- Röbenack, Silke: Der lange Weg zur Einheit – Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland, in: Dossier Lange Wege der Deutschen Einheit, Bundeszentrale für Politische Bildung (2020), <https://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47242/arbeitslosigkeit>

Der *Dritte Weg* in Brandenburg

Die jungen Männer tragen Boxhandschuhe und Kleidungsstücke mit dem Aufdruck „National – Revolutionär – Sozialistisch“. An einem Ufer an der Havel kämpfen sie gegeneinander, trainieren und üben sich in Überlebens-techniken wie Feuerkunde und Floßbau. Es sind überwiegend Männer, die sich im Sommer 2016 zu einem Zeltlager der Neonazi-Kleinstpartei *Dritter Weg* zusammengefunden haben. In einem mit fröhlicher Musik untermalten Video sieht man die Aktivist*innen beim Bogenschießen und beim Erlernen von Knotentechniken.¹ Was in diesen kurzen Sequenzen als „[...]Natursport und das gezielte Erlernen von Fähigkeiten, die man in der Natur benötigt“ präsentiert wird, bettet sich in ein ideologisches Konzept, dessen Ziel eine vermeintlich „völkische Wiedergeburt unserer Nation“² ist.

Ziel des Beitrags

Der nachfolgende Beitrag schließt an den 2016 in Band V der Einblicke-Reihe erschienenen Artikel von Michael Kohlstruck an, welcher sich mit der Programmatik und Ideologie, politischen Ikonographie und Auftreten der Partei *Der Dritte Weg* befasst und deren Aktivitäten in Brandenburg in den Blick nimmt. Daran orientiert soll der vorliegende Text die Entwicklungen der Partei in Brandenburg seit 2016 in den Fokus nehmen, eine aktuelle Bestandsaufnahme geben und folgende Fragen beantworten:

Wie hat sich der *Dritte Weg* innerhalb der letzten vier Jahre entwickelt und welche Rolle nehmen die Brandenburger Akteure in der bundesweiten Parteiarbeit ein? Wer ist in Brandenburg aktiv und welche Themen werden hier „auf die Straße“ gebracht?

¹ Vgl. <https://der-dritte-weg.info/videos/zeltlager-an-der-havel/>, abgerufen am 27.10.2020.

² <https://un-vogtland.de/2018/06/20/partainahe-arbeitsgruppe-koerper-geist-hat-ihre-arbeit-aufgenommen/>, abgerufen am 27.10.2020.

Quellenlage

Die wichtigste Quelle für die Aktivitäten in Brandenburg sind die auf der parteieigenen Homepage veröffentlichten Berichte. Der Auswertung dienten weiterhin die Ergebnisse antifaschistischer Recherche, Presseberichte sowie die Berichte der Verfassungsschutzämter verschiedener Bundesländer.

Die Entstehungsgeschichte der Partei und ihre ideologischen Grundlagen sind bereits an anderen Stellen hinreichend beschrieben worden. Dazu sei vor allem auf die Texte von Christoph Kopke und Michael Kohlstruck verwiesen.³

Es finden zahlreiche direkte Zitate Eingang in den vorliegenden Text. Die Zitate aus den häufig wortgewaltigen Texten des *Dritten Weges* verdeutlichen den rückwärtsgewandten Charakter und die zuweilen heftige Brutalität der gewählten Worte.

Zur Parteihistorie

Seit der Parteigründung am 28. September 2013, bietet *Der Dritte Weg* für ehemalige NPD-Funktionär*innen und Aktivist*innen der neonazistischen Szene eine Alternativstruktur – zunächst vor allem zur bisherigen Organisation *Freies Netz Süd* (FNS) aus Bayern.⁴ Das Verbot des Kameradschaftsnetzwerks FNS wurde innerhalb der Szene bereits erwartet. Der lange Vorlauf wurde von den Neonazis genutzt, um die bisherigen Strukturen und personellen Verbindungen in ein neues, durch Behörden schwerer angreifbares Format zu übertragen. Mit dem *Dritten Weg* wurde dieses Ziel erreicht, die bisherigen Aktivitäten unter dem Schutz des Parteienprivilegs weiterzuführen. Als das *Freie Netz Süd* im Juli 2014 schließlich vom bayerischen Innenminister verboten wurde, standen die alten Kader für die Parteineugründung bereit und

³ Kopke, Christoph: Der III. Weg – Personal, Inhalte und Auftreten einer neonazistischen Kleinpartei, in Burschel, Friedrich (Hrsg.): *Durchmarsch von rechts – Völkischer Aufbruch: Rassismus, Rechtspopulismus, rechter Terror*, Berlin 2016, S. 79-87 sowie Kohlstruck, Michael/Ling, Alexander: *Noch eine rechtsextreme Kleinstpartei: Der „III. Weg“ in Brandenburg*, in Wilking, Dirk/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): *Einblicke V – ein Werkstattbuch*, Potsdam 2016, S. 199-222.

⁴ Das *Freie Netz Süd* war ein überregionaler Zusammenschluss von ca. 20 Freien Kameradschaften der rechtsextremen Szene und bestand von 2009 bis zum Verbot am 23. Juli 2014. Das FNS war als Struktur sowohl innerhalb von Deutschland als auch international gut vernetzt. Vgl. hierzu u. a. *Freies Netz Süd*, <https://www.endstation-rechts-bayern.de/rechte-szene/freie-kameradschaften/freies-netz-sud/>, abgerufen am 31.10.2020.

expandierten mit ihren vorher klandestin organisierten Strukturen in weitere Bundesländer.

Aufgeteilt in die Gebietsverbände Mitte, Süd und West ist *Der Dritte Weg* überwiegend in den Bundesländern Bayern, Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen aktiv. Es werden aber auch Aktionen in anderen Bundesländern durchgeführt. Die drei Gebietsverbände gliedern sich in ungefähr 20 Ortsgruppen, die als Stützpunkte bezeichnet werden.

Der Dritte Weg versteht sich selbst als elitärer Kreis. Eine Mitgliedschaft kann erst erfolgen, wenn man sich als Fördermitglied würdig erwiesen hat, „eine charakterliche Eignung ist Grundvoraussetzung für die feste Mitgliedschaft“. So sollen die eigenen Reihen vor „Selbstdarstellern“ und „Egozentrikern“ geschützt werden, um nicht in einen „inneren Richtungsstreit [zu] verfallen“. Zudem besteht die Möglichkeit, durch eine Fördermitgliedschaft einen Beitrag am „politischen Aufbauprozess“ der Partei zu leisten.⁵

Ideologie

Im Selbstverständnis einer „Weltanschauungspartei“, verstehen sich die Mitglieder des *Dritten Weges* als eine „einheitliche und gesamtheitliche“ Bewegung, deren Kampf auf drei Ebenen geführt wird: der politischen, der gesellschaftlichen und der kulturellen, wobei die drei Ebenen einander bedingen.

Die Parteiarbeit reicht weit über den öffentlich wahrnehmbaren Teil hinaus und sieht als Kern den Erhalt und die Pflege der Gemeinschaft als wichtigste Basis der politischen Arbeit. Im Bericht zum Sport- und Familientag in Angermünde heißt es dazu: „Als Anhänger einer lebensbejahenden Weltanschauung steht für uns die traditionelle Familie als kleinste Einheit unseres Volkes im Vordergrund“ denn „[d]ie Familie – bestehend aus Mann, Frau und Kindern – ist die Keimzelle des Volkes.“⁶

Der Volksbegriff des Dritten Weges ist jedoch eng gefasst innerhalb einer völkischen Konzeption, wonach „das Volk“ als Abstammungsgemeinschaft innerhalb gemeinsamer Wertvorstellungen und mit einem geteilten Schicksal fungiert, sich jedoch klar von „wesensfremden“ Individuen abgrenzt.

Das Selbstverständnis wird in der Formel „national – revolutionär – sozialistisch“ heruntergebrochen, denn nur das „nationale [...] kann unserem Volk

⁵ <https://der-dritte-weg.info/foerdermitgliedschaft/>, abgerufen am 27.10.2020.

⁶ <https://der-dritte-weg.info/2018/12/ausfuehrungen-zum-punkt-3-deutsche-kinder-braucht-das-land-des-zehn-punkte-programms/>, abgerufen am 27.10.2020.

als naturgesetzliche Gemeinschaft das Überleben [...] sichern“, wenn „eine totale geistige Erneuerung des politischen Denkens Einzug hält“, in einer „Gesellschaftsordnung, welche das Volk als Gemeinschaft betrachtet, in der jeder Einzelne seine Aufgabe im Sinne des gesamten Volkes erfüllen muss“.⁷

Was das im Konkreten bedeutet, wird im 10-Punkte-Programm der Partei formuliert. Darin wird neben der Forderung nach einer grundsätzlichen Neuordnung des politischen und wirtschaftlichen Systems und der bestehenden Bürgerrechte, auch die Forderung nach dem Austritt aus der EU sowie der „friedlichen Herstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“ propagiert. Weiter wird vor einer „Überfremdung Deutschlands“, „Asylmissbrauch“ und dem damit drohenden „Volkstod“ gewarnt. Umweltschutz wird als Ausdruck des Heimatschutzes zur „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes und [der] Förderung der Gesundheit“ verstanden.

Nachhaltige Politik versteht die Partei als Synthese von Geistes- und Naturwissenschaften. Aus der wissenschaftlichen Erkenntnis sollen demnach weltanschauliche Schlüsse gezogen werden, die wiederum das politische Handeln bestimmen. Hierbei werden folgende Gleichungen aufgestellt: der Situationsanalyse folgt die Reflexion und daraus schließlich eine Lösungsalternative. Die Wissenschaft mündet in der Weltanschauung und hat direkten Einfluss auf die ausgeübte Politik, denn „[u]nsere Weltanschauung ist eine Synthese aus dem derzeitigen Stand der Geistes- und Naturwissenschaften, anders als die herrschenden Ideologien, die ihre Grundannahmen aus der christlichen Religion oder den Philosophen des 17. und 18. Jahrhunderts übernehmen. Häufig begegnen uns antirationale Argumente, die die Wissenschaft angreifen, da diese Argumente gegen ihre ideologischen Glaubenssätze liefern.“⁸

Der derzeitige Stand der „Wissenschaft“, auf den sich *Der Dritte Weg* beruft, ist selektiv, ideologisch und anti-modernistisch. Vor allem der Forscher Irenäus Eibl-Eibesfeldt wird häufig in den Schriften zitiert.⁹

Der Dritte Weg diskreditiert damit den gängigen Wissenschaftsstand und legitimiert die eigene Ideologie als scheinbares Ergebnis von Fakten.

⁷ <https://der-dritte-weg.info/zehn-punkte-programm/>, abgerufen am 27.10.2020.

⁸ <https://der-dritte-weg.info/2018/09/aktionswoche-fuer-ein-heimatverbundenes-werder-4/>, abgerufen am 27.10.2020.

⁹ Eibl-Eibesfeldt (1928-2018) war ein österreichischer Verhaltensforscher und Begründer der Humanethologie. Er wird vor allem dafür kritisiert, Erkenntnisse aus der Verhaltensforschung an Tieren auch auf den Menschen zu übertragen sowie bezüglich seiner Ansichten zu Identität und Ethnien: Eibl-Eibesfeldt ging davon aus, dass es eine angeborene „Fremdenscheu“ gebe und plädierte daher für eine begrenzte Zuwanderung.

Naturschutz

Einer der Kernaspekte der Ideologie ist die tiefe Verbundenheit mit der Heimat. Für die Partei stellt die Verwurzelung in der heimischen Natur die Basis für eine „auf den Gesetzen des Lebens beruhende[n] Weltanschauung“ und findet nach eigenen Angaben auch Ausdruck im dunklen Grün als Parteifarbe. Die innerhalb der extremen Rechten gern vertretene Parole „Umweltschutz ist Heimatschutz“ wird innerhalb des Parteiprogramms ausformuliert, denn: „Ohne eine umweltfreundliche Politik ist jedes Volk in seiner Substanz gefährdet.“¹⁰ Zur Durchsetzung dieser Politik sollen wirtschaftliche Interessen denen des Naturschutzes untergeordnet werden. Dabei bedient die Partei auch gesellschaftlich anschlussfähige Forderungen nach einer ökologisch verträglichen Landwirtschaft und der Nutzung alternativer Energien. Durch Rück- und Umbau sollen Ballungszentren mit mehr als 100.000 Einwohner*innen vermieden werden und es wird eine vermehrte Ansiedlung auf dem Land angestrebt, unter Sicherstellung des familiären Nutzens von Grund und Boden.

Damit soll eine im nationalsozialistischen Sinne „artgerechte“ Lebensweise von Mensch und Natur wiedererlangt werden, zur „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes“.

Der „Schutz des Volkes“ ist das Kernelement innerhalb der Ideologie des *Dritten Weges* und bildet die Grundlage für das aktivistische Handeln. Dazu zählt auch das Schüren von Angst vor dem vermeintlichen Volkstod.¹¹ So sind die Bemühungen um eine unberührte Natur nicht allein Ausdruck eines ökologischen Bewusstseins, sondern werden hier vielmehr innerhalb des völkischen Konzeptes von „Blut und Boden“¹² gedacht. Demnach ist gerade die heimische, mit dem Volk angeblich unmittelbar verbundene Natur ausschlaggebend

¹⁰ <https://der-dritte-weg.info/2019/01/ausfuehrungen-zum-punkt-7-umweltschutz-ist-heimatschutz-des-zehn-punkte-programms/>, abgerufen am 27.10.2020.

¹¹ Die Heraufbeschwörung eines angeblich nahenden und von geheimen Kräften geplanten „Volkstod“ wird innerhalb extrem rechter Diskurse in verschiedenster Ausprägung am Leben gehalten. Ausführlicher zu Volkstod u. a. Botsch, Gideon/Kopke, Christoph: „Umvolkung“ und „Volkstod“. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, Münster 2019.

¹² „Blut und Boden verband die Vorstellung eines Ideals wirklicher und vermeintlicher genetischer Eigenschaften bestimmter Bevölkerungsteile mit dem Ideal einer agrarisch dominierten ständischen Gesellschaft, nationaler und kultureller Identität und mit der Vorstellung über Geschichte verfügen zu können.“ Das Begriffspaar Blut-und-Boden fand erstmals 1918 Erwähnung in Oswald Spenglers Werk „Der Untergang des Abendlandes“ und wurde von Walther Darré 1930 in „Neuadel aus Blut und Boden“ aufgenommen und verfestigt. Vgl. Corni, Gustavo/Gries, Horst: „Blut und Boden“- Rassenideologie und Agrarpolitik im Staat Hitlers, Idstein 1994, S. 20.

für dessen Lebensart, Kultur, Gesellschaft und Entwicklung. Nur ausgehend von der „eigenen Scholle“ kann ein Volk sich seinem Wesen gemäß entfalten. Diese Vorstellungen schließen damit auch Menschen anderer Herkunft kategorisch aus. Konzepte, wie eine neuerliche Anbindung an die Natur und die Inbesitznahme von eigenem Land erreicht werden kann, gibt es innerhalb der extrem Rechten viele. Gemeinsam ist ihnen der Wunsch nach einer Erneuerung des „Volkskörpers“ durch das Leben fernab der Großstädte.

Auftreten

Der Dritte Weg verfügt über eine eigene Homepage und bedient verschiedene soziale Netzwerke, wie den Kurznachrichtendienst *Twitter*, das russische Pendant zu *Facebook* und bei Rechtsextremist*innen beliebte *VK* (1800 Abonnent*innen) und betreibt Kanäle bei *Telegram* (1510 Abonnent*innen), *WhatsApp* und *Threema*.

Der Internetauftritt ist bedeutend für die Partei. Sie will damit zu „eine[m] wichtigen Beitrag zur Willens- und Meinungsbildung unseres Volkes beitragen und sämtlichen Interessierten Einblicke in eine nationale Weltanschauung geben“¹³.

Das professionelle mediale Auftreten ist ein elementarer Teil der Selbstdarstellung der Partei.

Die veröffentlichten Inhalte dokumentieren meist eigene Aktionen von Parteiaktivist*innen. Es werden Bilder und Berichte von Flugblattaktionen, Demonstrationen, Kundgebungen und Infoständen verbreitet. Zahlreiche Beiträge widmen sich der Weltanschauung des *Dritten Weges*, in denen das antikapitalistische Weltbild der Partei ausformuliert oder die Bedeutung der Familie für das Volk beschrieben werden. Regelmäßig wird verstorbenen Personen gedacht, wie der preußischen Königin Luise oder einem finnischen Umweltschützer, der im Sinne der Partei mit kontroversen Ansichten zur Umwelt- und Bevölkerungspolitik Bekanntheit erlangte.

Es gibt auf der Homepage verschiedene Kategorien und eine eigene Mediathek, über die Videobeiträge und Podcasts veröffentlicht werden. Innerhalb der Nachrichten können zudem verschiedene Kolumnen aufgerufen werden. *Feder und Schwert* beschwört die autodidaktische Wissensvermittlung, unter Abhandlungen zu weltanschaulichen Themen. Die Kolumne *Wetterleuchten* ist die „Aktivistenkolumne“ des Neonazis Tony

¹³ <https://der-dritte-weg.info>, abgerufen am 27.10.2020.

Gentsch¹⁴, in der er auf seine „Erlebnisse und Erfahrungen“ zurückblickt. Für Frauen, ganz im Sinne der Bewegung, gibt es die *Weggefährtin*; eine regelmäßige Kolumne von „Frau zu Frau“, die das „Wirken und Sein“ der Frauen innerhalb der Partei darstellt.¹⁵

Darüber hinaus produziert *Der Dritte Weg* regelmäßig Videos und Podcasts. Im Podcast-Format *Revolution auf Sendung* wird beispielsweise Einblick in das „aktivistische politische Leben“ gegeben.

Die Homepage informiert über Termine, bietet die Möglichkeit eine Fördermitgliedschaft zu beantragen und Kontakt zur Partei aufzunehmen oder einen „Weltanschaulichen Wissenstest“ basierend auf der eigenen Ideologie zu absolvieren.

Zudem können über den *Materialvertrieb*, einen Online-Shop, Parteikleidung, vor allem aber Flug- und Faltblätter, Plakate und Aufkleber sowie Postkarten bestellt werden. Aber auch Jutebeutel und Handtücher mit ideologischen Bekenntnissen oder die Parteifahne sind dort zu finden.



Screenshot der Homepage des Materialversand des Dritten Weg

Bei öffentlichen Auftritten ist vor allem das einheitliche, fast schon militärische Erscheinungsbild der Aktivist*innen auffällig. Eingekleidet in die Par-

¹⁴ Auch Tony Gentsch war zuvor im *FNS* und weiteren neonazistischen Netzwerken organisiert und ist heute einer der führenden Köpfe des *Dritten Weges*. Gentsch sitzt seit 2019 für die Partei im Stadtrat von Plauen und im Kreisrat des Vogtlandkreises.

¹⁵ <https://der-dritte-weg.info/2018/04/die-weggefaehrtin-aktivistisch-und-heimattreu/>, abgerufen am 27.10.2020.

teifarben soll so auch nach außen hin eine Geschlossenheit symbolisiert werden. Bei Demonstrationen wird sehr stark darauf geachtet, ein korrektes, ordentliches Auftreten der Teilnehmenden zu gewährleisten. Die Aufmärsche werden gerne mit Trommeln und Fackeln begleitet. Diese Ausdrucksformen und Ästhetik lehnen sich bewusst an den Nationalsozialismus an.

In der öffentlichen Wahrnehmung gibt es nur wenig Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremen Parteien. Waren in den Anfangsjahren noch NPD-Aktivist*innen und Vertreter*innen ähnlicher Parteien auf Kundgebungen der Partei anwesend, nahmen diese sichtbaren Verbindungen in den letzten Jahren zunehmend ab. Vielmehr kam es vereinzelt zu konkurrierenden Veranstaltungen und die Schwäche der brandenburgischen NPD führte zu einer fast konkurrenzlosen Stellung des *Dritten Weges* im offen rechtsextremen Parteienspektrum. Dies verleiht der Partei eine Vormachtstellung sowie gewisse Deutungshoheit und vor allem Respekt innerhalb der rechtsextremen Szene.¹⁶

In Brandenburg

Auch in Brandenburg konnte sich *Der Dritte Weg* in den letzten sieben Jahren zunehmend etablieren. Nach Angaben des märkischen Verfassungsschutzes ist es der Partei zwar nicht gelungen, ihre Strukturen auszubauen, mit aktuell 40 Mitgliedern wuchs sie trotzdem leicht an¹⁷.

Brandenburg zählt mit seinen drei Stützpunkten zum Gebietsverband Mitte. Als erster Stützpunkt wurde Potsdam/Mittelmark am 18. April 2015 gegründet, im Dezember 2015 der Stützpunkt Uckermark und kurze Zeit später, im Januar 2016, der Stützpunkt Mitte.¹⁸

Zwischenzeitlich schien der Stützpunkt Potsdam/Mittelmark 2018 strukturelle Probleme gehabt zu haben, da er nicht mehr auf der Partei-Webseite aufgeführt wurde – mittlerweile zählt er dort wieder zum Gebietsverband Mitte. Gebietsleiter Mitte und stellvertretender Vorsitzender der Bundespartei ist Matthias Fischer. Der gebürtige Brandenburger lebt in der Uckermark und

¹⁶ Vgl. hierzu auch Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2018, Potsdam 2019, S. 69.

¹⁷ (2018: 530, 2017: 500). Es gelang der Partei auch 2018 nicht, ihre Strukturen auszubauen. Sie verfügt derzeit über drei Gebietsverbände (Mitte, Süd und West) und über 19 regionale Stützpunkte. Die Mehrzahl der Stützpunkte befindet sich im Einzugsbereich des Gebietsverbands Mitte. Der Stützpunkt Vogtland verfügt in Plauen (Sachsen) über ein eigenes Bürgerbüro, von dem regelmäßig öffentlichkeitswirksame Aktivitäten ausgehen. Vgl. hierzu u. a. ebenda ab S. 67.

¹⁸ <https://brandenburg.nsu-watch.info/dossier-der-iii-weg/>, abgerufen am 27.10.2020.

gilt als geschulter und langjähriger Kader. Fischer ist seit über 20 Jahren in der Szene aktiv und wirkte einen Großteil seines Szenelebens in Bayern. Nach seiner Rückkehr nach Brandenburg im Jahr 2014, war er maßgeblich am Aufbau der Strukturen in seiner alten und neuen Heimat beteiligt.

Jahrelang eine der wichtigsten Führungsfiguren innerhalb der Parteistrukturen, hat sich Maik Eminger¹⁹ nach eigenen Angaben aus der aktiven politischen Arbeit zurückgezogen. Bereits in seiner Heimat Sachsen war er gemeinsam mit seinem Bruder André Eminger in der organisierten Neonazi-Szene aktiv. André Eminger wurde 2018 wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im NSU-Prozess verurteilt. Der *Nationalsozialistische Untergrund (NSU)* ermordete von 2000 bis 2007 zehn Menschen aus neonazistischen Motiven. André Eminger war ein enger Vertrauter des Terror-Netzwerks. Festgenommen wurde er durch Spezialeinheiten auf dem kleinen Gehöft seines Bruders Maik in Brandenburg.

Ganz scheint sich Maik Eminger jedoch nicht zurückgezogen zu haben. Im weiteren Umfeld der sogenannten „Hygiene-Proteste“ im Zuge der Corona-Pandemie, besuchte er mindestens eine Kundgebung in Berlin.²⁰

Der Zossener Robin Liebers ist Beisitzer des Landesverbandes Mitte und war in der Vergangenheit u. a. Landeskoordinator der *Jungen Nationalisten*, der Jugendorganisation der *NPD*.

Das Personal des *Dritten Weges* in Brandenburg besteht aus überzeugten und zum Teil schon jahrelang aktiven Neonazis, die ihre Szene-Erfahrungen und Kontakte für den Ausbau der Parteistrukturen nutzen. Ihnen gelang es,

¹⁹ Auch vor der Gründung des *Dritten Weges* nahm Eminger innerhalb der organisierten Neonaziszene verschiedene Positionen ein und war eine wichtige Kaderfigur. Vgl. hierzu Baumgärtner, Maik: Weiße Bruderschaft – Die Netzwerke des Neonazi-Kaders Maik Eminger. In: Kleffner, Heike/Spangenberg, Anna (Hrsg.): Generation Hoyerswerda – Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, Berlin 2016, S. 139-147.

²⁰ <https://www.flickr.com/photos/paulhanewacker/albums/72157716324468316/>, abgerufen am 27.10.2020.

Auch Matthias Fischer war auf mindestens einer Demonstration vor Ort und verteilte dort auch Propagandamaterial des *Dritten Weges*. Die von Beginn an bestehende Einbindung extrem rechter Akteure und Gruppierungen in die in ganz Deutschland stattfindenden Proteste gegen Maßnahmen der Bundesregierung in Reaktion auf die Corona-Pandemie ist an vielen Stellen ausführlich beschrieben worden. Vgl. hierzu z. B. Betschka, Julius (2020): So will die extreme Rechte die Corona-Proteste unterwandern, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/querdenker-demonstration-in-berlin-so-will-die-extreme-rechten-corona-protest-unterwandern/26123250.html>, sowie recherche030.info (2020): Die sogenannten Hygienesdemos und ihre Akteure in Berlin, <https://antifa-berlin.info/recherche/1697-die-sogenannten-hygienesdemos-und-ihre-akteure-in-berlin>, abgerufen am 28.10.2020.



Aufmarsch des Dritten Weg in Templin, Juli 2017

andere regionale Aktivisten der rechtsextremen Szene und auch bisher eher organisationsferne Neumitglieder einzubinden.

Im Bericht auf der Homepage zum letzten Treffen im Jahr 2019, dem „Jahresabschluss“, konstatieren die Brandenburger Mitglieder selbstbewusst: „Auch im Jahr 2019 setzte sich ein weiterer Mitgliederzuwachs in den Stützpunkten fort.“ [sic]²¹

Politischer Kampf

Die Aktivitäten der Brandenburger Stützpunkte Potsdam/Mittelmark und Uckermark reihen sich in die Agenda der Partei ein. Neben öffentlichen Auftritten mit Kundgebungen, Mahnwachen und Teilnahme an Demonstrationen, werden auch andere Propaganda-Aktionen wie Flugblatt-Verteilungen und Info-Stände durchgeführt und auf der Homepage ausführlich protokolliert.

²¹ <https://der-dritte-weg.info/2019/12/jahresabschluss-der-berlin-brandenburger/>, abgerufen am 27.10.2020.

Im Februar 2016 fand eine Demonstration mit dem Titel „Stoppt den Asylwahn“ in Frankfurt (Oder) statt²². Unter ähnlichen Überschriften organisierte der Stützpunkt Potsdam/Mittelmark im April 2016 Kundgebungen in Brück und Beelitz²³. Bei politischen Aktionen war das Thema Asyl das bestimmende Thema. Zwar gab es 2017 keine eigenen Demonstrationen des *Dritten Weges* in Brandenburg, doch Flugblattaktionen zur vermeintlichen „Bedrohung des Deutschen Volkes“ setzten sie trotzdem fort.

Auch 2018 lag das Augenmerk der Partei auf diesem Themenkomplex. In Cottbus verteilten sie Flugblätter gegen den vermeintlichen „Ausländerterror“²⁴ in der Stadt, in der Landeshauptstadt Potsdam wollten sie auf angeblich ansteigende Straftaten hinweisen²⁵ und versuchten Ängste gegenüber Geflüchteten zu schüren, denn es würden „immer mehr“²⁶. Die Europawahl im Jahr 2019 wird lediglich im Wahlkampfauftakt thematisiert. Die Stützpunkte Berlin und Brandenburg koordinierten die Plakatierung und Flyer-Verteilungen gemeinsam.²⁷ Die mangelnden Aktivitäten zur Europawahl verdeutlichen, dass keine parlamentarische Mitwirkung angestrebt, sondern die Organisationsform einer Partei vielmehr als Instrument genutzt wird.

Insbesondere lokale Ereignisse werden instrumentalisiert. Etwa werden sexuelle Übergriffe ethnisiert, um auf die heraufbeschworene drohende Gefahr durch Einwanderer*innen hinzuweisen²⁸ und mit der Verteilung von CS-Gas zur Selbstverteidigung an junge Frauen und Mütter das „Volk“ zu schützen.

Ein Einbruch in Angermünde dient der Hetze gegen Sinti und Roma, die als „Angehörige einer mobilen ethnischen Minderheit im Grenzgebiet“²⁹ diffamiert und rassistisch markiert werden.

²² <https://der-dritte-weg.info/2016/02/stoppt-den-asylwahn-demonstration-in-frankfurt-oder/>, abgerufen am 27.10.2020.

²³ <https://der-dritte-weg.info/2016/04/doppelkundgebung-in-potsdam-mittelmark/>, abgerufen am 27.10.2020.

²⁴ <https://der-dritte-weg.info/2018/01/auslaenderterror-in-cottbus/>, abgerufen am 27.10.2020.

²⁵ <https://der-dritte-weg.info/2018/04/die-straftaten-reissen-nicht-ab/>, abgerufen am 27.10.2020.

²⁶ <https://der-dritte-weg.info/2018/01/in-potsdam-werden-es-immer-mehr/>, abgerufen am 27.10.2020.

²⁷ Die Plakat-Motive des *Dritten Weges* zur Europawahl 2019 waren mit hetzerischen und diffamierenden Inhalten aufgefallen. Die Stadt Teltow und die Gemeinde Nuthetal erstatteten Anzeige wegen Volksverhetzung, jedoch habe eine Prüfung der zuständigen Staatsanwaltschaft festgestellt, „dass keine strafrechtliche Relevanz gegeben ist.“ Vgl. Kobel-Höller, Konstanze/Steglich, Jens (2019): Kommunen zeigen Neonazipartei an, <https://www.maz-online.de/Lokales/Potsdam-Mittelmark/Nuthetal/Teltow-und-Nuthetal-zeigen-Neonazi-Partei-an>, abgerufen am 28.10.2020.

²⁸ <https://der-dritte-weg.info/2019/09/wieder-ein-sexualdelikt-mehr-in-unserer-region/>, abgerufen am 27.10.2020.

²⁹ <https://der-dritte-weg.info/2019/09/einbrecher-in-angermuende/>, abgerufen am 27.10.2020.

Die Themen Flucht und Asyl nahmen in der Vergangenheit einen maßgeblichen Schwerpunkt in der öffentlichen Parteiarbeit ein und sind geprägt von Hetze und Herabwürdigung von Schutzsuchenden. Es wird bewusst versucht, durch die Instrumentalisierung von einzelnen Straftaten ein Bedrohungsszenario heraufzubeschwören und ein rassistisches Menschenbild zu etablieren. Zudem werden gezielt rassistische Stereotype bedient und bewusst in den Kontext von Asylpolitik gestellt.

Zahlreiche andere öffentliche Aktivitäten auch zu anderen Themen und Aktionstage gegen Kapitalismus und „Homopropaganda“³⁰ wurden durchgeführt.

Neben einem Informationsstand in Berlin sind dazu in Brandenburg unter anderem in Werder, Angermünde und Zeestow Flugblätter verteilt worden. *Der Dritte Weg* sieht in der „Ehe für Alle“ die „Schwulenlobby“ am Werk und sorgt sich um „verwirrte Kinder und Jugendliche, die mit einem krankhaften Geschlechterbild aufwachsen“. Der eigenen homophoben und heteronormativen Logik folgend, sieht die Partei darin eine „Entwertung der Familie und Degradierung derselben unter d[er] Masse von beliebigen Beziehungskonstellationen“.

Auch hier dient der Bezug zum vermeintlich drohenden Volkstod der Legitimation von menschenfeindlichen und diskriminierenden Ansichten: Sexuelle Selbstbestimmung und Homosexualität werden pathologisiert und dämonisiert und in Verbindung mit Pädophilie gebracht. Innerhalb der eigenen Strukturen steht die Abkürzung LGBTI³¹ für alle „krankheitsbedingten Sexual- und Identitätsstörungen“³². Gemeint sind damit alle Lebensformen, die nicht in das vom *Dritten Weg* vertretene Leitbild einer Familie aus Vater, Mutter und Kindern passen.

Die Brandenburger Aktivist*innen wirken an bundesweit organisierten Parteiaktionen mit und sind auch international vernetzt. Vielfältig durch eigene Berichterstattung dokumentiert, haben Parteimitglieder an verschiedenen Veranstaltungen im europäischen Ausland teilgenommen, unter anderem an der Jahresauftaktveranstaltung der neonazistischen Partei *Chrysi Avgi*³³ in der grie-

³⁰ <https://der-dritte-weg.info/2017/08/aktionstag-in-mitte-gegen-homopropaganda/>, abgerufen am 27.10.2020.

³¹ Die Abkürzung LGBTI stammt aus dem englischen Sprachraum und steht für Lesbians, Gays, Bisexuals, Trans, Intersex. Zur Begrifflichkeit vgl. u.a. <https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/geschlechtliche-vielfalt-trans/245426/lsbtiq-lexikon?p=38>, abgerufen 31.10.2020.

³² <https://der-dritte-weg.info/2020/07/deutsche-eu-ratspraesidentschaft-foerderung-von-homosexuellen-und-gender-ideologie-werden-chefsache/>, abgerufen am 27.10.2020.

³³ Die griechische Partei Chris Avgi (dt. Goldene Morgenröte), besteht seit 1993 und war von 2012 bis 2019 im griechischen Parlament vertreten. Die Partei tritt äußerst militant



Kundgebung des Dritten Weg in Luckenwalde, Juli 2017

chischen Metropole Athen oder dem *Marsch der Nation*³⁴ in Kiew. Gegenbesuche ausländischer Aktivist*innen in Brandenburg unter anderem aus der Ukraine oder Ungarn lassen sich in den Berichten ebenso nachverfolgen.³⁵

Kampf um die Gemeinschaft

Regionale Aktionen wurden zumeist innerhalb der eigenen Landkreise durchgeführt und anschließend auf den medialen Kanälen dokumentiert. So kam es 2019 unter anderem in Meyenburg im Landkreis Prignitz zu Reinigungsaktionen³⁶, bei denen in der Natur herumliegender Müll eingesammelt wurde. Unter dem Motto „Angermünde muss sauber werden“ wurden in der Klein-

mit gewaltbereiten Mitgliedern auf und ist international gut vernetzt. Nach fünfjährigem Prozess wurde der langjährige Vorsitzende der Partei im Oktober 2020 wegen der Führung einer kriminellen Vereinigung verurteilt.

³⁴ Der sogenannte *Marsch der Nation* wird auch in Gedenken an die Gründung der umstrittenen *Ukrainischen Aufständigen Armee (UPA)* abgehalten. Verschiedene rechtsextreme Parteien hatten zu landesweiten Aufmärschen aufgerufen, auch zahlreiche Neonazis aus Deutschland nahmen teil.

³⁵ <https://der-dritte-weg.info/2017/07/sonnenwendfeier-in-brandenburg/>, abgerufen am 27.10.2020.

³⁶ <https://der-dritte-weg.info/2019/05/der-iii-weg-macht-sauber/>, abgerufen am 27.10.2020.

stadt „Überbleibsel einer völlig degenerierten und auf Natur und Mensch gesehen, rücksichtslosen Konsumgesellschaft“ entsorgt.³⁷

Die innerhalb der Stützpunkte organisierten Aktivitäten für die Parteimitglieder finden häufig in der Natur statt. Es werden gemeinsame Wanderungen veranstaltet, um „in einer starken Gemeinschaft einen schönen Tag in unserer einzigartigen Natur zu erleben und die Heimat zu erkunden“³⁸. Dabei werden symbolträchtige Orte besucht – wie Carinhall, das ehemalige Anwesen von Hermann Göring – die zumeist ein historisch-regionalen Bezug haben.³⁹

Den Forderungen nach Umweltschutz und dem Einsatz für die heimische Natur liegt nicht allein der Schutz der märkischen Wiesen und Wälder vor Verunreinigung durch Abfall zugrunde, sie sind vielmehr eng verknüpft mit dem völkischen Konzept von „Blut und Boden“.

Der Anti-Kapitalismus und die völkische Ideologie drücken sich auch in Aktionen wie der „Deutsche Winterhilfe“ aus, in der „Solidarität für Volksgegnossen“ gefordert und sich für „in Not geratene Deutsche“ einsetzt wird. Verbunden sind diese Inszenierungen mit dem Hinweis, dass allgemein „lieber für kultur- und volksfremde Menschen Sachspenden“ gesammelt würden.⁴⁰ Ähnlichen Ansinnen folgen die Ende 2019 begonnenen Kleiderspenden im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Hilfe für Deutsche – vom ich zum WIR“, bei denen auch in Schwedt und Angermünde an aufgestellten Ständen Kleidung eingesammelt und ausgegeben wurde. Diese Aktion erfreute sich nach eigenen Angaben großer Anerkennung.⁴¹

Komplettiert wird die aufgebaute Rolle der sich kümmernden Aktivisten durch den Einsatz für Tiere. So finden seit Jahren Aktionen unter dem Motto

³⁷ <https://der-dritte-weg.info/2019/07/angermuende-muss-sauber-werden/>, abgerufen am 27.10.2020.

³⁸ Vgl. u. a. <https://der-dritte-weg.info/2017/10/wandertag-in-brandenburg/> oder <https://der-dritte-weg.info/2019/07/wandern-in-der-schorfheide/> oder <https://der-dritte-weg.info/2018/04/fruehlingswanderung-im-schnee-durch-schorfheide/>, abgerufen am 27.10.2020.

³⁹ Das in der brandenburgischen Schorfheide gelegene Anwesen wurde ab 1933 von Hermann Göring in Andenken an seine 1931 verstorbenen Frau Carin erbaut. Neben der Nutzung zu repräsentativen Zwecken fanden dort auch zahlreiche geraubte Kunstwerke ihren Ausstellungsort.

Der Besuch von Aktivist*innen des *Dritten Wegs* markiert ein weiteres Mal die ungebrochene Verehrung für den Nationalsozialismus und seine Akteur*innen.

⁴⁰ Vgl. u. a. <https://der-dritte-weg.info/2016/02/winterhilfe-in-brandenburg-a-d-havel/> oder <https://der-dritte-weg.info/2016/03/deutsche-winterhilfe-in-werder-havel-2/>, abgerufen am 27.10.2020.

⁴¹ Vgl. hierzu <https://der-dritte-weg.info/2020/01/kostenlose-kleiderausgabe-und-sammlung-in-schwedt/> und <https://der-dritte-weg.info/2019/12/hilfe-fuer-deutsche-vom-ich-zum-wir-kampagne-setzt-in-angermuende-ein-weiteres-zeichen/>, abgerufen am 27.10.2020.

„Tierfutter statt Böller“ statt, bei denen rund um den Jahreswechsel Futterspenden in ehrenamtlich betriebenen Tierheimen abgegeben werden.

Der Dritte Weg inszeniert sich als Helfer und Wohltäter, stets innerhalb der eigenen, völkisch gedachten Grenzen und immer in Abgrenzung und Abwertung des als Gegner markierten Gegenübers.

Das Engagement gibt sich zwar den Anstrich einer gesellschaftsstützenden und um das Gemeinwohl besorgten Gemeinschaft, doch stets mit rassistischen und hetzerischen Tönen. Die Eingrenzung, die Spenden lediglich an Deutsche zu verteilen, um wieder eine Gemeinschaft „vom ich zum Wir“ zu erreichen, beschwört auch an dieser Stelle das Konzept des durch Einwanderung bedrohten Volkes herauf.

Kultureller Kampf

Im Parteileben haben Brauchtum und gemeinsame Wandertage einen festen Platz. Feste des germanischen Jahreslaufs, wie Sommersonnen- und Wintersonnenwende sowie Julfeste, werden als interne Zusammenkünfte ausgerichtet. So trafen sich die Stützpunkte Potsdam/Mittelmark, Uckermark und Berlin im Juni 2017 im südlichen Brandenburg, um gemeinsam mit aus dem Ausland angereisten Gästen das für „Volkstreue wichtige Fest“ der Sonnenwendfeier zu begehen. Bei den verschiedenen Einzel- und Gruppenaktivitäten werden „heitere Momente in einer starken Gemeinschaft“ erlebt, die am Abend durch eine mit Trommelschlägen begleitete Zeremonie am Lagerfeuer beendet wurden; als „Bekenntnis zur Heimat und Natur aus der wir entspringen“. Auch die gemeinsame Julfeier⁴² nimmt einen festen Termin im Parteikalender ein. Der Stützpunkt Potsdam/Mittelmark nimmt den Bericht über die Feier zum Anlass, eine längere Abhandlung zur Bedeutung des Festes auf der Homepage zu veröffentlichen und die „Problematik des Identitätsverlustes und de[n] Abriss der Tradition“ zu beklagen.

Um dem entgegenzuwirken, wird viel Wert auf die Durchführung von vermeintlich überlieferten germanischen Ritualen gelegt und stets die Gemeinschaft der Familie als innerste politische Einheit beschworen. Die Einbindung

⁴² Das Julfest wird traditionell in nordeuropäischen Ländern zwischen der Wintersonnenwende im Dezember und Anfang Februar gefeiert. Zur Zeit des Nationalsozialismus sollte es zudem als Äquivalent für Weihnachten fungieren und hier als ein „arteigenes Brauchtum“ das christliche Fest ersetzen. In dieser Tradition werden innerhalb der extrem rechten Szene Feiern mit vermeintlich ursprünglicher germanischer Kontinuität begangen.

und Teilnahme von Kindern der Aktivist*innen nimmt dabei einen hohen Stellenwert ein. Die Heranwachsenden sollen so von Anfang an in der Gemeinschaft aufgenommen und innerhalb der eigenen Werte erzogen werden. Es wird gewissermaßen eine ideologische Parallelwelt erschaffen.⁴³ Damit wachsen die Kinder und Jugendlichen zunehmend isoliert auf und werden gezielt auf ein Leben in Opposition zur demokratischen Gesellschaft vorbereitet.

Ein weiterer Part innerhalb der Event-Kultur des *Dritten Weges* ist das sogenannte „Heldengedenken“. Neben der Pflege von Kriegsgräberstätten am Volkstrauertag werden anlässlich des „traditionellen Heldengedenktages“ am 16. März Kriegsdenkmäler aufgesucht, um „[...]danke zu sagen an jene, die ihren Leib und ihr Leben für den Weiterbestand unseres Volkes heldenhaft einzusetzen bereit waren, aber Heldengedenken heißt vor allem auch, die Opferkraft unserer Ahnen in das Hier der Jetztzeit zu transformieren.“⁴⁴ Die Tradition dieses Datums liegt im Dritten Reich. Adolf Hitler hatte diesen Tag 1939 per Erlass als Feiertag festgelegt.⁴⁵

Dieser nationalsozialistischen Tradition folgt der revisionistische Umgang mit der Befreiung Deutschlands. 2017 gedachten Mitglieder des *Dritten Weges* den Opfern der Bombardierung Potsdams und am 8. Mai desselben Jahres klagten sie über die „Lüge der Befreiung“.⁴⁶

Der Blick zurück – für die eigene Politik von heute – erfolgt auch durch Zeitzeugenvorträge. So lauschten die Parteianhänger*innen im Juni 2016 dem Vortrag eines 89-jährigen Flakhelfers unter dem Motto: „Seinem Volk und seinem Vaterland treu bis in den Tod“.⁴⁷ Im Oktober 2019 referierte ein 91-jähriger vor über 100 Zuhörer*innen über seinen Einsatz als 16-jähriger an der Front im Zweiten Weltkrieg. In den Kommentaren zum auf der Homepage veröffentlichten Bericht heißt es: „Interessant wäre es, auch mal ein ehe-

⁴³ Das Engagement im Kinder- und Jugendbereich wird in anderen Bundesländern noch stärker in den Fokus der Parteiarbeit genommen. So bietet *Der Dritte Weg* in Plauen unter anderem Hausaufgabenhilfe an, nimmt in Erfurt am „Deutschen Sportabzeichen“ teil oder führt im Vogtland Selbstverteidigungskurse gezielt für Minderjährige durch. Vgl. hierzu u.a. Hartl, Johannes (2018): Braune Erziehung durch den „III. Weg“, <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/braune-erziehung-durch-den-iii-weg>, abgerufen am 28.10.2020.

⁴⁴ <https://der-dritte-weg.info/2016/11/krieg-wofuer-und-wogegen/> oder <https://der-dritte-weg.info/2019/11/heldengedenken-in-der-uckermark-6/>, abgerufen am 27.10.2020.

⁴⁵ Vgl. <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=dra&datum=1939&page=553&size=77>, abgerufen am 27.10.2020.

⁴⁶ <https://der-dritte-weg.info/2020/05/wir-vergessen-nicht/>, abgerufen am 27.10.2020.

⁴⁷ <https://der-dritte-weg.info/2018/05/zeitgeschichtlicher-vortrag-in-brandenburg/>, abgerufen am 27.10.2020.

maliges BDM Mitglied einzuladen.“⁴⁸ Die hier vertretenen Wertungen und Verklärungen von Kriegsschuld und Heldentum sind sinnbildlich für die geschichtsrevisionistische Betrachtung der deutschen Vergangenheit innerhalb der Partei.

Regionale Bezugnahmen

Neben der Teilnahme an bundesweit durchgeführten Aktionen gab es auch zahlreiche regionale Aktivitäten und Kampagnen. So werden die ideologisch gesetzten Themen lokal aufbereitet und mit aktuellen Ereignissen in der Region verknüpft. Auch einzelne Orte bekamen in der Vergangenheit eine gesteigerte Aufmerksamkeit durch den *Dritten Weg*. Beispielsweise stand Werder an der Havel im Landkreis Potsdam/Mittelmark mehrfach im Fokus der Aktivist*innen. Die im Jahr 2019 in der Havelstadt geplante „Aktionswoche für ein weltoffenes Werder“ gab Anlass für einen ausführlichen Artikel. Mit dem Vorwurf, dass man „die Augen verschließt“ vor den „tatsächlichen Problemen dieses Landes“, wird ganz konkret Bezug genommen auf das Programm der Aktionswoche. So wird auch moniert, dass „die Ursachenforschung und der Dialog über Diskriminierung, Rassismus und Hass [...] im Programm nicht zu finden“ und beim geplanten Bürgerdialog auch die *Alternative für Deutschland (AfD)* nicht vertreten sei. Unter Hass, Diskriminierung und Rassismus will der *Der Dritte Weg* jedoch selbstverständlich nicht die eigene Weltanschauung verstanden wissen. Vielmehr werden unter diesen Schlagworten ethnisierte „sexuelle Massenbelästigungen“ und „Mobbing an Schulen durch ethnische und kulturelle Unterschiede“ beschrieben.

Als Reaktion ruft der *Dritte Weg* die „Aktionswoche für ein heimatverbundenes Werder“ aus. Jedoch wurden keine eigenen Aktionen durchgeführt. Vielmehr waren an verschiedenen Veranstaltungsorten der Aktionswoche Aktivist*innen des *Dritten Weges* zugegen, um „eine andere Sichtweise näher zu bringen.“⁴⁹

Besonders problematisch ist dabei die namentliche Erwähnung der Bürgermeisterin und des Pfarrers durch den *Dritten Weg*, die bewusst in den Fokus gesetzt werden und so zur Zielscheibe werden können. Dieses Beispiel zeigt exemplarisch, wie die Aktivist*innen des *Dritten Weges* versuchen, ihre Welt-

⁴⁸ <https://der-dritte-weg.info/2019/10/zeitzeugenvortrag-im-grossraum-berlin/>, abgerufen am 27.10.2020.

⁴⁹ <https://der-dritte-weg.info/2018/09/aktionswoche-fuer-ein-heimatverbundenes-werder-4/>, abgerufen am 27.10.2020.



Screenshot der Homepage des Dritten Weg

anschauung in ihrer unmittelbaren Lebenswelt zu verorten und auch konkret im persönlichen Nahraum zu wirken.

Auch andere Akteur*innen in Brandenburg, die sich gegen den Rechts- extremismus stellen, werden teilweise namentlich in Veröffentlichungen der Partei genannt und öffentlich diffamiert.⁵⁰

Auch am Beispiel der Thematisierung von Vorfällen in der Havelstadt Rathenow⁵¹ im Sommer 2018 wird sichtbar, wie lokale Konflikte dazu genutzt werden, die eigene Weltanschauung von der „biologischen Überfremdung invasiver Arten“ zu bestätigen und zu verstärken. Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen in der Stadt werden als Verteilungskämpfe „konkurrierender Ethnien“ beschrieben. So wird aus der aktuellen, sehr individuellen Problemlage in der Stadt ein Rückschluss auf die allgemeine Situation in Deutschland gezogen, in welcher die deutsche Identität durch „unkontrollierte Einwanderung“ und negativer Bevölkerungsbilanz bedroht sei. Dabei geht es der Partei allerdings nie um humanistische Lösungen von bestehenden Konflikten. Vielmehr dienen diese als Projektionsfläche und Bestätigung für die eigene Weltanschauung.

⁵⁰ <https://der-dritte-weg.info/2018/09/angermuende-hat-ein-aufkleberproblem-sonst-nichts/>, abgerufen am 31.10.2020.

⁵¹ <https://der-dritte-weg.info/2018/05/das-havelland-und-die-konkurrierenden-ethnien/>, abgerufen am 27.10.2020.

Fazit

In Brandenburg verfügt *Der Dritte Weg* zwar lediglich über drei Stützpunkte mit etwa 40 Mitgliedern, doch seit 2016 hat die Partei ihre Strukturen weiter ausbauen und festigen können. Gerade die Berichte über die parteiinternen Zusammenkünfte verdeutlichen, dass sich die Gruppe als eine feste Gemeinschaft versteht, in der die Parteiarbeit ideologiekonform eine Verflechtung von gemeinsamen Freizeitaktivitäten und der aktivistischen Durchsetzung des politischen Willens darstellt. Selbst die vielfältig dokumentierten Wanderungen werden nach außen und innen zu einer politischen Aktion stilisiert und sind keine bloßen Freizeitveranstaltungen.

Die Feste, die einem vermeintlich germanischen Jahreslauf folgen, werden bei den Mitgliedern der Partei nicht nur genutzt, um zusammen zu feiern. Sie dienen innerhalb der eigenen Ideologie als „Bekenntnis zur Heimat und Natur“ sowie zur Stärkung der Gemeinschaft und damit, der eigenen Logik folgend, zum „Erhalt des Volkes“. Die Sorge um den Fortbestand des „Deutschen Volkes“ ist der Kern aller durchgeführten Aktionen und reicht von pseudowissenschaftlichen Ausführungen auf der Homepage bis hin zum gemeinsam gefeierten Julfest. Ein Narrativ des Endkampfes wird in ein geschichtsrevisionistisches, zutiefst rassistisches und antisemitisches Weltbild eingebettet und in pathetischer Sprache ausformuliert.

Als einer der Kernelemente der Weltanschauung tritt zudem das Leben innerhalb der (ideologischen) Gemeinschaft hervor. Die parteiintern durchgeführten Feste, Wanderungen und Ausflüge sollen der Stärkung der Gemeinschaft dienen und laden damit auch den Freizeitbereich der Mitglieder politisch auf. Die innerhalb dieser Gemeinschaft aufwachsenden Kinder und Jugendlichen werden so bereits früh in die eigene, antidemokratische Weltanschauung eingeschworen und ein Ausbrechen aus diesen Strukturen erschwert.

Die eigene Parteiarbeit wird auf verschiedenen Kanälen selbstbewusst geteilt und beworben. Die professionelle Aufarbeitung der Inhalte dient auch zur Selbstlegitimierung als Partei. Denn obwohl die veröffentlichten Beiträge zwar vornehmlich intern gelesen, geteilt und kommentiert werden, so erschaffen und vitalisieren sie doch innerhalb der Gruppe das Narrativ eines nach scheinbar wissenschaftlichen Kriterien geführten politischen Kampfes, dessen Basis die Gemeinschaft ist. Auch hier ist die Wirkung der Inhalte weniger an Personen außerhalb der Partei und eventuelle neue Mitglieder gerichtet, sondern zielt vielmehr auf die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und das Ergötzen an der eigenen politischen Aktivität. Der pathetische Sprachduktus unterstreicht die rückwärtsgewandten Einstellungen, zieht sprachliche Parallelen zur Ästhetik des Nationalsozialismus und konstruiert den von den Mitgliedern als wahrhaf-

tig empfundenen Kulturkampf auch sprachlich. Die Mitglieder sehen sich selbst als Hüter*innen der öffentlichen Ordnung, da der Staat sein Volk angeblich nicht schützt, sondern im Gegenteil noch Gefahren aussetzt. *Der Dritte Weg* versteht sich als Bewahrer einer genuin deutschen Identität, die auch mit Gewalt verteidigt werden muss. Dies wird auch 2018 in der Einrichtung von „nationalen Streifen“ in mehreren Gemeinden Brandenburgs deutlich, durch die weiße deutsche Bürger*innen dort geschützt werden sollen, wo es nach Meinung des *Dritten Weges* Gefahrenpotentiale gibt und der Staat nicht agiert.⁵²

Mit teilweise sehr konkreten regionalen Bezugnahmen soll zudem eine Anbindung an die direkte Lebenswelt der Parteimitglieder erreicht werden. Für die betroffenen Orte und aktiven Personen aus der Zivilgesellschaft können sie jedoch eine konkrete Gefahr darstellen. Gerade wenn man davon ausgeht, dass die genannten Gruppen und Personen oftmals im direkten Lebensumfeld der Parteiaktivist*innen agieren. So bekommen manche Orte mehr Aufmerksamkeit als andere. Unter anderen in Angermünde und Werder wurden wiederholt Aktionen durchgeführt und Personen des kommunalen öffentlichen Lebens diffamiert. Es ist anzunehmen, dass sich die Aktionen und die Bezugnahme auf regionale Begebenheiten auf die Orte konzentrieren, welche auch für Mitglieder Bedeutung als Wohn- oder Arbeitsort haben, oder es ähnliche direkte Bezugspunkte gibt. In Brandenburg leben zudem Aktivist*innen der Partei, welche auf Bundesebene wichtige Positionen einnehmen. Beispielsweise tritt Matthias Fischer auch außerhalb von Brandenburg prominent in der Partei auf.

Der Dritte Weg ist in Brandenburg eine gefestigte Struktur, die sich in den vergangenen vier Jahren stabilisiert hat. Durch ihre bundesweite Vernetzung und Kontakte zu rechtsextremen Organisationen im Ausland, nehmen die Brandenburger Mitglieder eine feste Rolle innerhalb der eigenen Parteistruktur, der Szene in Deutschland und auch in internationalen Netzwerken ein. Dennoch ist es der Partei in Brandenburg bisher nicht gelungen, Veranstaltungen von bedeutender Reichweite durchzuführen. Die großen und öffentlichkeitswirksamen Auftritte fanden bisher immer in anderen Bundesländern statt.

Eine Schwächung der Strukturen in Brandenburg ist in den nächsten Jahren vermutlich nicht zu erwarten.

⁵² Aktivist*innen des *Dritten Weg* führten diese „Streifgänge im Stadtgebiet“ u. a. in Angermünde und Schwedt mehrfach durch. Vgl. hierzu exemplarisch <https://der-dritte-weg.info/2019/08/nationale-streife-in-schwedt/> oder <https://der-dritte-weg.info/2019/08/nationale-streife-in-angermuende>, abgerufen am 31.10.2020. Es ist davon auszugehen, dass die Präsenz der Aktivist*innen, gerade für Menschen, welche innerhalb der Feindbild-Konstruktion des *Dritten Weges* als Bedrohung angesehen werden, eine potentielle Gefahr darstellt.

Mobile Beratung auf dem Drahtseil Vom Balanceakt, im Gemeinwesen demokratiefreundlich mit Demokratiefeinden umzugehen

Stellen wir uns eine Gemeinde irgendwo in Brandenburg vor. Jährlich findet dort ein Sommerfest statt, das in der Bevölkerung große Beliebtheit genießt. Es bietet die Möglichkeit für Zusammenkunft, Geselligkeit und Vergnügen, es gibt ein kleines Rahmenprogramm mit Musik, Spiel und Spaß, Politik spielt inhaltlich keinerlei Rolle. Die Organisation des Gemeindefestes wickelt in enger Abstimmung mit der Gemeindeverwaltung eine Veranstaltungsagentur ab.

Beim letzten Sommerfest wurde bekannt, dass eine Gruppe durch Pöbeleien und rechtsextreme Symbolik in Erscheinung getreten war. Besonders brisant: Dabei handelte es sich um Mitglieder einer jenen Mannschaften, die am Sommerfest im Rahmen eines Wettkampfes teilgenommen hatten. Von einzelnen Sportler*innen aus der Gruppe ist bekannt, dass sie der rechtsextremen Szene zugehören. Und da sich diese Mannschaft als ortsansässiger Sportverein erneut für das kommende Gemeindefest angemeldet hat, besteht bei der Organisationsrunde nun akuter Beratungsbedarf.

Wie geht die Bürgerschaft damit um, wenn Rechtsextreme ein unpolitisches Gemeindefest mit ihrer bloßen Teilnahme niedrigschwellig, aber unweigerlich politisch aufladen und für ihre Zwecke missbrauchen? Ignorieren oder reagieren? Radikal rechten Bürger*innen Bürgerrechte absprechen oder sie als Teil der Stadtgesellschaft sehen, mit deren Ansichten man sich in einer Demokratie politisch auseinandersetzen muss? Oder haben offenkundige Feind*innen der Demokratie ihre demokratischen Grundrechte verwirkt? Darf man Sportler*innen von einem Wettbewerb ausschließen, weil sie eine bestimmte Meinung vertreten, so inakzeptabel man diese auch bewerten mag? Ist ein Ausschluss der Rechtsextremen, denen während der Gemeindeveranstaltungen bisher keine strafrechtlich relevanten Handlungen nachgewiesen werden konnten, gar die Reproduktion demokratiefeindlicher Fantasien? In diesem Artikel soll es um die Klärung dieser und ähnlicher Fragen gehen. Insbesondere jener, wie Mobile Beratung in einem solch ambivalenten Kontext, wo es offenbar an eindeutigen Antworten fehlt, aussehen kann.

PHASE 1: Genese des Problems

Zum Selbstverständnis gehört bei den Mitgliedern der Mobilen Beratungsteams des Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung – demos, dass sich diese nicht als politische Akteur*innen verstehen, sondern als Berater*innen. Das bedeutet in der Praxis, dass es immer eines Auftrages von Menschen vor Ort bedarf, um aktiv zu werden. Und aktiv werden bedeutet in diesem Zusammenhang nicht, dass ein eigenes Interesse verfolgt oder eine schablonenhafte Lösung präsentiert wird. Es bedeutet, den Auftraggeber*innen zuzuhören, auf ihre Ressourcen zu schauen, gemeinsam Möglichkeiten und Grenzen des Machbaren auszuloten sowie durch Nachfragen und Anmerkungen Impulse zu setzen, die das Potenzial haben, die Perspektive der Menschen zu erweitern. Damit wird der Ansatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ verfolgt. Hierbei kommt den Beratenden die Aufgabe zu, die Beratungsnehmenden mit dafür dienlichen Fragen zu einer möglichst selbstständigen und ganzheitlichen Beschreibung ihrer Situation und einer für sie passenden Problemlösung zu befähigen. Die Beratungsnehmenden werden dabei als Expert*innen für ihren Ort, die darin handelnden Personen und Zusammenhänge betrachtet. Diesem Verständnis von professioneller Beratungshaltung folgend, entstehen Beratungsprozesse mit dem MBT erst dann, wenn eine Problemlage innerhalb eines Gemeinwesens wahrgenommen wird und von Menschen vor Ort bearbeitet werden möchte. Eine hierbei nicht unbedeutende Einflussvariable ist oftmals die Intensität des Problemdrucks. Dieser kann in erheblichem Maße auch von externen Faktoren und Geschehnissen abhängen.

Denken wir uns zurück in unsere Gemeinde und spielen ein mögliches Szenario durch, das den Problemdruck von außen nachhaltig erhöht: Als das nächste Sommerfest langsam näher rückt, veröffentlicht der brandenburgische Verfassungsschutz eine Stellungnahme zu dem Verein. Demnach würden einschlägig bekannte und über die Kreis- und Landesgrenzen hinaus bestens vernetzte Rechtsextreme die Mitgliederliste prägen. Diese seien auch an der Gründung des Vereins maßgeblich beteiligt gewesen. Die Verfassungsschützer erklären den Verein als „eine gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtete Bestrebung“ zu ihrem Beobachtungsobjekt. Diese Einschätzung trifft die Gemeinde ins Mark. Es folgen landesweite Berichterstattungen. Plötzlich geht es um den Ruf und das Image der Gemeinde. Spätestens jetzt wird vielen Leuten vor Ort klar: Unabhängig davon, wer bei der Organisation des Sommerfestes rechtlich die Verantwortung trägt, im Endeffekt hat die bisherige Nichtbearbeitung des Themas schwerwiegende Folgen für die gesamte Gemeinde. Nun ist der

Problemdruck immens; jemand aus der Verwaltung greift zum Hörer und wählt die Nummer des Mobilen Beratungsteams.

PHASE 2: Die richtigen Leute an einen Tisch bringen

Die Person am Telefon lädt das MBT zu einer Beratungsrunde ein. In solchen Runden kommen oftmals sehr unterschiedliche Menschen zusammen und Sichtweisen zur Sprache. Die Aufträge an das Mobile Beratungsteam können dabei sehr unterschiedlich sein.

So zum Beispiel das Treffen bzw. die verschiedenen Positionen zu moderieren, Gesprächspartner zu sein oder einen Input aus der Rechtsextremismusforschung zu geben.

Gehen wir in unserem Fall einmal von vier Dingen aus: Erstens, das MBT nimmt die Funktionen des Gesprächspartners und Inputgebers ein. Zweitens, an der Runde nehmen das Gemeindeoberhaupt und die Verwaltung, die für das Sommerfest zuständige Veranstaltungsagentur sowie die für die Wettkampforganisation verantwortliche Person teil. Drittens, zwischen Gemeindeverwaltung und Veranstaltungsagentur gibt es Unklarheiten, wer für politisch aufgeladene Zwischenfälle auf dem Sommerfest zuständig ist. Viertens, eine Person in der Runde ist entschieden anderer Meinung als die übrigen Teilnehmer*innen.

Für diese Rolle wählen wir jene Figur aus, die für die Organisation des Wettkampfes zuständig ist. Nennen wir sie Meier-Schultze. Zu den Aufgaben von Meier-Schultze gehören die Ablaufplanung des Wettkampfes, die Entgegennahme der Anmeldungen und die fortlaufende Kommunikation mit den Mannschaften sowie die Betreuung selbiger während des Sommerfestes. Meier-Schultze setzt sich vehement für die Teilnahme der rechtsextrem geprägten Mannschaft ein. Ein politisches Motiv für die Teilnahme sei nicht erkennbar, es ginge den überaus sympathischen Jungs und Mädels nur um den sportlichen Wettkampf und überhaupt sei Sport und Politik doch genauso voneinander zu trennen, wie ein Sommerfest und Politik.

PHASE 3: Das Problem gemeinsam erfassen

Auf derartige Argumentationen ließe sich vielfältig reagieren. Etwa durch ein Offenlegen von rechtsextremen Unterwanderungs- und Normalisierungsstrategien. Grundlage solcher Ansätze sind die lokalen Verankerungen Rechtsextremer als private sowie politisch aktive Persönlichkeiten im Ge-

meinwesen. Die Strategie zielt darauf ab, Themen vor Ort aufzugreifen und zu besetzen. Oftmals wird dabei suggeriert, sich um die von „denen da oben“ unbeachteten Sorgen der (deutschen) Anwohner*innen zu kümmern.

Man könnte aber auch den Bezug von rechtsextremer Ideologie zum gemeinsamen sportlichen Wettkampf über Werte wie Gemeinschaftssinn, Stärke und Kampf zum Thema machen. Der Fokus könnte dabei auf die Anziehungskraft solcher (ideologischen) Angebote auf Jugendliche gelegt werden.



„Blut und Schweiß, aber bloß keine Tränen“: Männlichkeitsbilder im Teamsport bieten auch ideologische Bezugspunkte für Rechtsextreme.

Ein weiterer möglicher Ansatzpunkt wäre das Stellen der Frage, was denn politischer Raum sei, wenn nicht ein Zusammentreffen fast aller politischer Subjekte im Gemeinwesen. Können Versammlungen, Feste, Besuche von Sportveranstaltungen und Ähnliches überhaupt per se unpolitisch sein?

Diese Positionen werden das Weltbild einer Figur wie Meier-Schultze sicher nicht in den Grundfesten erschüttern, aber eventuell ein vorsichtiges Nachdenken über die für sie vielleicht ganz neuen Perspektiven bewirken.

Bei ihrer gemeinsamen Lageeinschätzung und Auslotung der Handlungsmöglichkeiten wird die Runde zu dem Schluss kommen müssen, dass man bei einem Ausschluss der Mannschaft rechtlich gesehen auf sehr dünnem Eis stehen dürfte. Denn Bürgerrechte gelten auch für (radikal) rechte Bürger*innen.

Hier geht es um weit mehr als um die Teilnahme oder Nicht-Teilnahme eines Sportvereins am Wettkampf des jährlichen Sommerfestes. Es geht um die Eckpfeiler des Zusammenlebens innerhalb der Gemeinde, um die Verteidigung demokratischer und universeller Grundwerte: In was für einer Gesellschaft möchte man vor Ort und in Deutschland leben? Wer darf dazugehören und wer nicht? Wie positioniert sich das Gemeinwesen zu demokratiefeindlichen Tendenzen und Personen sowie rechtsextremen Agitationsversuchen? Welchen Umgang wählt es mit Mitmenschen, die solchen Denkmustern folgen?

Letztendlich geht es um eine Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und den Gefahren, die von ihm ausgehen. So ist Gewaltbereitschaft zur Durchsetzung der von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit geprägten Ideologie für Rechtsextreme ein probates Mittel. Um Opfer rechtsextremer verbaler oder physischer Gewalt zu werden, können Herkunft, Aussehen, sexuelle Orientierungen, bestimmte Religionszugehörigkeiten oder soziale Stellungen, körperliche und geistige Gesundheitszustände oder Meinungen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen, schon ausreichen.

Die Art und Weise der Auseinandersetzung mit diesen schwierigen Themen beeinflusst in einem hohen Maße dann auch den Ruf und das Image der Gemeinde über die lokalen und regionalen Grenzen hinweg. Somit erübrigt sich auch die anfangs offene Zuständigkeitsfrage für politisch aufgeladene Konflikte während des Sommerfestes: Die Gemeindeverwaltung kann dieses Problem nicht auf die Veranstaltungsagentur auslagern. Eine Bearbeitung geht nur Hand in Hand. Es handelt sich hier also nicht um ein rechtliches, sondern um ein politisches Problem.

Dem dargestellten Diskurs folgend, könnte der kleinste gemeinsame Nenner der Beratungsrunde dieser sein: Bei unserem Sommerfest wird politische Agitation nicht geduldet! Politische Agitation kann aber auch mittels Zurschaustellung politisch aufgeladener Symbolik erfolgen. Daher könnte es eine Option sein, eine Festordnung mit klaren Regeln zu Kleidung und Auftreten aller Mannschaften zu verfassen. So wäre eine Teilnahme des rechtsextrem geprägten Sportvereins am Sommerfest lediglich nach den Spielregeln der Veranstaltenden möglich. Wenn es tatsächlich nur um den Wettkampf ginge, sollte es den Sportler*innen doch wohl möglich sein, diesen auch ohne jegliche Bezüge zur Ideologie des historischen Nationalsozialismus zu bestreiten! Eine weitere Überlegung könnte sein, das Gemeindefest unter ein Motto zu stellen, mit dem sich Rechtsextreme nicht gut identifizieren können und wollen. Meier-Schultze wird sich damit wohl nur schwer anfreunden können – und ist damit vielleicht auch nicht ganz alleine.

Hier lohnt sich immer ein Blick auf die möglichen Wirkungen von Handlungsoptionen: Ein Ausschluss der Mannschaft könnte auf Unverständnis bei anderen Teilnehmenden des Wettkampfs oder Gästen des Sommerfestes und für eine Solidarisierung mit den „Opfern“ einer solchen Entscheidung sorgen. Nach den öffentlichen Berichten durch Verfassungsschutz und Presse würde möglicherweise auch jede Änderung der Festordnung, der Teilnahmebedingungen oder die Verkündung eines künstlich aufgesetzten Mottos von den Bürger*innen als Symbolpolitik abgetan werden.

Vielfalt bedeutet auch, Menschen mit anderen Meinungen und Weltbildern auszuhalten. Man befindet sich gewissermaßen in einem Dilemma: Man möchte die Rechtsextremen nicht dabei haben, aber ihr Ausschluss wäre ein Eingriff in demokratische Bürgerrechte und eine Reproduktion rechtsextremer Ausschlussideologie. Doch das Bewusstmachen dieses Dilemmas macht es überhaupt erst möglich, sich diesem zu stellen und darin handlungsfähig zu werden. Zum Beispiel durch Fragen und Perspektivwechsel: Wie kann es gelingen, nicht die Menschen ins Zentrum des Problems zu stellen, sondern die problematischen Anteile ihrer Meinungen und Weltbilder? Oder anders formuliert: Wie kann es gelingen, als Gemeinde und Bürgerschaft immun gegen rechtsextreme Agitationsversuche zu werden?

PHASE 4: Das Problem inhaltlich bearbeiten

Eine solche inhaltliche Auseinandersetzung ist immer der schwierigere Weg – aber auch der nachhaltigste. Somit ist sie bestens geeignet für die Beratungsrunde in unserem Beispiel. Das kommende Gemeindefest soll schließlich nicht das letzte bleiben.

In der Praxis bedeutet dies, nicht nur in der Ablehnung der Rechten, weil sie rechts sind, zu verharren. Es bedeutet, im Gemeinwesen in den Diskurs zum Thema Rechtsextremismus zu gehen und dabei nicht nur an der Oberfläche zu kratzen. Keinesfalls geht es dabei darum, Menschen mit demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen nach dem Mund zu reden oder um faule Kompromisse oder diffuse Freundlichkeit. Ein Ansatzpunkt wäre beispielsweise, dass Rechtsextreme gerne gewisse Teile der Geschichte verherrlichen und umdeuten – und zwar teilweise so, dass diese Narrative auch bei nicht radikalen Menschen anschlussfähig sind und auf Interesse stoßen. Sei es die Glorifizierung von starken, überlegenen, hypermaskulinen, widerpenstigen Germanen und Wikingern als direkte Vorfahren „der Deutschen“ oder die Täter-Opfer-Umkehrungen im Kontext des Zweiten Weltkriegs. In einer Ahnenreihe mit wehrhaften Krieger*innen und eher mit Opfern als

Täter*innen zu stehen, mag für manche Menschen attraktiver klingen, als mit der Schuld an zwei Weltkriegen, Massenmorden und dem Holocaust konfrontiert zu sein. Das Narrativ der wehrhaften Opfer könnte aus Sicht von Rechtsextremen vereinfacht so lauten: „Wir als Deutsche waren Opfer von Verschwörungen unserer Feinde, der Alliierten, der völlig überzogenen Restriktionen des Versailler Vertrages, des jüdischen Kapitalismus und Bolschewismus [...], aber wir sind schließlich wehrhaft und ließen das nicht auf uns sitzen. Wer angegriffen wird, muss sich auch verteidigen dürfen!“. Hier könnte man in die Auseinandersetzung mit diesen von Rechtsextremen gepflegten Geschichtsmythen gehen, statt den Diskurs darüber als geschichtsrevisionistisch von vornherein zu tabuisieren. Ein Tabu erhöht im Zweifel eher die Anziehungskraft solcher Mythen. Dann fehlt es an einer Einordnung in Kontexte, anderen Perspektiven sowie einer Entmystifizierung rechter Narrative, Codes und Deutungsmuster. Und somit fehlt es auch konkret an Erkenntnis, was daran in den Realitäten der Bürger*innen denn nun so problematisch sei. Den Rechtsextremen überlässt man auf diese Weise im schlimmsten Fall die Deutungshoheit. Durch eine inhaltlich wenig begründete Ablehnung ihrer Haltungen und ihrer Personen als Menschen können sie zudem die geliebte Märtyrer- und Opferrolle für sich reklamieren, ohne selbst großen Aufwand betreiben zu müssen.

Auseinandersetzungen und Diskurs sollten eher nicht direkt mit den Rechtsextremen geführt werden. Im Mittelpunkt sollte das Erhöhen der Urteilsfähigkeit aller anderen Bürgerinnen und Bürger innerhalb des Gemeinwesens stehen. Es darf dabei auch kontrovers werden. Am Ende geht es darum, die Menschen da abzuholen, wo sie stehen. Es geht darum, dafür zu sensibilisieren, welche Auswirkungen rechtsextreme Einstellungen und Handlungen in den konkreten Lebenswelten der Menschen im Gemeinwesen haben können und welche Gefahr für den sozialen Frieden darin steckt.

In unserem Beispiel bedeutet dies ein Balanceakt entlang eines schmalen Grats: Einerseits soll der Fokus beim Sommerfest nicht auf den rechtsextrem geprägten Verein gelenkt werden, ohne das Problem dabei zu verharmlosen – andererseits möchte man klar Haltung zeigen, ohne zu skandalisieren. Dieser Ansatz birgt ein weiteres Dilemma: Es wird sowohl jene geben, die in dieser Strategie eine Ignoranz der rechtsextremen Gefahr sehen, als auch solche, die eine Reaktion auf das von außen durch Verfassungsschutz und Presse befeuerte Thema ins Lächerliche ziehen und für eine entsprechende Abgrenzung nutzen wollen. Mit Kritik wäre jedenfalls von verschiedenen Seiten zu rechnen. Die Begleitung derart herausfordernder Prozesse ist Aufgabe des Mobilen Beratungsteams.

Meier-Schultze, weiterhin fester Bestandteil der Beratungsrunde, ist die zusätzliche Aufgabe lästig. Mittlerweile dürfte zwar ein größeres Verständnis für die Problemlage gewachsen sein, aber im Vordergrund dürften für Meier-Schultze wahrscheinlich nach wie vor ein reibungsloser Wettkampf und eine nicht zu große Belastung der Beziehung zu den teilnehmenden Sportler*innen stehen. Warum also nicht selbst pragmatisch Fakten schaffen? Gehen wir mal davon aus, dass Meier-Schultze das Gespräch mit der strittigen Mannschaft sucht. Die Vereinsmitglieder signalisieren dabei ihre Bereitschaft, beim Sommerfest künftig unauffällig und unpolitisch auf- und antreten zu wollen. Eine freiwillige (zumindest optische) Deradikalisierung der Radikalen. Zu diesem Zeitpunkt wäre das eine unerwartete Wendung! Aber Vorsicht: Erinnern wir uns an die o.g. Unterwanderungs- und Normalisierungsstrategien, könnte eine solche Wendung auch einem Plan folgen. Vielleicht handelt es sich also gar nicht um ein Zugeständnis, politische Agitation zu unterlassen, sondern um das Schaffen einer Möglichkeit, diese niedrigschwelliger und unbeobachteter durchführen zu können. Somit würde nun trotz der überraschenden Neuigkeiten – beziehungsweise gerade deswegen – weiterhin gelten, sich auf die inhaltliche Auseinandersetzung vorzubereiten. Und zwar mit allen im Gemeinwesen relevanten Akteur*innen gemeinsam!



„Fünf Blonde für uns fünf Blonde bitte!“: Rechtsextreme lehnen Vielfalt in der Gesellschaft ab. Bei öffentlichen Veranstaltungen kann ihre Anwesenheit andere Gäste verunsichern, verängstigen und sogar verdrängen.

PHASE 5: Alle relevanten Akteur*innen mit einbeziehen

So möge es auch in unserer fiktiven Gemeinde kommen: Innerhalb der Beratungsrunde wird beschlossen, zeitnah die Kommunalpolitik, die Polizei, den Wachschutz für die Veranstaltung sowie ein ortsansässiges Bürgerbündnis für Toleranz und Teilhabe in den Prozess zu involvieren. Ziel ist es, den bisherigen Beratungsprozess und insbesondere die abgestimmte Vorgehensweise im Umgang mit der Teilnahme des rechtsextrem geprägten Vereins am Sommerfest transparent zu machen und um Unterstützung zu werben. In der Gemeinde möchte man demonstrieren, dass die Bürgerschaft bei den schwierigen Themen nicht wegschaut, sondern an einem Strang zieht. Rechtsextremismus soll keine Frage sein, die sich einfach mit einer Kleiderordnung beantworten ließe.

Im Normalfall hat das Mobile Beratungsteam während eines längeren Beratungsprozesses wie diesem auch Kontakt zu weiteren Personen und Institutionen vor Ort, die sich mit den gleichen oder ähnlichen Themen wie die Beratungsnehmer*innen auseinandersetzen. Beratungsinterna hält das MBT bei diesen Terminen selbstverständlich zurück und versucht eher in fragender Haltung die Vielfalt der im Beratungsprozess aufgetauchten Perspektiven in die Überlegungen der Engagierten vor Ort einfließen zu lassen. Da die Berater*innen des MBT grundsätzlich selbst keine Akteursfunktionen ausüben, haben das Knüpfen weiterer Partnerschaften und die Integration dieser in den Beratungsprozess dabei durch die Initiativgruppe selbst zu erfolgen.

Der erste Versuch hierzu wird in unserem Beispiel alsbald unternommen. Die Beratungsrunde lädt zum nächsten gemeinsamen Termin neben dem MBT auch die Gemeindeabgeordneten ein. So erfährt die Runde von den gewählten Vertreter*innen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort, wie die in der Gemeindeversammlung vertretenen Fraktionen das entsprechende Thema bisher intern diskutiert haben.

PHASE 6: Mit Überraschungen ist zu rechnen!

Doch kurz nach dem Austausch verkündet Meier-Schultze, vom rechtsextrem geprägten Sportverein erfahren zu haben, dass sich dieser in den nächsten Wochen auflösen wolle. Somit wäre dessen Teilnahme am Wettkampf des Gemeindefestes im Sommer hinfällig. Grund sei vor allem die Beobachtung durch den Verfassungsschutz, aber auch der Druck aus der Öffentlichkeit.

Mit großer Zufriedenheit schauen alle Beteiligten auf dieses Ergebnis, das sie auch als eines ihres gemeinsamen Wirkens betrachten können. Zwar kann niemand genau sagen, wie sehr die Sportler*innen das Wissen über den kommunalen Diskussionsprozess in ihrer Entscheidung beeinflusst hat, aber dass die Beratung Wirkungen erzielt, war spätestens mit dem Einwilligen der problematischen Mannschaft deutlich erkennbar, Kleidung und Auftreten bei einer möglichen Teilnahme am Sommerfest anzupassen. Es macht sich Erleichterung breit, ohne das Thema für beendet zu erklären. Zu ungewiss ist, ob sich die Gruppierung tatsächlich zurückzieht, sich vielleicht nur formal auflöst und unter einem in der Öffentlichkeit unverbrauchten und unscheinbareren Namen neu gründet und beim Wettkampf eventuell doch antritt. So sollen die bisherigen Schritte und Ergebnisse des Beratungsprozesses auch in die Absprachen mit Polizei und Wachschutz im Vorfeld des Gemeindefestes einfließen.

PHASE 7: Fallbezogene Reflexion

Am Ende steht ein beispielhafter Erfolg für die Beratungsnehmenden aus dieser fiktiven brandenburgischen Gemeinde, der maßgeblich aber auch von externen Faktoren (Medienecho, Verfassungsschutz-Statement) beeinflusst wurde. Das Gemeindeoberhaupt und auch alle weiteren beteiligten Akteure können sich fortan auf eine jederzeit belastbare Arbeitsbeziehung mit dem MBT verlassen, wenn es um die Bearbeitung schwieriger Themen im Kontext rechtsextremer Umtriebe in der Gemeinde geht. Ein großer Gewinn für die erfolgreiche Bearbeitung des Konfliktes ist auch die Zusammenarbeit zwischen Veranstaltungsagentur und Gemeindeverwaltung – unabhängig von formalen Zuständigkeiten. Mitarbeitende auf beiden Seiten konnten innerhalb des Beratungsprozesses ihre Kompetenzen und Sensibilität im Bereich Rechtsextremismus erhöhen. Gemeinsam ist man nun auf jeden Fall für die Zukunft gerüstet, was die Auseinandersetzung mit politischen Themen bei Gemeindeveranstaltungen angeht. Es ist nun schwer vorstellbar, dass solche oder ähnliche politische und gesellschaftliche Herausforderungen in dieser Gemeinde künftig ausschließlich als rechtliche oder administrative Probleme verkannt werden und das Ringen um formale Zuständigkeiten deren Bearbeitung behindern. Weitere grundsätzliche Fragen über die (politische) Ausrichtung von Gemeindeveranstaltungen traten bei der Problembehandlung zum Vorschein: Können solche Zusammentreffen von Bürgerinnen und Bürgern unpolitisch sein? Wo hört politischer Raum auf? Welche Folgen hat der Ausschluss politischer Parteien von solchen Veranstaltungen für die

Wahrnehmung selbiger und die Sichtweise von Bürgerinnen und Bürgern auf die Demokratie?

Eine Schlüsselrolle inklusive einer spannenden Entwicklung wurde im hier skizzierten Beratungsprozess der Figur Meier-Schultze zugeschrieben. Mit der Moderation des Wettkampfes und als Schnittstelle zu den teilnehmenden Mannschaften führt sie tragende Funktionen für das Gelingen des Sommerfestes aus. Dies wurde von der Beratungsrunde anerkannt und dem Menschen Meier-Schultze damit Wertschätzung entgegengebracht. Wer gleichberechtigtes Mitglied der Runde sein darf, fühlt sich auch mitverantwortlich für die Bewältigung der in ihr behandelten Herausforderung. So kann aus einer möglicherweise als Bestandteil des Problems etikettierten Figur ein elementarer Teil der Lösung werden. Die Runde profitierte vom kurzen Draht Meier-Schultzes zum rechtsextrem geprägten Sportverein. Auf der Suche nach einer pragmatischen Lösung gelang es unserer Schlüsselfigur sogar, mit der problematischen Mannschaft eine Einigung über eine in Kleidung und Auftreten nach außen getragene Deradikalisierung zu erzielen. Auch den heftigen Gegenwind aus der Bürgerschaft der Gemeinde gegenüber diesen Sportler*innen transparent zu machen, war ein Verdienst von Meier-Schultze. Die Idealisierung des Wandels dieser Figur soll und kann natürlich keine Blaupause sein. Vielmehr soll sie die Haltung des Mobilen Beratungsteams verdeutlichen: Voreilige Kategorisierungen in Freund und Feind, Rechts und Links, Demokratieretter und Demokratiezerstörer, Gut und Böse etc. können Chancen verstellen, Menschen zu erreichen. Neben der Auslösung von Denk- und Reflexionsprozessen kann man im Idealfall mit dieser Haltung dazu beitragen, dass auch problematische Akteur*innen aktiv an Lösungen mitwirken.

Apropos Reflexion: Wer berät eigentlich die Berater*innen? Zur Beratungshaltung beim Brandenburgischen Institut für Gemeinwesenberatung – demos gehört es, dass hier nicht mit fertigen Lösungskonzepten gearbeitet wird und die Berater*innen sich nicht als allwissend, sondern als ständig Lernende verstehen. So leben sie vom Austausch mit Kolleg*innen, Kooperationspartner*innen und selbstverständlich auch Beratungsnehmer*innen. Regelmäßig finden deshalb extern begleitete Supervisionen sowie interne Kollegiale Beratungen zwischen den MBTs mit unterschiedlichen regionalen Zuständigkeiten statt. Diese helfen dabei, sich auf bevorstehende Prozesse und Fallstricke vorzubereiten, Problemlagen besser einordnen und mögliche Lösungsansätze von verschiedenen Seiten beleuchten zu können

Klar wird anhand dieses Beispiels: Die Möglichkeiten von Berater*innen begrenzen sich auf das Setzen von Impulsen. Das klingt erst einmal nach nicht viel und ist im Ergebnis schwer greif- und messbar. Aber jeder Impuls erzielt in einem System Wirkungen, die dieses System unumgänglich verän-

dern. Wirkungen, und auch Nebenwirkungen, die man nicht vorhersehen, sondern nur beobachten kann. Und solche, die für Überraschungen sorgen können. Im besten Fall entwickelt sich ein Lernprozess für alle Beteiligten, so wie im hier skizzierten Fall. Und somit ein Gewinn für die Gesellschaft in Hinblick auf ihren weite(re)n Weg zur Demokratisierung. Denn Demokratie ist nie ganz und vollkommen, sondern bleibt ein stetiger Aushandlungs- und Aneignungsprozess.

Demokratieförderung durch „Partnerschaften für Demokratie“ im Land Brandenburg Einblicke in die Praxis

Die Partnerschaften für Demokratie (PfD) werden seit 2015 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Programms „Demokratie leben!“ gefördert¹. Gebietskörperschaften wie Kommunen, Städte oder Landkreise können hier Gelder erhalten, um die Demokratieentwicklung auf lokaler Ebene in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu unterstützen. Bei einem Eigenanteil bzw. Drittmitteln von 10 % können in der aktuellen Förderperiode insgesamt 125.000.000 € beantragt werden, um damit wiederum Projekte vor Ort zu fördern. Eine Auflage des Bundesprogramms ist die Einrichtung eines Begleitausschusses (BGA), in dem Zivilgesellschaft, mitunter auch Wirtschaft sowie Verwaltung und ggf. Politik² zusammenkommen und gemeinsam an einer Strategie zur lokalen Demokratieförderung arbeiten. Das beinhaltet auch die Bewertung von Projektanträgen nach zuvor festgelegten Förderkriterien. Formal entscheidet das Federführende Amt³ (FA), ob Projekte gefördert werden oder nicht. In allen Brandenburger PfD ist es aber bisher üblich gewesen, dass der Empfehlung des BGA gefolgt wurde. Zudem bietet das Programm den Gebietskörperschaften die Möglichkeit, eine (externe) Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) zu beauftragen, welche diese bei der Umsetzung der PfD unterstützt und als Vermittler zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft fungiert.

¹ Näheres zum Programm unter <https://www.demokratie-leben.de/partnerschaften-fuer-demokratie.html> (abgerufen am 18.12.2019)

² Die Bildung als auch die Zusammensetzung der BGAs variieren erheblich. Siehe dazu Abschnitt II. Strukturelle Elemente der PfD – Möglichkeiten und Herausforderungen in diesem Text.

³ Das Federführende Amt wird hier als Eigenname geführt. Es bezeichnet den Antragsteller und Zuwendungsempfänger der Förderung aus dem Bundesprogramm in der kommunalen Verwaltung.

Zurzeit gibt es 18 PfD⁴ im Land Brandenburg. Acht PfD⁵ bestehen bereits seit 2007 als Lokaler Aktionsplan (LAP), welcher im Rahmen vorhergehender Bundesprogramme⁶ gefördert wurde. Im letzten Jahr 2019 sind allein drei neue PfD⁷ hinzugekommen. Das große Interesse seitens der Kommunen, als auch die Beibehaltung des zugrunde liegenden Förderansatzes durch den Bund über 13 Jahre hinweg, deuten darauf hin, dass das Modell vom Bund wie von den Gebietskörperschaften als erfolversprechender Ansatz gewertet wird.

Der Förderansatz unterscheidet sich erheblich von der gängigen Förderstruktur des Bundes, in der mehrheitlich einzelne Projekte mit klaren Zielen, wie z. B. Vernetzung oder politische Bildung, seitens des Bundes gefördert wird, für die dann von freien Trägern oder auch Institutionen des öffentlichen Rechts ein Antrag gestellt werden konnte. Der Nachteil daran ist, dass der Bund nur bedingt Kenntnis von den jeweiligen Bedarfen vor Ort hat und sich auf Daten des Bundesdurchschnitts beziehen muss. Spezifische Förderprogramme treffen dann mitunter nicht die Lebensrealität der Menschen. Innerhalb des vom Bundesprogramm vorgegebenen Rahmens „Demokratieförderung“ entwickeln hier aber die Akteure selbst regionalspezifische Strategien und können so auf die jeweiligen Bedarfe vor Ort gezielter reagieren. Das heißt, dass der Fokus in der einen PfD stark auf der Vernetzung der Engagierten liegen kann und in einer anderen PfD bspw. auf Angeboten der politischen Bildung aber weniger auf Vernetzung. Je nachdem, auf welche Bedarfe der lokalen Demokratieförderung sich im BGA in Abstimmung mit dem Federführenden Amt (Verantwortliche in der Gebietskörperschaft) verständigt wurde. Wie jedes Bundesförderprogramm wurde auch „Demokratie leben!“ evaluiert⁸. Die bundesweite Bewertung des Ansatzes verbleibt aber aufgrund der

⁴ PfDs bestehen in (Stand Dez 2019): Cottbus, Fürstenwalde (Spree) und Amt Odervorland, Hoher Fläming, Frankfurt (Oder), Falkensee, Spremberg, Bernau, Storkow (Mark), Westhavelland und Nauen, LK Elbe-Elster, LK Dahme-Spreewald, LK Märkisch-Oderland, LK Oberhavel, LK Ostprignitz-Ruppin, Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umgebung, LK Teltow-Fläming, LK Spree-Neiße, LK Uckermark

⁵ Dazu gehören die Landkreise Elbe-Elster, Dahme-Spreewald, Ostprignitz-Ruppin, Uckermark und Märkisch-Oderland, die Städte Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde sowie die Region Hoher Fläming.

⁶ Von 2007 bis 2014 wurden Lokale Aktionspläne im Rahmen des Förderprogramms „VIELFALT TUT GUT.“ und dem Nachfolgeprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt.

⁷ Das sind: PfD Storkow, PfD Spremberg und PfD Bernau

⁸ <https://www.demokratie-leben.de/ueber-demokratie-leben/programmevaluation-und-wissenschaftliche-begleitung.html> (abgerufen am 19.12.2019)

hohen Diversität in der konkreten Ausgestaltung bei recht allgemeinen Formulierungen und einigen wenigen Beispielen. Der/ die interessierte Leser*in erhält eher abstrakte als konkrete Bilder zur Umsetzung und Wirkung der PfD. Die Frage, wie dieser Erfolg vor Ort praktisch aussieht, bleibt offen. Daher sollen im Folgenden in eher beschreibender als analytischer Weise die Erfahrungen zusammengefasst werden, die in der bisherigen Umsetzung der PfD im Land Brandenburg gemacht wurden. Im ersten Teil werden die potentiellen Wirkungsweisen stärker in den Blick genommen, welche durch die Strukturen und die Förderoptionen der PfD ermöglicht werden. Im zweiten Teil soll es um die Strukturelemente selbst gehen; konkret um den Begleitausschuss (BGA) und die externe Koordinierungs- und Fachstelle (KuF).

Die Darstellungen basieren auf der Teilnahme an den landesweiten Vernetzungsrunden der KuF von 2016 bis 2019, Internetrecherchen, Einzelgesprächen, Veranstaltungen der PfD wie Demokratiekonferenzen und Projektpräsentationen sowie den Erfahrungen des MBT bei der Beratung von Partnerschaften für Demokratie. Dabei wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben.

I. Potentielle Wirkung der PfD im Land Brandenburg

Lokale Förderung ermöglichen

Wenn es um lokales Engagement geht, sind die Gebietskörperschaften bzw. dessen Repräsentanten wie der/die Ortsbürgermeister*in zumeist der/die erste Ansprechpartner*in bzgl. ordnungsrechtlicher Fragen, um Mitstreiter*innen zu finden oder für eine finanzielle Förderung. In den vergangenen Jahren haben aber viele Bürger*innen die Erfahrung gemacht, dass die Gelder in den Kommunen für unspezifische Aufgaben, wie z. B. die Förderung des sozialen Zusammenhalts, recht knapp sind. Gerade in sehr ländlich geprägten, wirtschaftsschwachen Regionen werden mit Mühe und Not noch die jährlichen Stadt- oder Dorffeste anteilig finanziert. Für darüber hinausgehende Projekte der Zivilgesellschaft wird dann auf Förderprogramme des Bundes, des Landes oder auf Stiftungen verwiesen. Durch die Bundesförderung der PfD können gerade Gebietskörperschaften, die in wirtschaftsschwachen Räumen liegen, das Budget für die Förderung von Projekten der Zivilgesellschaft für mehr Demokratie und den allgemeinen sozialen Zusammenhalt erhöhen.

Vielfach werden nur wenige hundert bis tausend Euro Förderung benötigt, um diese oder jene Idee umzusetzen. Die Veranstaltung „Blech im Garten“ der FFW in Groß Warnow konnte beispielsweise mit Hilfe von rund tausend

Euro Förderung durch die PfD „Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umgebung“ umgesetzt werden. Einen ganzen Tag präsentierten sich bereits zum dritten Mal lokale Bands und Musiker*innen. Das gesamte Dorf war auf den Beinen und dazu kamen nochmal so viele Gäste aus der Umgebung. Die engagierten Musiker*innen bekommen so nicht nur eine Möglichkeit sich zu präsentieren, sondern auch Nachwuchs zu generieren. Quasi nebenbei wurde zudem der soziale Zusammenhalt gefördert, welcher bedeutsam für das Funktionieren unserer demokratischen Gesellschaft ist. Mit der Veranstaltung wurde ein Raum geschaffen, wo die Menschen miteinander ins Gespräch kommen konnten, vielleicht auch kontrovers debattierten, neue Kontakte knüpfen und alte Bekanntschaften wieder auffrischen konnten oder einfach nur die Annehmlichkeiten von gemeinschaftlichem Tun erlebten.

Für Projekte, die nur einen geringen Zuschuss beantragen, bieten viele PfD eine sogenannte Mikroprojektförderung an. Die Förderung ist bspw. auf bis zu 500 Euro, je nach Dafürhalten der PfD begrenzt und die Bewilligung kann ggf. vom Federführenden Amt ohne Beteiligung des BGA kurzfristig gewährt werden. Als Entscheidungsgrundlage dienen die mit dem BGA zuvor gemeinsam festgelegten Kriterien.

Neben der Förderung kleinerer Projekte können aber auch größere Vorhaben wie z.B. aktivierende Sozialstrukturanalysen und Sozialraumbeschreibungen⁹ (also Forschungsvorhaben) durch die PfD beauftragt werden. Diese können etwa die Basis für die weitere Strategieentwicklung zur Demokratieförderung vor Ort bilden. Die aktivierende Sozialraumbeschreibung ermöglicht durch Interviews Einblicke in die Probleme, Sichtweisen, aber auch Potentiale der lokalen Bevölkerung. Aktivierend heißt hier, dass die Interviewpartner*innen gleichzeitig angehalten werden, sich auch kritisch mit ihrer eigenen Bereitschaft zum Engagieren auseinanderzusetzen. Durch die Sozialraumbeschreibung Brüssow wurden beispielsweise diverse Kritikpunkte hinsichtlich der demokratischen Qualität des Gemeinwesens, aber auch Ideen der Bürger*innen zur Gestaltung des Miteinanders zusammengetragen. Zur Präsentation der Ergebnisse kamen nahezu 100 Menschen. Allein diesen Umstand hatten noch viele der Befragten während der Erhebungsphase nicht für möglich gehalten. Mit Hilfe der Mobilen Beratung, welche den nun folgenden Arbeitsprozess begleitete, wurden die zuvor formulierten Baustellen kontinuierlich angegangen. Ein weiterer Vorteil der

⁹ Im Landkreis Uckermark wurden im Rahmen der PfD eine Sozialstrukturanalyse in Templin (2009) und Sozialraumbeschreibung in der Gemeinde Uckerland (2010) sowie in der Stadt Brüssow (2012) gefördert. http://lap-uckermark.de/?page_id=595 (abgerufen am 14.04.2020)

PfD ist, dass neben den finanzstarken und Mikroprojekten auch langfristig angelegte Projekte gefördert werden können. Im Landkreis Dahme-Spree-wald (LDS) werden z. B. Gedenkstättenfahrten gefördert, die in drei Modulen über drei Jahre stattfinden. Es werden drei verschiedene ehemalige Konzentrationslager besucht, welche die Entwicklung der Maschinerie des Massenmordes im Nationalsozialismus verdeutlichen, aber auch die emotionale Entwicklung eines jungen Menschen nebst dem Beutelsbacher Konsens¹⁰ beachten. So ein ganzheitlich angelegtes Projekt kann man zwar jederzeit planen, doch eine gesicherte Förderung – so dass der junge Mensch ganz sicher davon ausgehen kann, dass auch das letzte Modul wie geplant umgesetzt wird – gibt es kaum außerhalb der PfD. Wunderbare pädagogische Konzepte scheitern dann an der Finanzierung bzw. daran, dass sie nur zur Hälfte umgesetzt werden konnten.

Größere und kostenintensivere Projekte, wie die hier genannten Beispiele, sollten gut eingebunden sein und es sollte die Möglichkeit bestehen, die Pläne und Konzepte auch tatsächlich umzusetzen bzw. Ergebnisse langfristig zu bearbeiten. Trotz der bestehenden positiven Erfahrungen, bspw. in der PfD Uckermark oder PfD LDS, werden größere Projekte in den Brandenburger PfD allerdings noch recht selten umgesetzt. Es besteht tendenziell eher die Bereitschaft viele kleine Projekte zu fördern.

Förderung einer vielfältigen Zivilgesellschaft

Sollte eine neue PfD implementiert werden, geht es zunächst vielfach darum, das Förderprogramm in der Zivilgesellschaft bekannt zu machen und insbesondere die Engagierten, die bisher keine (positiven) Erfahrungen mit Förderung haben, zu ermutigen, eigene Projekte zu entwickeln bzw. einzureichen. Andernfalls ist es so, dass „immer die Gleichen“ profitieren. In der Regel sind das jene Träger oder gesellschaftliche Gruppen, die bereits gut vernetzt sind, gute Kontakte in die Verwaltung besitzen und über die Jahre auch eine entsprechende Expertise erlangt haben. Eine plurale Demokratie lebt aber gerade von einer Vielzahl von Akteuren, die sich in unterschiedlichster Weise einbringen. Durch die Kenntnisse zur regionalen Akteurslandschaft können die KuF oder auch die BGA-Mitglieder weitere Akteure gezielt ansprechen und

¹⁰ „Kurz gefasst lauteten die drei Elemente dieses Konsenses: Überwältigungsverbot (keine Indoktrination); Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik im Unterricht; Befähigung der Schüler, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren.“ <https://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> (abgerufen am 27.01.2020)

über das Angebot der PfD informieren. Längst nicht jeder Verein oder jedes Engagement ist auch im Internet recherchierbar. So kann man zwar die FFW Groß Warnow als Akteur im Internet finden, doch nicht unbedingt im Zusammenhang mit dem Fest „Blech im Garten“ oder ihrem sonstigen Engagement. Um diese Akteure zu finden, ist lokales Wissen, lokale Präsenz und eine gute Vernetzung notwendig.

Bei etablierten und funktionierenden PfD müssen i.d.R. weniger Ressourcen in die Öffentlichkeitsarbeit i.S. der allgemeinen Akquise gesetzt werden, da die positiven Erfahrungen mit dem Programm innerhalb der Zivilgesellschaft kommuniziert werden und potentielle Projektnehmer*innen von sich aus auf die KuF bzw. PfD zugehen. Sollte die Projektidee nicht mit den Förderkriterien der PfD vereinbar sein, kann ggf. auch auf ein anderes Förderprogramm verwiesen werden. Sollte eine Person sich engagieren wollen und bisher keine konkrete Idee haben, kann die KuF bei der Suche nach Projekten zum Mitmachen unterstützen. Im besten Falle fungiert hier die KuF/PfD als eine erste Anlaufstelle für die Zivilgesellschaft für die Förderung und Weiterentwicklung von lokalen Projekten zur Demokratieförderung.

Kompetenzen zur Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Verwaltung erhöhen

Für kleinere Vereine, engagierte Einzelpersonen oder Initiativen – insbesondere im sehr ländlichen Raum – stehen zumeist die Mitgestaltung ihres Sozialraums (Dorf oder Stadtteil) und die Aktivität selbst, z. B. der Tanzunterricht für Kinder und Jugendliche, im Fokus. Das Engagement wird häufig mit den bereits zur Verfügung stehenden Ressourcen geleistet. Förderprogramme könnten die materiellen und ggf. auch personellen Ressourcen erhöhen. Doch die meisten Programme waren gerade für kleinere Akteure bisher keine Option.

Die Engagierten wissen zwar sehr genau, was vor Ort gebraucht wird, doch sind zumeist wenig geübt in der antragsgerechten Darstellung sowie der Abrechnung ihrer Projektidee, geschweige denn haben sie Ressourcen, um sich permanent über Förderprogramme zu informieren. Der Aufwand ist aus Perspektive der Engagierten schon allein für einen Antrag auf Förderung häufig zu groß. Zudem ist dann noch offen, ob sie auch eine Bewilligung bekommen. Die Erfüllung formaler Kriterien ist aber die Voraussetzung für staatliche Förderung. Die PfD schließt diese Lücke und ermöglicht insbesondere den kleinen, stark lokal verorteten Akteuren dennoch von den bestehenden Förderprogrammen zu profitieren. Durch die externe Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) werden interessierte Akteure bei der Antragstellung und ggf. auch bei der For-

mulierung der Anträge oder Weiterentwicklung einer Projektidee unterstützt. Es geht hier vielfach darum, die bestehende Projektidee anforderungsgerecht zu beschreiben, aber auch die verschiedenen Effekte für die Demokratieförderung zusammen herauszuarbeiten. Mitunter ist für die Antragstellenden die demokratiefördernde Wirkung so selbstverständlich, dass sie gar nicht wissen, wo sie in der konkreten Beschreibung ansetzen sollen. Eine weitere Herausforderung ist die Abrechnung der Projekte durch die Projektnehmer*innen. Für diese ist natürlich der Erfolg des Projekts prioritär, sprich dass das Projekt von den Menschen gut angenommen wurde und wie gedacht umgesetzt werden konnte. Daher werden große Anstrengungen in die Vorbereitung als auch Umsetzung der Projekte gesetzt. Für die häufig mühsame Abrechnung und Erstellung des Verwendungsnachweises bleibt dann nur noch wenig Kraft. Hier wird z.B. vergessen, den Pfand beim Erwerb von Getränken herauszurechnen, da wird vergessen diese oder jene Anschaffung zu begründen und dann gibt es da noch die Fristen... Diese Hürden bestehen trotz der einfach gehaltenen Antragsformulare der PfD und der ggf. verfügbaren Handreichungen zum Antrag sowie zur Abrechnung. Die KuF fungiert hier häufig als Vermittler zwischen den Anforderungen der Verwaltung und den Projektnehmer*innen. Das heißt z.B. dass die Antragsteller*innen immer wieder freundlich an die Fristen oder Einreichung von Unterlagen usw. erinnert oder diese bei der Formulierung ihres Vorhabens unterstützt werden. Bei wiederholter Förderung lassen sich Qualifizierungseffekte bei den Projektnehmer*innen feststellen. Typische Anfangsfehler und damit auch die notwendigen Rückfragen der Verwaltung werden seltener. Bei herkömmlichen Förderprogrammen kommt es hier schneller zu entsprechenden Rückforderungen, unabhängig der Gründe für eine nicht verwaltungskonforme Abrechnung. Im schlimmsten Falle bedeutet das, dass die Engagierten privat zahlen und zukünftig auf entsprechendes Engagement verzichten.

Im Rahmen der PfD wird allerdings auch auf die Sensibilisierung der Verwaltung bzgl. der Bedarfe der Zivilgesellschaft gewirkt. Das erfolgt z.B. über strukturelle Elemente der PfD wie dem BGA, in dem das Federführende Amt und zivilgesellschaftliche Vertreter*innen zusammenkommen und gemeinsam eine Strategie zur Förderung der Demokratie entwickeln, oder durch die Zusammenarbeit mit der KuF. Für die Zivilgesellschaft steht zumeist die eigentliche Umsetzung eines Projekts im Mittelpunkt. Für die Verwaltung sind das dagegen die verwaltungskonforme Antragstellung sowie Abrechnung. Die PfD ermöglicht mit ihren Strukturen der Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft die jeweiligen Handlungslogiken gegenseitig besser kennenzulernen und somit auch das Verständnis für die jeweiligen Möglichkeiten und Grenzen des Handelns zu erhöhen. Das ist keineswegs ein Selbstläufer und bedarf erheblichen Engagements

der Beteiligten und vor allem Zeit. Die langfristigen Förderaussichten der PfD durch das Bundesprogramm sind daher hilfreich, aber auch notwendig.

Ressourcen bündeln

Zur Gestaltung von Beteiligungsprozessen und Förderung von gesellschaftlichem Engagement für Demokratie wurden in den letzten Jahren viele Methoden und Materialien entwickelt. Diese haben aber ihren Preis. Während für die Einen Stellwände, Beamer, Leinwand etc. zum Standardrepertoire im Haus gehören, bedeutet das für Andere Neuanschaffung. Die Idee z. B. einen gesellschaftskritischen Film mit mehr als fünf Personen schauen zu wollen, stellt eine echte Herausforderung dar, wenn man keinen Beamer besitzt. Eine Neuanschaffung ist auch wenig nachhaltig, wenn man eben nur einmal dieses oder jenes machen möchte. Die PfD kann entsprechende Materialien erwerben und dann einem größeren Kreis von Aktiven zur Verfügung stellen, wie z. B. in der PfD Westhavelland und Nauen. Mit Hilfe der PfD wird sichergestellt, dass der Zugang zu den Materialien auf kurzem Wege (persönliche Absprachen, ohne komplizierte Anträge etc.) einem großen Akteurskreis ermöglicht wird.

Neben den materiellen Ressourcen können im Rahmen der PfD auch ideelle Ressourcen gebündelt und somit der Wissenstransfer unterstützt werden. Durch die Vernetzung der KuF auf lokaler, Landes- und Bundesebene sowie den Zugängen zu entsprechenden Fachveranstaltungen, gelangt diese bspw. in Kenntnis von neuen Forschungsergebnissen oder Konzepten, die anderswo sehr erfolgreich umgesetzt wurden. All das kann bei den regelmäßigen Treffen des BGA oder im Gespräch mit den Projektteilnehmer*innen eingebracht und lokal ggf. aufgenommen werden. So wurde z. B. die Idee des „roten Sofas“ von mehreren PfD bundesweit aufgenommen. Das Grundkonzept ist einfach aber wirkungsvoll. Man stelle ein rotes Sofa in den öffentlichen Raum und lädt Menschen zum Gespräch ein. Das rote Sofa generiert Aufmerksamkeit. Die Einladung zum Gespräch ist ein sehr niedrigschwelliges Angebot, um Menschen, die sonst nicht in Kontakt miteinander kommen, ins Gespräch zu bringen. Die KuF der PfD in Oberhavel war z. B. selbst Gast auf dem Roten Sofa in Velten im Rahmen der Mixed-Pickels-Woche. In 30 Minuten musste sie den Zuhörer*innen verständlich erzählen, was die PfD ist¹¹. In der PfD Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umgebung adaptierte das Jugendforum

¹¹ <http://www.mensch-oberhavel.de/rotes-sofa-zu-demokratie-auf-der-mixed-pickels-woche/> (abgerufen am 7.1.2020)

die Idee, um Politiker*innen einzuladen und mit ihnen über Ideen und Vorschläge für eine jugendgerechte Region zu sprechen¹². Die jungen Menschen entschieden sich allerdings für ein rosafarbenes Sofa, da die Farbe Rosa mit keiner der größeren Parteien verbunden wird und sie so ihrem Anspruch der Überparteilichkeit besser Ausdruck verleihen konnten.

Der Wissenstransfer kann natürlich auch auf anderen Wegen erfolgen. Die PfD bietet durch ihre Struktur (BGA/ KuF) allerdings einen festen und verlässlichen Rahmen für den Austausch. So können Einzelpersonen entlastet werden, die sonst ehrenamtlich als Knotenpunkt für Informationen etc. fungierten und dementsprechend (zu) häufig angerufen oder angesprochen werden.

Wege der Jugendarbeit und Beteiligung von jungen Menschen ausprobieren

Seit 2018 gibt es in der Landesverfassung Brandenburgs den Artikel 18 a¹³, welcher Kindern und Jugendlichen die Beteiligung an sie berührende Gemeindeangelegenheiten zusichert. Für die Kommunen bedeutet das nun einen erhöhten Handlungsdruck. Neben Fragen der Finanzierung bestehen vielfach auch Fragezeichen hinsichtlich der praktischen Umsetzung. Neben dem § 18 a LV gibt es noch den § 11 SGB VIII, wonach Jugendarbeit eine verpflichtende Aufgabe ist. Gleichwohl ist es eine Soll-Bestimmung deren konkrete Umsetzung Interpretationsspielräume eröffnet. Was sollte aber mit knappen Kassen und schwankenden Zahlen von jungen Menschen sinnvollerweise geleistet bzw. vorgehalten werden? Adäquate Antworten auf Fragen nach lokaler Jugendarbeit und Beteiligung von jungen Menschen in kommunalen Angelegenheiten lassen sich wohl am besten zusammen mit den jungen Menschen finden. Die PfD ermöglicht Jugendlichen derartige Ideen zu entwickeln und umzusetzen sowie Kommunen Strukturen der Jugendbeteiligung zu fördern.

¹² <https://www.maz-online.de/Lokales/Prignitz/Demokratie-leben!-sucht-Unterstuetzung2> (abgerufen am 7.1.2020)

¹³ § 18a Beteiligung und Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen (Kommunalverfassung des Landes Brandenburgs): (1) Die Gemeinde sichert Kindern und Jugendlichen in allen sie berührenden Gemeindeangelegenheiten Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte. (2) Die Hauptsatzung bestimmt, welche Formen zur eigenständigen Mitwirkung von Kindern und Jugendlichen in der Gemeinde geschaffen werden. Kinder und Jugendliche sind an der Entwicklung der Formen angemessen zu beteiligen. (3) Die Gemeindevertretung kann einen Beauftragten für Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen benennen. Für den Beauftragten gilt § 18 Absatz 3 entsprechend. (4) Bei der Durchführung von Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, soll die Gemeinde in geeigneter Weise vermerken, wie sie die Beteiligung nach Absatz 1 durchgeführt hat.

Im Rahmen des Bundesprogramms stehen jeder PfD gesonderte Mittel für Beteiligung, Vernetzung und der Förderung von eigenen Projekten der jungen Menschen in Höhe von 5000€ zur Verfügung. Das ermöglicht das Ausprobieren von neuen Wegen der Jugendbeteiligung unabhängig von sonstigen politischen Abwägung und Priorisierungen. Es wird vom Bund hier allgemein von der Einrichtung von Jugendforen gesprochen, d.h. junge Menschen sollen, ggf. unterstützt von Jugendarbeiter*innen, selbstständig über die Verwendung der Mittel beratschlagen und entscheiden. Doch wie diese konkret ausgestaltet werden, liegt in der Verantwortung der jeweiligen PfD. In der Praxis zeigt sich hier auch eine große Vielfalt. In der PfD Landkreis Dahme-Spreewald wurde das Jugendforum beispielsweise mit dem schon bestehenden kreisweiten Jugendforum der Jugendfeuerwehr verbunden¹⁴. Da auf bestehende Strukturen aufgebaut wurde, mussten keine Ressourcen auf die sonst aufwendige Bildung von neuen Strukturen verwendet werden. So konnte auch der Herausforderung begegnet werden, junge Menschen aus weiten Teilen des Landkreises mit ansonsten diversen Interessen und auch aus unterschiedlichen Milieus, die eigentlich kaum Bezüge zueinander haben, zusammenzubringen. Gleichwohl steht das Jugendforum auch interessierten jungen Menschen offen, die nicht Mitglied der Jugendfeuerwehr sind. Neben der Einübung von demokratischen Auseinandersetzungen z.B. wenn sie über die Projekte debattieren, wird so auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gefestigt.

In einem Landkreis mit vielen Dörfern, wenigen Städten, regional teilweise nur wenigen Jugendlichen und keiner derartigen Struktur wurde wiederum die Idee eines wandernden Jugendforums¹⁵ ausprobiert. In der PfD Ostprignitz-Ruppin ist die Schwierigkeit, dass die jungen Menschen gerne am Jugendforum teilnehmen, wenn es „halbwegs“ in der Nähe stattfindet, doch nicht unbedingt bereit sind, weite Wege auf sich zu nehmen. Dazu kommen jugendtypische Herausforderungen, die mitunter im Widerspruch zum Bedürfnis nach Mitgestaltung stehen können. Vielfach ist das Engagement abhängig von dem Wohlfühl- und Erlebnisfaktor, bestehenden Bekanntschaften und ähnlichen Interessen. Durch das wandernde Jugendforum wird einerseits auf das Bedürfnis nach räumlicher Nähe reagiert, aber auch ein breiter Ansatz gewählt, der den jungen Menschen aus den unterschiedlichen Räumen des Landkreises finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung ihrer eigenen Ideen ermöglicht. Ganz andere Voraussetzungen hat

¹⁴ Nähere Informationen unter <https://www.lap-lds.de/jugendforum> (abgerufen am 7.1.2020)

¹⁵ Nähere Informationen unter <https://www.demokratie-leben-opr.de/jugend/> (abgerufen am 7.1.2020)

dagegen eine PfD, die sich nicht auf einen ganzen Landkreis sondern eine Großstadt wie Cottbus oder eine mittelgroße Stadt wie Falkensee konzentriert. Hier gibt es eine höhere Einwohnerdichte, weniger weite Wege und in der Regel flächendeckende Strukturen und Räumlichkeiten, die für die Etablierung eines Jugendforums gut genutzt werden können. Die PfD Elbe-Elster setzte hier an und versuchte die Vorteile von städtischen Räumen für den Landkreis zu nutzen. Das Jugendforum der kreisweiten PfD wurde an das bestehende und funktionierende Jugendparlament der Stadt Falkenberg angedockt. Die bereits aktiven jungen Menschen erklärten sich bereit, das Jugendparlament für Jugendliche des ganzen Landkreises zu öffnen. Dafür können sie nun insgesamt auf mehr Ressourcen zugreifen. Das ermöglicht auch jungen Menschen, die in sehr gering besiedelten Regionen des Landkreises wohnen, wo es nur wenige Gleichaltrige gibt und ein Jugendforum aus vielleicht drei Akteuren bestehen würde, Beteiligungserfahrungen mit anderen jungen Menschen zu sammeln. Zudem kann dieses Vorgehen wie bereits erwähnt zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts im Landkreis beitragen. Da das Jugendforum als eine Anlaufstelle für alle Jugendlichen dient, können hier Bekanntschaften getroffen werden, die aufgrund der räumlichen Ferne nicht so leicht zustande kommen würden. Durch den Austausch über die eingebrachten Projektideen wird wiederum der Blick für die unterschiedlichen Bedarfe im Landkreis geweitet.

Kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen fördern

In Zeiten rasanten gesellschaftlichen Wandels wie z.B. 2014/2015 wurde deutlich, dass ein starkes Bedürfnis nach Austausch und Debatte zu den gesellschaftlichen Entwicklungen in der Bevölkerung besteht. Nur fehlt es vielfach an einem Ort dazu. In den meisten Dörfern hat die Kneipe schon lange dicht gemacht, viele pendeln und haben dadurch nur wenig Zeit für Vereinseingagement und ins Gemeindehaus geht man, wenn überhaupt, eigentlich nur gezielt zu bestimmten Veranstaltungen. In den Städten gibt es zwar mehr kommerzielle Angebote, wo Menschen zusammenkommen und debattieren können, aber auch hier gibt es nur noch ausgedünnte Gelegenheitsstrukturen wo man mit Menschen außerhalb seines persönlichen Umfelds zusammenkommen kann. Diskussionen ergeben sich also weniger zufällig sondern müssen mehr und mehr gezielt angeregt und gerahmt werden. Derartige Veranstaltungen werden im Land Brandenburg beispielsweise von den großen parteinahen Stiftungen angeboten. Diese finden allerdings eher in den größeren Städten wie Potsdam oder Cottbus statt und seltener in kleineren Städten

oder gar Dörfern. Die PfD kann diese Lücke schließen und entsprechende Veranstaltungen gerade in den kleineren Städten und ländlicheren Räumen sowohl inhaltlich als auch finanziell fördern.

Im BGA kommen im besten Fall ganz unterschiedliche Akteure (Zivilgesellschaft, Verwaltung, ggf. Politik und Wirtschaft) mit unterschiedlichen Perspektiven zusammen. Hier kann sich zu kritischen Themen der breiten Gesellschaft verständigt und Wege der Bearbeitung durch entsprechende Veranstaltungen gefunden werden. Die notwendigen Gelder zur Umsetzung der Ideen können aus dem Budget der PfD genommen werden. So wurde beispielsweise in Rathenow eine offene Informationsveranstaltung zu Reichsbürger*innen umgesetzt¹⁶. Durch die PfD-Förderung konnte ein renommierter Referent eingeladen werden. Den Bedenken im Vorfeld hinsichtlich unkalkulierbarer Störungen, bspw. durch gewalttätige Reichsbürger*innen, konnte durch die professionelle Zusammenarbeit in der PfD selbst, sowie mit der Polizei, dem MBT und einem sehr kompetenten Referenten begegnet werden. Zur Veranstaltung kamen dann tatsächlich etwa 20 Reichsbürger*innen (bei insgesamt rund 140 Gästen) mit dem offensichtlichen Ziel die Veranstaltung zu stören. Sie machten Zwischenrufe und Drohungen. Der Referent ging damit eloquent um und nutzte die Störversuche gleich zur Veranschaulichung seiner Empfehlungen hinsichtlich des Umgangs mit Reichsbürger*innen. Von allen Beteiligten, Organisatoren wie den Teilnehmenden – mit Ausnahme der Reichsbürger*innen – wurde die Veranstaltung als Erfolg bewertet.

Bei öffentlichen Veranstaltungen besteht immer die Möglichkeit, dass einzelne Gruppen aufgrund ihrer politischen Ansichten etc. diese verhindern oder zumindest den Ablauf stören wollen. Insbesondere bei kontroversen Themen, bei denen die Gemüter leicht erhitzen und es zu Aggressionen kommen kann, besteht die Gefahr, dass das unbestimmte Gefahrenpotential das Engagement bereits im Vorfeld verhindert. Das unbestimmte Potential bleibt natürlich auch bei Kooperationen bestehen. Doch die Zusammenarbeit und entsprechende Absprachen zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Strukturen sowie die Unterstützung durch professionelle Beratung, wie sie das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ in Brandenburg bietet, erhöhen die Handlungssicherheit der Einzelnen deutlich und fördern somit neben der notwendigen Auseinandersetzung mit gesellschaftlich relevanten Themen auch wieder gesellschaftliches Engagement.

¹⁶ Nähere Informationen zur Veranstaltung u.a. unter <https://presseservicern.wordpress.com/2018/09/18/rathenow-reichsbuerger-im-visier/> (abgerufen am 15.4.2020)

II. Strukturelle Elemente der PfD – Möglichkeiten und Herausforderungen

Der Begleitausschuss (BGA)

Der BGA wurde im ersten Teil schon mehrfach als ein zentrales Element der PfD erwähnt. Die Gründung des BGA, die konkrete Ausgestaltung der Zusammensetzung als auch die Arbeitsweisen unterliegen allerdings nicht nur bundes- sondern auch landesweit einer hohen Diversität, abhängig von den lokalen Gegebenheiten.

Gründung und Besetzung eines BGA:

Die Gründung bzw. Neubesetzung eines BGA steht mehreren Herausforderungen gegenüber. Die Mitgliedschaft ist ehrenamtlich. In der Regel werden keine Aufwandsentschädigungen gezahlt. Wer sich beteiligen möchte, muss also ehrenamtlich seine Zeit investieren und ggf. Fahrtkosten auf sich nehmen. Insbesondere in PfD, die landkreisweit agieren, bedeutet das lange Wege. Die Häufigkeit der Treffen des BGA und somit der notwendige Zeitaufwand variieren stark, von wenigen Treffen in einem Jahr bis zu regelmäßigen Treffen bspw. alle zwei Monate. Diese Rahmenbedingungen sind für ehrenamtlich Engagierte nicht besonders attraktiv. Die Resonanz von allgemeinen Aufrufen in den lokalen Medien zur Teilnahme am BGA war bisher auch eher gering. Das Finden von BGA Mitgliedern ist keinesfalls ein Selbstläufer.

Von den Verantwortlichen zur Etablierung der PfD wurde daher zuvor eruiert, *erstens* welche gesellschaftlichen Gruppen vorhanden sind und prinzipiell vertreten sein sollten, sowie *zweitens* wer gesellschaftlich aktiv ist und ein mögliches Interesse zur Teilnahme hätte. Diese wurden dann gezielt angesprochen.

Auf der anderen Seite besteht im BGA die Möglichkeit, durch die Empfehlungen zu Projektförderanträgen, dem Austausch mit der Verwaltung und deutungsmächtigen Akteuren der Region, deutlichen Einfluss auf die lokalen Entwicklungen zu nehmen. Die vermeintlich persönliche Auswahl von BGA-Mitgliedern kann dann leicht als Klüngerei kritisiert werden, insbesondere von denen, deren Projekte als nicht förderfähig gesehen werden. Um zwischen diesen beiden Herausforderungen zu lavieren, werden heute vielfach beide Wege beschritten. Neben öffentlichen Aufrufen in Tageszeitsungen oder dem Internetauftritt der PfD, werden Akteure gezielt angesprochen. Diejenigen, die zur Teilnahme bereit sind, werden in einigen PfD, wie z. B. in der PfD LK Ostprignitz-Ruppin, vom Kreistag berufen. Bei anderen reicht zur Aufnahme eines neuen Mitglieds die Zustimmung durch das Federführende Amt.

Neben den stimmberechtigten Mitgliedern gibt es häufig auch Nicht-Stimmbererechtigte, sogenannte beratende Mitglieder im BGA. Das MBT Neuruppin ist beispielsweise ein beratendes Mitglied in der PfD Regionaler Wachstumskern Prignitz und Umgebung. Sie informieren bei Bedarf über demokratiegefährdende Phänomene oder unterstützen beispielsweise bei der Einordnung von Ereignissen im Kontext Rechtsextremismus.

Eine weitere Herausforderung für die Besetzung des BGA sind die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten und Grenzen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen. In diversen BGA sind z.B. Wirtschaftsakteure formal Mitglied. Trotz formulierten Interesses an der Teilnahme zeigt sich in der Praxis, dass diese häufig nicht an den BGA-Treffen teilnehmen. Das liegt weniger daran, dass die Akteure dem Thema Demokratie keine Bedeutung beimessen würden. Im Gegenteil: die Fachkräftesicherung ist ein bedeutendes Thema in der Wirtschaft. Das gesamtgesellschaftliche Umfeld, eine lebendige und fremdenfreundliche Gemeinde spielt insbesondere dann eine Rolle, wenn man auch Fachkräfte aus dem Ausland anwerben möchte bzw. muss. Doch Wirtschaftsakteure, wie z. B. einzelne Unternehmer*innen, haben i.d.R. noch weniger Zeit als die anderen, um an den Treffen teilzunehmen. Durch die Befragung von Wirtschaftsakteuren im Rahmen der Strategieentwicklung Uckermark 2010 wurde dies deutlich. „Sinnvoll wäre, bereits mit einem konkreten Anliegen bzw. Projekt in die Wirtschaft reinzugehen und dann ggf. gemeinsam zu modifizieren.“¹⁷ Eine andere Möglichkeit, die Wirtschaftsperspektive einzuholen, ist z.B. die Einbeziehung von Wirtschaftsverbänden, deren Aufgabe u. a. auch Lobbyarbeit ist.

Will man Vertreter*innen verschiedenster gesellschaftlicher Gruppen im BGA einbinden, sollten die jeweiligen Bedarfe in den Blick genommen werden. Die Qualität der Debatten und des Miteinanders sowie die Häufigkeit der Treffen sind daher entscheidend, ob auch jene Akteure im BGA langfristig gehalten werden können, die aufgrund ihrer sonstigen Einbindung und originären Interessen weniger prädestiniert für derlei Gremienarbeit sind. Möglichkeiten der Einbeziehung gäbe es allerdings auch außerhalb der Mitgliedschaft im BGA durch bspw. eine punktuelle Zusammenarbeit oder im Rahmen von Demokratiekonferenzen.

¹⁷ Demos: „Strategieentwicklung Uckermark 2010“ von Astrid Peters, 2010 unter https://www.vielfalt-mediathek.de/data/lap_uckermark_strategieentwicklung_uckermark.pdf (eingesehen am 10.01.2020)

Demokratie leben im BGA:

Der BGA bietet eine Struktur, in der Zivilgesellschaft und Verwaltung institutionalisiert zusammentreffen und somit leichter in einen demokratischen Diskurs kommen können. Die Struktur allein ist allerdings kein Garant dafür, dass hier auch tatsächlich ein demokratischer Diskurs stattfindet. Wie die Teilnahmebereitschaft am BGA, ist auch das kein Selbstläufer.

Im besten Falle sind im BGA verschiedenste Perspektiven vertreten. Das ist für eine ganzheitliche Strategieentwicklung unabdingbar, gleichzeitig führt es zwangsläufig zu Konflikten unter den Teilnehmer*innen aufgrund ihrer unterschiedlichen Interessen. Das betrifft nicht nur zivilgesellschaftliche Akteure versus Verwaltung. Es kann auch zu Konkurrenzen innerhalb der Zivilgesellschaft bspw. zwischen kleinen und großen Trägern oder unterschiedlichen Ansätzen von Akteuren kommen. Hier wird Demokratie sozusagen im Kleinen gelebt. Es wird gestritten, ausgehandelt und letztendlich gemeinsam entschieden. Das geht nicht gänzlich ohne Frust, Ärger und Unwillen ab. Mitunter muss aber auch erst ermutigt werden, in den offenen Diskurs zu gehen. Offen ausgesprochene Kritik könnte sich ggf. negativ auf die bestehenden sozialen Beziehungen auswirken, weshalb manche Akteure lieber schweigen oder nur in kleinem Kreis offen ihre Kritik aussprechen.

Daher ist die Rahmung der Sitzungen für die Qualität der Debatte bedeutsam. Durch Moderation und der Nutzung verschiedener Methoden kann der demokratische Austausch unterstützt werden. Die Moderation wird in den Brandenburger PfD unterschiedlich gehandhabt. In der einen PfD wird die Sitzung vom Verantwortlichen des Federführenden Amtes geleitet, bei der nächsten PfD durch die KuF und andernorts wiederum durch eine Honorarkraft. Wichtig dabei ist, dass die Moderation von allen akzeptiert wird und kompetent zur Kompromiss- bzw. Konsensbildung beiträgt. Ein konfliktreicher BGA, bei dem auch die KuF und das FA involviert sind, sollte z. B. eher durch einen neutralen Akteur moderiert werden. Methodisch wurde beispielsweise mit einer Geschäftsordnung (GO) gearbeitet, welche die Mitglieder gemeinsam entworfen haben. Das fördert einerseits die Transparenz nach außen und minimiert so die Angriffsfläche für Vorwürfe der Klüngerlei. Andererseits ermöglicht die Erarbeitung der Geschäftsordnung eine praktische und nicht nur abstrakte Verständigung darüber, wie man miteinander arbeiten möchte. Einige BGA nutzen beispielsweise auch regelmäßig Klausuren, um in den intensiveren Austausch miteinander zu gehen.

Laut Bundesprogramm ist die Entwicklung einer Strategie zur Demokratieförderung die Hauptaufgabe des BGA. In der Vergangenheit standen für viele BGA Mitglieder in diversen PfD allerdings eher die Empfehlung für die Projektförderung im Vordergrund. Das heißt, bei den regelmäßigen Treffen

hat man sich zwar zu bedeutenden, demokratiegefährdenden Phänomenen oder Entwicklungen in der Region ausgetauscht, im Mittelpunkt standen aber die Projekte. Hier gab es jeweils Zeitdruck und ein konkretes Anliegen, über das es zu befinden galt. Die Entwicklungen von Strategien, das Generieren von Themen oder die Gestaltung der Demokratiekonferenzen (Pflichtelement des Bundesprogramms) wurden vielfach zum erheblichen Teil den Hauptamtlichen, insbesondere der KuF überlassen. In den letzten Jahren zeigt sich allerdings eine Veränderung in Richtung eines demokratischeren Diskurses. Die Strategieentwicklung nimmt in einzelnen BGA an Bedeutung zu. Perspektivisch könnte hier auch noch mehr Austausch zwischen BGA ähnlich strukturierter oder benachbarter PfD angeregt werden. Die BGA der benachbarten PfD Landkreis Dahme-Spreewald und Landkreis Teltow-Fläming haben sich beispielsweise zum Austausch über deren Arbeitsweisen und demokratiegefährdenden Phänomenen in ihren Regionen getroffen.

Die Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) – Möglichkeiten und Herausforderungen

Die Förderung einer externen Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) kann im Rahmen der PfD-Förderung zusätzlich beantragt werden. Die örtlichen Träger können sich dann wiederum beim Träger der PfD, der Gebietskörperschaft um die Trägerschaft für eine KuF bewerben. Im Land Brandenburg sind ganz unterschiedliche, große und kleine Organisationen Träger einer KuF. Der Arbeitszeitumfang der KuF variiert i.d.R. zwischen einer Teil- und einer Vollzeitstelle. Es besteht allerdings kein Zwang zur Implementierung einer externen Koordinierungs- und Fachstelle. In der PfD Uckermark wird die Koordinierung beispielsweise intern durch das Federführende Amt geleistet.

Die Anforderungen an die KuF sind sehr umfangreich und mitunter schwammig, auch wenn es auf den ersten Blick klar umrissen scheint. Sie unterstützt das FA insgesamt bei der Umsetzung des Bundesprogramms und arbeitet recht eng mit dem/der Verantwortlichen für die interne Koordination beim FA (Zuwendungsbescheid, Abrechnung etc.) zusammen. Ihre Hauptaufgaben liegen in der (1) Öffentlichkeitsarbeit, (2) Organisation der BGA-Treffen, (3) Organisation Demokratiekonferenz und (4) Beratung hinsichtlich der Antragstellung. Das erfordert eine gute Kenntnis der örtlichen Zivilgesellschaft, im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Grundverständnis von Verwaltungsabläufen und eine gute überregionale Vernetzung, um bei der Suche nach entsprechenden Referent*innen etc. unterstützen zu können.

Der formale Handlungsspielraum der KuF ist allerdings sehr begrenzt. Sie ist im BGA i.d.R. nicht stimmberechtigt und alle Maßnahmen der PfD werden letztinstanzlich von dem FA verantwortet. Bei den meisten Aktivitäten ist sie daher von dem Auftrag bzw. dem zur Verfügung gestellten Entscheidungsfreiraum durch das FA oder dem BGA abhängig. Problematisch wird es i.d.R. dann, wenn es innerhalb des FA zu wenig personelle Ressourcen gibt und die Aufgaben der internen Koordination soweit wie möglich von der KuF übernommen werden, um weiterhin ein reibungsloses Funktionieren der PfD zu gewährleisten und die Fristen zur Abrechnung beim Bund zu wahren. Diese Kapazitäten fehlen dann in den anderen Bereichen. Eine weitere Herausforderung ergibt sich, wenn die Mehrheit der BGA-Mitglieder primär auf die Empfehlung bzw. Ablehnung von Projekten fokussiert und sich nur bedingt in die Entwicklung einer Strategie oder Ausgestaltung von Demokratiekonferenzen einbringen will. Da diese Elemente vom Bund gefordert werden, entsteht dann im schlimmsten Falle eine Strategie oder ein Konzept am Schreibtisch der KuF. Zu herausfordernden Situationen für die KuF kann es zudem durch divergierende Ansprüche zwischen dem FA und dem BAFzA (Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben; eine dem BMFSFJ untergeordnete Behörde) kommen. Das BAFzA bietet z. B. Qualifizierungsmaßnahmen für die KuF bundesweit an. Das ermöglicht einen bundesweiten Austausch und gemeinsames Lernen für die KuF. Das BAFzA wiederum kann so einen gewissen Einfluss auf die Ausprägung der PFD bekommen (Qualitätssicherung), ohne in die Freiheit der Gebietskörperschaften einzugreifen. Da die PfD aber sehr unterschiedliche Voraussetzungen haben, kann so manches, was woanders guter Standard ist, ggf. nicht in der eigenen Region umgesetzt werden. Die KuF kommt hier umgangssprachlich ausgedrückt zwischen Baum (dem Federführenden Amt) und Borke (den Qualifizierungsmaßnahmen des BAFzA). Abschließend ist noch zu erwähnen, dass die KuF in eine eigene Trägerstruktur, mit ggf. eigenen Interessen und Anforderungen an den/die jeweiligen Arbeitnehmer*innen, eingebunden ist.

Die KuF fungiert zusammenfassend in einem Spannungsfeld zwischen der (1) Anbindung an den eigenen Träger, der (2) örtlichen Zivilgesellschaft, die sie beraten soll, dem (3) FA, mit dem sie intensiv zusammenarbeitet (4) dem Bund/BAFzA, welcher die Anforderungen des Bundesprogramms bestimmt und die KuF qualifiziert, sowie dem (5) BGA als das Gremium, welches die Strategie (Förderkriterien, Themen und Ausgestaltung der Demokratiekonferenz) der PfD erarbeiten soll.

So herausfordernd das für die KuF ist, so viele Möglichkeiten stecken auch darin.

Die öffentliche Verwaltung ist ein recht starres System. Das ist für die klassischen Verwaltungsbereiche auch gut so, schließlich wird hier mit sensiblen Daten und öffentlichen Geldern gearbeitet. Das zeigt sich z. B. bei der Zeiterfassung im Haus und erhöhten Sicherheitsanforderungen im IT-Bereich. Die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft erfordert allerdings häufig andere Arbeitszeiten, z. B. eher im Nachmittagsbereich oder am Abend, weil diese sich wiederum erst in ihrer Freizeit dem ehrenamtlichen Engagement widmen können. Würde man hier permanent Anträge auf veränderte Arbeitszeiten stellen müssen, würde ein erheblicher Teil der Arbeitszeit allein dafür genutzt werden. Auch die modernen kurzen Wege, also kurze Nachfragen über Messenger-Dienste, entsprechen nicht immer den Anforderungen der Verwaltung bzw. ist es i.d.R. nicht möglich, Verwaltungsmitarbeiter*innen so zu kontaktieren.

Freie Träger und somit auch die KuF können hier unter Beachtung der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen etwas freier agieren und den Bedarfen der Zivilgesellschaft etwas mehr entgegenkommen, da der Fokus eben nicht auf Verwaltung sondern auf das Arbeiten mit zivilgesellschaftlichen Akteuren liegt. Gleichzeitig erhält die KuF durch die Zusammenarbeit mit der Verwaltung Kenntnisse von deren Handlungsmöglichkeiten sowie -grenzen und kann diese wiederum in den unterschiedlichsten Settings (z. B. Veranstaltungen, Beratung zur Antragstellung) einbringen. Nicht zu vernachlässigen ist hier auch die Wirkung von Sprache. Ein/eine Verwaltungsmitarbeiter*in nutzt natürlich Fachtermini, die für Externe mitunter nur schwer zu verstehen sind. Die KuF kann beim Übersetzen helfen, da sie sowohl Einblicke in die Funktionsweisen der Verwaltung als auch in jene der Zivilgesellschaft hat.

Zu den weiteren Aufgaben der KuF gehört die Organisation des BGA in Zusammenarbeit mit dem FA. Da die KuF im Gegensatz zum FA keine Entscheidungsbefugnisse im BGA bzw. der Projektförderung hat, ist sie neben den beratenden Mitgliedern einer der wenigen Akteure ohne besondere eigene Interessen. Dadurch kann sie auch vermittelnd zwischen den unterschiedlichen Interessen im BGA eingreifen bzw. auf Konflikte reagieren. Das kann z. B. bedeuten, dass die KuF zu neuen Formaten und Methoden recherchiert (Internetrecherche, Netzwerke), die geeignet sind, um die Konflikte zu bearbeiten. Die dafür notwendige Arbeitszeit kann oft weder von den Verwaltungsmitarbeiter*innen noch von den Ehrenamtlichen aufgebracht werden. Mit der Anbindung der KuF an einen freien Träger, der sich auf die Arbeit mit Menschen spezialisiert hat, wird auch die Hoffnung verbunden, dass hier nochmal auf ein großes Kompetenznetzwerk zurückgegriffen werden kann.

Schlussbemerkung

Mit dem Konzept der PfD geht der Bund einen neuen Weg der Demokratieförderung. Dem Credo des Bottom-Up Ansatzes folgend, wird vom Bund ausschließlich das Leitziel „Demokratieförderung“ mit wenigen Teilzielen wie Extremismusprävention und eine gewisse Struktur (FA, BGA und KuF) vorgegeben. Die konkrete Umsetzung obliegt den jeweiligen Gebietskörperschaften. Die Kommunen erhalten so ein großes Stück Handlungsfreiheit. Für den Bund heißt das aber weniger Einflussnahme und kaum Steuerungsmöglichkeiten. Man könnte unken, dass hier lediglich Geld verteilt wird, aber eine Stärkung des demokratischen Miteinanders keinesfalls gesichert ist. Doch gerade die Offenheit von Verständigungsprozessen ist ein wesentliches Element der Demokratie. Wie will man ein demokratisches, selbstbestimmtes Miteinander fördern, das mehr als die bloße Existenz von demokratischen Institutionen und Rechten bedeutet, wenn man gleichzeitig den Handlungskorridor so eng zieht, dass eigenständige Handlungen darin kaum noch möglich sind?

Man könnte weiter unken, dass in manchen PfD kritische Themen nur sehr verhalten debattiert werden und der Fokus eher auf der Bewertung von förderfähigen Projekten liegt. Die Entwicklung einer qualitativ hochwertigen demokratischen Kultur erfolgt aber nicht allein durch entsprechende Strukturen, politische Bildung oder punktuelle Finanzspritzen, sondern durch kontinuierliches miteinander Arbeiten und Entwickeln. Die politische Kultur ist nicht nur von den eigenen Kompetenzen sondern auch vom Agieren der Mitmenschen und dem Vertrauen in einen fairen demokratischen Umgang miteinander abhängig. Demokratie geht nicht alleine. Die PfD bietet diesen Rahmen zum gemeinsamen Lernen, zur Festigung von demokratischen Handlungsweisen und zur Stärkung des Vertrauens ineinander. Insofern ist es keinesfalls ein demokratischer Makel einer PfD, wenn in manchen BGA (noch) sehr verhalten diskutiert wird, sondern Ausdruck der unterschiedlichen politischen Kulturen in den Gemeinwesen beim Start der Partnerschaft für Demokratie.

In der Beachtung der lokalen Gegebenheiten liegt auch ein Vorteil der PfD gegenüber zeitlich befristeten Demokratieprojekten von bundesweit agierenden Trägern. Diese besitzen zwar umfangreiche Kompetenzen zur Demokratietarbeit, aber in der Regel keine tiefergehenden Kompetenzen zur bestehenden lokalen politischen Kultur. Doch genau hier wäre die Schnittstelle zur Lebenswirklichkeit der Menschen vor Ort. Durch die Schaffung von entsprechenden lokalen Handlungsmöglichkeiten können die Vorteile, aber auch Herausforderungen von Demokratie direkt erlebbar gemacht und nicht nur abstrakt thematisiert werden. Eine fruchtbare Zusammenarbeit entstand häufig, wenn bundesweit agierende Projekte mit einer PfD zusammengear-

beitet haben. Neben finanziellen Aspekten betraf das z.B. Fragen nach geeigneten Projektpartner*innen in der Fläche oder ob das Angebot tatsächlich die Bedarfe vor Ort trifft. Die KuF fungierte dann häufig in der Vermittlerrolle, einerseits zwischen der lokalen Ebene und dem bundesweiten Träger, oder als Ansprechpartnerin hinsichtlich der Erfahrungen mit diesem oder jenem Projekt für andere KuF.

Zusammenfassend kann das Konzept PfD als ein Erfolgsmodell auch für Brandenburger Kommunen beschrieben werden. Dabei ist es keinesfalls ein Allheilmittel und immer abhängig vom Zusammenspiel der lokalen Akteure sowie der Bereitschaft, neue Impulse zuzulassen. Doch die PfD bietet viel Potential, Demokratie vor Ort tatsächlich zu leben und erlebbar zu machen.

Bildnachweis und Bildrechtsinhaber

Umschlagseitevorderseite: Martin Schubert

S. 20, 44, 48, 50, 54: Andrea Nienhuisen

S. 23, 24: Martin Schubert

S. 32: Mobiles Beratungsteam

S. 60: Dominique Schwarz

S. 63, 71: Jörg Depta

S. 73: Bundesarchiv, BArch Bild 183-N0410-404, Fotograf Peter Koard, April
1974

S. 89, 100: Laura Schenderlein

S. 92, 95: Presseservice Rathenow

S. 106: © langstrup, 123RF.com

S. 110: © Oleksii Fedorenko, 123RF.com

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung

Geschäftsstelle Potsdam

Zum Jagenstein 1
14478 Potsdam
Tel.: 0331 / 740 6246
Fax: 0331 / 740 6247

Geschäftsführer: Markus Klein
Tel.: 0163 / 881 5574
klein@BIG-demos.de

Referentin der Geschäftsführung

Astrid Peters
0176 2429 6116
peters@BIG-demos.de

Büroleiterin: Angela Kühne
Tel.: 0173 / 648 9581
geschaeftsstelle@big-demos.de
www.www.gemeinwesenberatung-demos.de

Regionalbüros des Mobilen Beratungsteams (MBT)

Angermünde

Landkreise Barnim und Uckermark

Joana Rendelmann: 0179 424 35 64
Jürgen Lorenz: 0172 396 10 36
Berliner Str. 77
16278 Angermünde
Tel.: 03331 299 980
mbt-angermuende@big-demos.de

Cottbus

Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neisse sowie die kreisfreie Stadt Cottbus

Regionaler Schwerpunkt Cottbus / Spree-Neiße:

Andrea Jasinski: 0157 877 600 10
Daniel Krüger: 0151 200 564 98
Pyrast. 2

03050 Cottbus
Tel.: 0355 430 24 41
mbt-cottbus1@big-demos.de
Regionaler Schwerpunkt Elbe-Elster / Oberspreewald-Lausitz:

Christian Voigt: 0176 569 224 30
Pyrast. 2

03050 Cottbus
Tel.: 0355 486 73 86
mbt-cottbus2@big-demos.de

Frankfurt (Oder)

Landkreise Märkisch-Oderland und Oder-Spree sowie die kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder)

Jörg Depta: 0176 200 933 54
Ray Kokoschko: 0172 326 22 33
Postfach 1344
15203 Frankfurt (Oder)
Hausanschrift: Wiekestr. 1a
15230 Frankfurt (Oder)
Tel.: 0335 500 96 64
mbt-ff@big-demos.de

Neuruppin

Landkreise Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Oberhavel

Lisa Grünbaum: 0162 460 69 72
John-Gerrit Roeder: 0152 257 301 12
Thomas Weidlich: 0172 923 49 95
Alt Ruppiner Allee 40
16816 Neuruppin
Tel.: 03391 359 189
mbt-neuruppin@big-demos.de

Potsdam

Landkreise Potsdam-Mittelmark, Havelland, kreisfreie Städte Brandenburg und Potsdam

Laura Schenderlein: 0173 980 25 60
Nico Scuteri: 0170 543 50 63
Cornelia Seiberl: 0173 571 06 37
Am Kanal 49
14467 Potsdam
Tel.: 0331 505 88 83
mbt-potsdam@big-demos.de

Trebbin

Landkreise Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald

Andrea Nienhuisen: 0172 607 69 14
Martin Schubert: 0160 629 87 66
Bahnhofstraße 44
14959 Trebbin
Tel.: 033731 329 09
mbt-trebbin@big-demos.de